

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Januar 1993



1/93

2. Jahrgang

Themen:

Tagung des SPD-
Wissenschaftsforums

Sächsische Hoch-
schulerneruerung aus
Oppositionsperspektive

Mit Beiträgen von:

Edelbert Richter * Roland
Scheider * Cornelius Weiss *
Alfred Förster * Peter Porsch *
Joachim Tesch
u.a.

Editorial

Am 31. 12. 1992 verabschiedeten deutsche Fernsehmoderatoren das alte Jahr mit der Begrüßung des europäischen Binnenmarktes zum 1. 1. 1993. Doch außer einigen Sonderangeboten der Fluggesellschaften und einer gewissen Irritation bei Steuern und Zöllen scheint alles so weiterzugehen wie gewohnt. Das bundesdeutsche Hochschulwesen jedenfalls zeigt sich unberührt und ungerührt. Inner-, gesamt-, ost-west-, neu- oder altdeutsche Themen, Probleme und Krisen sind allemal wichtiger und dominieren die Diskussion: Erneuerung, Personalabbau, Wissenschaftszerstörung Ost, Überlast West, Landeshochschulgesetzgebung, Präsenzpflcht für HochschullehrerInnen, Regelstudienzeiten, Studiengebühren usw. usf. Die in den Verträgen von Maastricht angelegte Zeitbombe tickt, ohne einer breiteren Hochschulöffentlichkeit bewußt zu sein. Werden jene ostdeutschen Länder, die jetzt vor der Verabschiedung HRG-konformer Landeshochschulgesetze stehen, die neuerliche Chance zu innovativen Reformansätzen nutzen, die sich aus dem EG-Binnenmarkt ergibt, und die Fehler der letzten drei Jahre wenigstens zum Teil vermeiden oder gar korrigieren??

Klagen, Hoffnungen, Schuldzuweisungen finden sich wiederholt in den Artikeln der vorliegenden Ausgabe von hochschule ost. Auch aus ältern Dokumenten übernommene Empfehlungen wird der aufmerksame Leser hier und da erkennen können, obwohl sie unter fremder Flagge segeln.

Wirklich neue Ideen dagegen scheinen niemandem mehr einzufallen. Wird also auch 1993 ein Jahr des deutsch-deutschen "Zurück in die Zukunft"?

S.B.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209 325.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. -Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert. - Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule politisch- akademisches journal aus ostdeutschland

ost

INHALT

THEMA I: Tagung des SPD-Wissenschaftsforums

- Edelbert Richter:*
Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den Neuen Ländern 5
- Roland Schneider:*
Sicherung und Erneuerung der Industrieforschung: Bestandteil einer industriepolitischen Modernisierung in Ostdeutschland 15
- Cornelius Weiss:*
Die ostdeutschen Länder in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft 21

THEMA II: Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive

- Alfred Förster:* Sächsische Hochschulerneuerung - Anspruch und Wirklichkeit 23
- Peter Porsch:* Symposium zu Fragen des künftigen Hochschulrechts in Sachsen 35

DISKUSSION

- Klaus-Dietrich Krüger:*
Hochschuleinrichtungen zwischen Vergangenheit und Zukunft - Wohin führt der Weg? 41

BERICHT

- Das Ende der TH Leipzig und Warten auf die Kündigung (*J. Tesch*) 47

DOKUMENTATION

- Sächsischer Datenschützer zu den sog. "Schwarzen Listen" 51

BERICHTE

- Rahmenbedingungen für Forschung in Sachsen-Anhalt geschaffen (*BMFT*) 52
- Vier Sonderforschungsbereiche in den neuen Ländern (*DFG*) 53
- Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern 55

DOKUMENTATION

- Präsidentin der Humboldt-Universität* zum Fink-Urteil 57

NACHRICHTEN

- HRK:* 283.000 Studienanfänger, 1,83 Millionen Studierende im Jahre 1992 58
- BMBW:* Liste der förderungsfähigen Hochschulen ergänzt 59

ZITIERT

- "Wochepost": Hickhack um Akademie, Interview mit *Manfred Ehrhardt* 60

GELESEN

- World Affairs (Washington D.C.), Summer 1991, vol. 154 (*U. Schneckener*) 62

PUBLIKATIONEN

- ZUM SCHLUSS**
- Ein Beitrag zur Bewältigung der westdeutschen Hochschulkrise: Schimanski vs. Mercator - Namenskampf an der Gesamthochschule Duisburg (*H. Schrapers*) 69

THEMA I: Tagung des SPD-Wissenschaftsforums

Im Oktober 1992 fand in Bonn eine vom Wissenschaftsforum der SPD veranstaltete Tagung zur Zukunft der bundesdeutschen Forschungslandschaft statt. Wir veröffentlichen im folgenden drei dort referierte bzw. der Öffentlichkeit übergebene Beiträge, in deren Zentrum die ostdeutschen Entwicklungen stehen.

Edelbert Richter (Weimar):

Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den Neuen Ländern

Vorwort

Diese kleine Schrift will keine umfassende Analyse der Situation von Forschung und Hochschulen in den Neuen Bundesländern sein, sondern ein etwas ausführlicher Aufschrei angesichts einer Notlage: des massenhaften Verlustes von wissenschaftlichem Potential, den diese Länder im Prozeß der deutschen Vereinigung erlitten haben.

Der Aufschrei gilt nicht etwa der Problematik der "Abwicklung" einer großen Zahl von ideologisch belasteten Institutionen und Personen. Denn erstens ist diese Problematik in der Presse schon breit behandelt worden; zweitens ist sie - wenn wir von der mit ihr verbundenen menschlichen Tragik einmal absehen dürfen - im Verhältnis zu den aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen erfolgten Verlusten von geringer Bedeutung; drittens will es mir scheinen, daß die breite Behandlung jener Probleme

gerade den Blick auf diese schwerwiegenden Verluste verstellt hat!

Aus der Notlage erklärt sich nun, daß Fragen der Hochschulerneuerung im Osten und der Hochschulreform im Westen hier nur berührt werden, sofern sie die Rettung der Reste jenes wissenschaftlichen Potentials unmittelbar betreffen. Wer alle Probleme auf einmal lösen will, löst gar keines.

Schließlich erklärt sich von daher auch der technokratische Ton, auf den diese Schrift gestimmt ist, und die ungenügende eigene Würdigung der Geisteswissenschaften. Das ist durch die Realität erzwungen, z.B. sind nun einmal die Verluste in der Industrieforschung am größten. Wenn es stimmt, daß eine weltmarktfähige Produktion heute ohne hochentwickelte Wissenschaft nicht mehr denkbar ist, dann geht es in Ostdeutschland ums Überleben. Das kann auch der verbissene Technokrat einse-

hen, weshalb ich durchaus auch an ihn appelliere.

Ich danke herzlich allen, die mit hilfreichen Hinweisen und Kritik zum Zustandekommen der Schrift beigetragen haben: dem Initiativkreis Wissenschaft in der SPD, W.-M. Catenhusen (MdB), A. Kehler (Nieders. Wissenschaftsministerium), den Vertretern

1. Humankapital, Markt und Staat, fehlende Finanzmittel

Ausgaben für Bildung und Forschung sind Investitionen in die Zukunft. Das Wissen der Menschen ist ein wichtiges Kapital unseres Landes. "In einem Land, dessen wichtigster Trumpf das Wissen der Menschen ist, muß dauernd in dieses Wissen investiert werden." (DIHT, Jahresbericht 1987)

Das gilt aber nicht weniger für Ostdeutschland, wo "Vielfalt und wohl auch Qualitäten von Forschung selbst unter sehr restriktiven Bedingungen oft größer waren als anfängliche Globalurteile dies vermuten ließen." So bescheinigt eine von der EG-Kommission in Auftrag gegebene Untersuchung der ostdeutschen Forschung "überdurchschnittliche Leistungen" auf folgenden Gebieten: Maschinenbau, Elektrotechnik, Werkstoffwissenschaften, Optik, Verfahrenstechnik, Festkörperphysik, Metallurgie, Energietechnik, Mathematik, Psychologie, Biowissenschaften, einzelne Gebiete der chemischen Forschung. Zumindest sind hier (bzw. waren!) die Bedingungen für Investitionen günstig (1). Wurden sie genutzt?

Hinzu kommt die besondere Stellung Ostdeutschlands im neuen Europa. Es kann Brücke zu osteuropäischen Märkten sein, und seine Umgestaltung hat exemplarische Bedeutung für die Entwicklung in Osteuropa.

der SPD-Landtagsfraktion der neuen Länder, D. Odendahl (MdB), K.-J. Scherer (Wissenschaftsforum).

Die Veröffentlichung der Schrift steht im Zusammenhang einer koordinierten Aktion von Vertretern der SPD im Bundestag, in den Landtagen der neuen Länder und im Europäischen Parlament.

Die Entfaltung von Wissenschaft und Forschung kann nicht allein den Gesetzen des Marktes überlassen bleiben, sondern ist wie der Ausbau der Verkehrswege und der Telekommunikation zugleich Voraussetzung einer funktionierenden Wirtschaft. Hier ist Strukturpolitik gefordert, zumal angesichts der außerordentlichen Situation der Systemtransformation in Ostdeutschland. Dies scheint das Bundesministerium immerhin im Dezember 1991 begriffen zu haben: "Es kommt jetzt darauf an, ein völliges Wegbrechen der Forschungspotentiale zu verhindern... In der jetzigen Übergangsphase fällt dem Staat in der FuE-Politik eine größere Rolle zu, als dies in normalen Verhältnissen unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten wünschenswert wäre." (2)

Nur derjenige, der leichtfertig mit der Zukunft umgeht, wird Investitionen in Bildung und Wissenschaft vernachlässigen. Bildungspolitische Notwendigkeiten können nicht mit dem Argument mangelnder Finanzkraft beiseite geschoben werden. Eine Untersuchung über den Bildungsgesamplan der 70er Jahre kommt zu dem Schluß, daß schon damals die Finanzminister sehr restriktiv agierten: Für Entscheidungen "scheint weniger die objektive Finanzlage ausschlaggebend zu sein, als ihre Wahrnehmung in den Köpfen der Akteure". (3)

2. Wissenschaftskatastrophe in den Neuen Bundesländern

Von einer Katastrophe zu sprechen ist keineswegs übertrieben, denn von den ehemals 140.000 Beschäftigten des Wissenschaftssektors Ostdeutschland (1989) (4) sind nur noch etwas über ein Drittel in diesem Bereich tätig. Damit ist dieser Sektor vom Arbeitsplatzabbau weit stärker betroffen als der Durchschnitt der Wirtschaft!

2.1. Die schwersten Verluste hat die Industrieforschung erlitten: einerseits ist die Treuhand (THA) nicht einmal in der Lage, eine Liste der in ihrer Verwaltung befindlichen Betriebe mit eignen Forschungsabteilungen zu erstellen (5); andererseits verbreitete sie noch im September 1991 die trügerische Hoffnung, es werde "gelingen, wesentlichen Teilen der industrienahe Forschung eine Neuorientierung in der neuen Forschungslandschaft zu ermöglichen" (6). Dabei hatten schon damals etwa 75% der ursprünglich 85.000 in der Industrieforschung Tätigen ihren Arbeitsplatz verloren. Bis zum heutigen Tag hat sich diese Rate weiter erhöht!

Trotz aller Wünsche mußte Minister Möllemann im Sommer 1992 erklären: "Statt 74.000 Ende 1990 in der Industrie mit Forschung und Entwicklung Beschäftigten zählen wir heute weniger als ein Drittel davon (also 22.000 d.R.). Der Trend hält weiter an und muß gestoppt werden." (7) Weder das BMWi noch das BMFT können genaue Angaben über die Größe der tatsächlich noch vorhandenen Potentiale geben. Da die Einschätzungen beider Ministerien stark auseinanderklaffen (Minister Riesenhuber schätzte im Mai ca. 35.000 - 40.000 Beschäftigte in der wirtschaftsnahen Forschung (8)), ist keine einheitliche Ausgangsbasis der Regierung zur Beurteilung und Lösung des Problems vorhanden. Damit gehen eine unabgestimmte Herange-

hensweise und eine Verzögerung des Einsatzes wirkungsvoller Maßnahmen einher.

2.2. Akademieeinrichtungen (Akademie der Wissenschaften (AdW), Bau- und Landwirtschaftsakademie) sollten laut Einigungsvertrag aufgelöst, ihre rund 30.000 Mitarbeiter nach Evaluierung aber an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungsinstitute vermittelt werden. Die Auflösung ist zwar seit Ende 1991 abgeschlossen, eine Weiterbeschäftigung aber für weniger als 50% der Mitarbeiter erreicht. Waren die Akademien tatsächlich derart aufgebläht? Während der Wissenschaftsrat empfohlen hatte, rund 11.000 Stellen für Wissenschaftler der ehemaligen AdW an außeruniversitären Einrichtungen vorzusehen, hat das Bundesforschungsministerium (BMFT) nach eigenen Angaben nur 7.100 geschaffen und mit der Schaffung weiterer knapp 1.000 Stellen in anderen Bundesressorts gerechnet. Seltsamerweise hat das BMFT jedoch behauptet, damit über die Wissenschaftsratsempfehlungen hinausgegangen zu sein! (9) Die empfohlene Stellenausstattung basiert darüberhinaus "in nahezu allen Fällen darauf, daß ein hoher Anteil an weiteren Beschäftigten aus Drittmitteln finanziert werden kann". (10)

2.3. Dem Hochschulbereich kommt in Anbetracht des Zusammenbruchs der Industrieforschung und der starken Einschränkung außeruniversitärer Einrichtungen besondere Bedeutung zu. (Bekanntlich sollen 2000 Forscher der AdW an die Hochschulen überführt werden.) Die Hochschulen sind aber durch die Neustrukturierung, d.h. die Gleichzeitigkeit von politischer und fachlicher Überprüfung und dem Diktat der leeren Kassen, selber stark verunsichert. Von ideologisch stark belasteten Instituten abgesehen, sind sie zwar

bislang vom Arbeitsplatzabbau weniger stark betroffen. In der nächsten Zeit soll jedoch aus finanziellen Gründen im Länderdurchschnitt ca. ein Drittel der Stellen gestrichen und zumal der Mittelbau um bis zu 60% reduziert werden! Die nötigen Investi-

tionen zur Hochschuleerneuerung übersteigen die Finanzmittel der Neuländer bei weitem: Im Fall Thüringen ist es beispielsweise so, daß im Jahre 1996 575 Mio. DM investiert werden müßten, aber lediglich 200 Mio. DM zur Verfügung stehen. (11)

3. Ursachen

3.1. Benachteiligung

Wer sich am Begriff "Benachteiligung" stößt, weil hinter ihm die Vorstellung von einer höheren verteilenden Gerechtigkeit zu stecken scheint, kann auch "Verschleuderung von Humankapital" sagen.

Eine Benachteiligung lag z.B. schon darin, daß bei der Evaluierung der AdW die Projekte, die eine Parallele in Westdeutschland hatten, fallengelassen wurden, nicht etwa umgekehrt.

Die Altländer werden vom Bund im Forschungssektor auch finanziell weit besser bedacht als Ostdeutschland. So zahlte der Bund 1991 in den Neuländern 82 DM pro Person für diesen Bereich, in Westdeutschland aber 127 DM! (12)

Die Bundesregierung finanziert die Stellen von 1466 Forscher in Sachsen, es müßten jedoch 2700 sein, wenn die durchschnittlichen Verhältnisse in Westdeutschland zugrundegelegt würden! (13)

Das Hochschuleerneuerungsprogramm wurde zunächst auf nahezu ein Viertel dessen vermindert, was der WR für erforderlich hielt: von 6,5 auf 1,75 Mrd. DM. Dies veranlaßte den Vorsitzenden dieses Gremiums, Prof. Dieter Simon, zu der Äußerung, das Programm sei ein "Witz" und zwar "ein schlechter" (14). Inzwischen ist das Programm zwar auf 2,4 Mrd. DM erhöht worden, dies deckt den Bedarf jedoch bei weitem noch nicht.

1991 erhielten die 6 Länder Ostdeutschlands einen Bundeszuschuß von 312 Mio.

DM für die Hochschulen, Bayern hat zwar 7 Mio. Einwohner weniger, erhielt aber 324 Mio. DM! (15)

Wie es bereits im September 1991 in einer Presseerklärung der SPD hieß (16), sind die Neuländer im Bereich der institutionellen Forschungsförderung krass benachteiligt: "... Das bedeutet, daß (1992) im Bereich der außeruniversitären Forschung in den alten Ländern ein Betrag von 4458 Mio. DM zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 74:26 geteilt wird, während in den neuen Ländern ein Betrag von nur 858 Mio. DM zwischen Bund und Ländern auch noch im schlechteren Verhältnis 68:32 geteilt wird." (16)

Die Benachteiligung der ostdeutschen Forschung an den Hochschulen ist nicht bloß ungerecht, sondern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Verschleuderung von Humanressourcen und insofern dumm. Sie stellt eine schwere Beeinträchtigung der Zukunftschancen ganz Deutschlands dar, denn die Kehrseite dessen ist die Ost-West-Wanderung der Studenten, d.h. die steigende Belastung der ohnehin schon überfüllten westdeutschen Einrichtungen.

3.2. Schematische Übertragung von Strukturen

In den "Zwölf Empfehlungen" des WR vom Juli 1990 hieß es: "Insgesamt kann es nicht einfach darum gehen, das bundesrepublikanische Wissenschaftssystem auf die

DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozeß der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems einer Neuorientierung bedürfen." Dasselbe fordert seit langem auch die SPD. (17) Die Praxis sieht anders aus! Westdeutsche Vertreter sind weit weniger selbstkritisch als es erforderlich wäre, aber auch von Ost-Politikern wird die schematische Übertragung von West nach Ost betrieben: So nahm sich Sachsen die Hochschulstruktur Baden-Württembergs zum Vorbild. Die führt nun dazu, daß in Sachsen die traditionell vorherrschenden (und für den wirtschaftlichen Aufschwung unerläßlichen) Technischen Universitäten und -Hochschulen stark reduziert werden. Die Ingenieurschulen in den Neuländern wurden sämtlich aufgelöst, weil es sie in den alten Ländern nicht mehr gibt. In Westdeutschland hingegen wurden alle diese Einrichtungen 1969 in Fachhochschulen umgewandelt.

Die Finanzaufwendungen für das westdeutsche Hochschulwesen dienen hingegen nicht als Ideal: In Sachsen wird auf 100 Einwohner nur etwa halb soviel für den Hochschulsektor aufgewandt wie in Baden-Württemberg (18). Die schier undurch-

schaubaren Formalitäten der Antragstellung werden auf die Neuländer übertragen, so daß Fördermittel gar nicht fristgemäß abgerufen werden können. In der nächsten Zeit soll in den Neuen Ländern die Entlassung des Akademischen Mittelbaus erfolgen, obwohl dessen Fehlen in den Altländern schon lange beklagt wird.

3.3. Die Vernachlässigung von Bildung und Forschung überhaupt

Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Bildung am Bundeshaushalt betrug 1982 4,7 %, 1990 nur noch 3,05% ! 1992 stieg er zwar auf 3,7%, aber damit sind natürlich weder die Versäumnisse der vergangenen Jahre wettgemacht, noch ist den Herausforderungen durch die Vereinigung in entferntesten Rechnung getragen !

Noch Mitte der 80er Jahre wandten Westdeutschland und Japan einen gleichgroßen Anteil des Bruttosozialprodukts für FuE auf, jetzt liegt Japan weit voraus, wie auch das BMFT eingestehen muß. (19) Das hat zur Folge, daß sich das Verhältnis von Export und Import bei Hochtechnologiegütern für Japan bei weitem günstiger gestaltet als für Deutschland (Japan: 3,54; Deutschland: 1,3!) (20)

4. Forderungen und Vorschläge

Aus dem zuletzt Gesagten ergeben sich zunächst **grundsätzliche Forderungen**:

Die Bundesausgaben für Forschung und Bildung müssen auf einen Betrag angehoben werden, der die Zukunft des Hochtechnologiestandortes Deutschland sichert - und zwar für West- und Ostdeutschland ! Obwohl die neuen Länder noch nicht am Finanzausgleich beteiligt sind, ist es erforderlich, daß sie nicht schlechter als westdeutsche Länder ausgestattet werden. Ihre

jetzige Benachteiligung ist grundgesetzwidrig, aber auch einfach ökonomisch undverantwortlich und sozial destabilisierend, z.B. wegen der anhaltenden Ost-West-Wanderung.

Schließlich muß den spezifischen Bedingungen der Neuländer stärker Rechnung getragen werden.

Die Rahmenbedingungen für Forschung und Bildung in Deutschland müssen verbessert werden ! Daneben sind Verbesserungen bei einer Reihe von Problemen

möglich und nötig (**pragmatische Vorschläge**) - in vielen Fällen, ohne daß zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssen:

4.1. Industrieforschung

4.1.1. Die verbliebenen FuE-Abteilungen dürfen von der THA nicht länger als Verkaufshindernis behandelt werden. Entsprechend muß, wie seit zwei Jahren gefordert, die Sanierung vor der Privatisierung den Vorrang erhalten. Sonst droht die ostdeutsche Industrie endgültig zur innovationsarmen "verlängerten Werkbank" degradiert zu werden. Darüberhinaus sollte bei öffentlicher Beteiligung an noch der Treuhand gehörenden Betrieben gezielt deren Innovationskraft durch Beibehaltung oder Re-Integration von FuE-Kapazitäten gefördert werden.

4.1.2. Es gibt Ansätze zur Förderung der Industrieforschung (ZFO, AFO, AWO [21]). Das BMFT beziffert die Kosten eines erhaltenen bzw. neugeschaffenen Arbeitsplatzes nach einem solchen Programm auf etwa 20.000 DM (22). Dies ist weit preiswerter als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit! Die bestehenden Programme sollten ausgeweitet werden und nicht nur kleinen und mittleren bzw. neugegründeten Unternehmen zugute kommen, sondern auch größeren bzw. längerbestehenden.

4.1.3. Die Beteiligung ostdeutscher Forschungseinrichtungen an den Programmen des Bundesforschungs- bzw. Wirtschaftsministeriums scheitert oft daran, daß das betreffende Unternehmen den notwendigen Eigenanteil nicht aufbringen kann. Hier sollten Bund und Neue Länder durch Bürgschaftsprogramme eine Kreditfinanzierung des Eigenanteils ermöglichen.

4.1.4. Der Forschungsausschuß des Deut-

schen Bundestages hat die Bundesanstalt für Arbeit bereits Ende 1992 aufgefordert, mehr ABM-Stellen im Forschungsbereich zu bewilligen. Sie sollte endlich ihre restriktive Haltung aufgeben. Geld ist vorhanden: Von den etwa 35 Mrd. DM, die von der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr in Ostdeutschland ausgegeben werden, wandern nur rund 40% in beschäftigungserhaltende bzw. -fördernde Maßnahmen (ABM, Umschulung, Fortbildung etc.), 60% werden für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit verwendet! (23).

4.1.5. Der große Wirrwarr an Fördermaßnahmen, Projektträgern, verschiedenen Antragsbedingungen usw. hält viele Antragsberechtigte davon ab, selber initiativ zu werden. Sie sind auf Beratung angewiesen, die oft einen Teil der gewährten Mittel verschlingt. Zum Teil werden auch ähnliche Förderungen durch verschiedene Stellen ausgereicht, wie z.B. Personalkostenzuschüsse in FuE durch BMFT und BMWi. Die Bundesregierung sollte ein einheitliches und überschaubares Förderinstrumentarium schaffen, das eine unbürokratische Beantragung und Bearbeitung ermöglicht. Die Gelder für die Programme dürfen nicht zum großen Teil in deren Verwaltung abfließen. Gesetzliche Regelungen für Beratungshonorare zu öffentlichen Fördermitteln sind notwendig.

4.1.6. Die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet mit Staaten der GUS und Ostmitteleuropas ist mit hohen Risiken verbunden. Gerade in Ostdeutschland gibt es viele Erfahrungen im Umgang mit diesen Partnern. Eine Kooperation ist jedoch mit den Mitteln der kleinen Unternehmen kaum möglich, da der Finanzbedarf zu groß ist (allein an Reisekosten). Gefördert wird diese Zusammenarbeit in Deutschland bisher gar nicht. Denkbar wäre eine Risikobeteiligung, Reiseko-

stenzuschüsse, Zuschüsse zu Schulungen der ausländischen Partner in Deutschland, Unterstützung mit Technik und Öffnen der Fachprogramme des BMFT bis zu einem gewissen Prozentsatz für osteuropäische Kooperationspartner deutscher Unternehmen.

4.2. Außeruniversitäre Einrichtungen

4.2.1. Wirkliche Gleichbehandlung der Ostländer durch den Bund würde schon bedeuten, daß sie für einen Übergangszeitraum noch stärker finanziell entlastet werden. Dies fordert sowohl der Bundesforschungsausschuß (24), als auch die wissenschaftliche Kommission des WR (25).

4.2.2. In Ostdeutschland wurde die Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen 1990/91 begutachtet. Eine Evaluierung ist auch in Westdeutschland vonnöten. Obwohl in den Alt-Ländern ein harter Konkurrenzkampf herrscht und die Begutachtung einzelner Institute immer wieder erfolgt, ist auch hier eine Evaluierung nötig, um angesichts geschichtlich völlig neuer Herausforderungen zu neuen Forschungsschwerpunkten zu kommen. Es geht nicht um ein Zusammenstreichen von Kapazitäten, "man muß die Gesamtlandschaft noch einmal durchgehen, um sie befriedigend zu strukturieren", so Prof. Simon, der Vorsitzende des WR (26), dieselbe Auffassung vertritt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburgs (27).

So muß z.B. ein definierter Platz für die bedeutsamen sogenannten Blaue Liste Institute gefunden werden, denn sie haben in Westdeutschland ganz andere Aufgaben als in den Neu-Ländern. Es gilt, eine gesamtdeutsche Wissenschaftsstruktur zu entwickeln.

4.2.3. In Ostdeutschland werden die Blaue

Liste Institute zu 50% vom Bund und 50% vom jeweiligen Land finanziert. Im Westen gibt es hingegen Einrichtungen, die bis zu 85% vom Bund getragen werden (28). Diese für die Länder günstige Regelung sollte für eine mehrjährige Übergangszeit auch für sämtliche derartigen Ost-Einrichtungen gelten.

4.2.4. In den kommenden Jahren sollten neu zu gründende wissenschaftliche Einrichtungen (FHG, MPG etc.) vorrangig ihren Sitz in einem der Neu-Länder nehmen, so daß bis zum Ende dieses Jahrzehnts Ungleichgewichte zwischen Ost und West behoben werden können.

4.3. Hochschulen

4.3.1. Die Forderung des WR, das Hochschulerneuerungsprogramm wesentlich aufzustocken, gilt weiterhin. Selbst im CDU-geführten Sachsen-Anhalt empfiehlt die Hochschulstrukturkommission "angesichts der finanziellen Situation der neuen Länder die Auflegung eines Sonderprogramms des Bundes für die Erneuerung der apparativen Ausstattung einschließlich der Großgeräte. Sie empfiehlt dem Land nachdrücklich, sich gemeinsam mit den anderen neuen Bundesländern für eine solche befristete Bundeshilfe einzusetzen." (29)

Daneben gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die mit geringen Finanzmitteln umzusetzen wären:

4.3.2. In wenigen Jahren wird aufgrund der Altersstruktur ein hoher Prozentsatz der Hochschullehrer - in West wie Ost - aus dem Dienst scheiden. Dieser Problematik ist sich auch Bundesbildungsminister Ortlieb bewußt (30). Das in den Altländern schon gegebene Mißverhältnis zwischen Professoren- und Studentenzahl droht sich

also weiter dramatisch zuzuspitzen. Angesichts dessen ist es paradox, daß in dieser Zeit in den Ostländern tausende, auch jüngere Hochschullehrer entlassen werden. Ein Überleitungs- und Qualifizierungsprogramm wäre das naheliegendste (31). Es geht nur darum, denen eine Perspektive zu bieten, die in wenigen Jahren ohnehin gebraucht werden! Wer jetzt in die Zukunft investiert, kann demnächst höhere Folgekosten vermeiden.

4.3.3. Ein Fernstudium ist besonders geeignet, Praktikern ein Hochschulstudium zu ermöglichen sowie Theorie und Praxis zu verknüpfen. In Ostdeutschland hatte das Fernstudium bislang eine weit größere Bedeutung als in den Alt-Ländern. Diese Erfahrungen der Zentralstelle für Hochschulstudien in Dresden gilt es weiterhin zu nutzen und auch für ganz Deutschland fruchtbar zu machen.

4.3.4. "Bei einer Verstärkung der Personalkapazität in den alten Ländern strebt die Kultusministerkonferenz im Hinblick auf den Personalüberhang im Mittelbau der Hochschulen der neuen Länder an, daß Bewerber aus den neuen Ländern bei gleicher Qualifikation besonders berücksichtigt werden." (32)

4.3.5. Der WR und die Strukturkommission "Fachhochschule 2000" des Landes Baden-Württemberg fordern "eine umfassende Einführung von wissenschaftlichen Mitarbeitern an Fachhochschulen". (33) Mehrkosten müßten kaum entstehen, da die Beschäftigung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters weniger Finanzmittel erfordert als diejenige eines Professors. Die unionsgeführten Ost-Länder wollen jedoch genau die Struktur an den Fachhochschulen herstellen, die im Westen selbst als verändere-

rungsbedürftig erkannt ist! Wenn schon der Mittelbau an den Universitäten reduziert werden muß, warum wird er nicht zum Teil an den Fachhochschulen übernommen? Man wird Veränderungen an der Personalstruktur der deutschen Hochschulen nicht vermeiden können.

4.3.6. Es ist ein höheres Maß an Phantasie und Flexibilität erforderlich: Warum wird in Westdeutschland kein freiwilliger Vorruhestand eingeführt, damit jüngere Ost-Wissenschaftler beschäftigt werden können? Warum werden keine ABM-Stellen an Hochschulen eingerichtet? Warum werden die Kapazitäten der Hochschulen nicht für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt? Warum werden nicht - auf einige Jahre hin - Drei-Viertel- oder Zwei-Drittel-Stellen im Wissenschafts- und Hochschulbereich eingerichtet? So könnte angesammelte Erfahrung fruchtbar werden und die Depression der Arbeitslosigkeit verhindert werden. In Brandenburg wurde dieses Modell bekanntlich mit großem Erfolg angewandt, um Entlassungen von Lehrern zu verhindern.

4.3.7. Der WR hat für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus den Neuen Ländern eine Kombination vorgeschlagen: Forschungsaufenthalt im Ausland oder in den Altländern und daran anschließend Weiterförderung bei Rückkehr an eine Hochschule in den Neuen Ländern. Solche integrierten Transferstipendien sollen verhindern, daß gerade der qualifizierte Nachwuchs nicht nach Ostdeutschland zurückkehrt.

Daß die CDU-geführten Regierungen die Interessen ihrer Bürger offenbar nur unzureichend wahrnehmen, bezeugt folgende Beschlussempfehlung des Kulturausschusses im CDU-dominierten Mecklenburg-Vor-

pommern: "Die Landesregierung wird aufgefordert ... die tatsächliche Situation im jeweiligen Bereich real einzuschätzen, auf Schönfärberei zu verzichten und auftretende Probleme und Schwierigkeiten eindeutig zu benennen." (34)

Edelbert Richter, Dr., ist Abgeordneter im Europäischen Parlament für die Neuen Länder, Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD sowie Mitglied der Bildungskommission beim Parteivorstand der SPD

Quellenangaben

- 1) R.H. Brocke/ E. Förtsch, Forschung und Entwicklung in den Neuen Bundesländern 1989-1991, Stuttgart 1991, 102
- 2) BMWi, IIC1 3.12.91, Ausschußdrucksache 157
- 3) Heinrich Mäding, Die Finanzkrise und das Scheitern der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans, 220; in: Gerhard Brinkmann (Hg.), Problem der Bildungsfinanzierung, Berlin 1985
- 4) Brocke/Förtsch (s. Quelle 1), 47. Nach OECD-Systematik waren es ca. 140.000 Beschäftigte, nach DDR-Systematik sogar 195.000!
- 5) Brocke/Förtsch (s. Quelle 1), 73
- 6) THA Präsidialbereich, Pl 2, Brief vom 17.9.91, s. Ausschußdrucksache w. Anhörung
- 7) Pressekonferenz in der Ausschußstelle Berlin des BMWi, Jürgen Möllemann, 12.6.92
- 8) FAZ, 2.5.92
- 9) vergleiche beide Presseerklärungen des WR und des BMFT vom 10.1.92
- 10) WR, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin -Allgemeiner Teil - 1992, 28
- 11) Drs. 1/1509, Ministerium für Wissenschaft und Bildung, Thüringen, Anl. 3: Gutachten Heinle, Wischer und Partner Planungsgesellschaft, 23-29
- 12) DPA 919 16.10.91. Sicher ist die Bezugsgröße Pro-Kopf-Aufwendungen nur eine unter mehreren Orientierungsgrößen, aber der Unterschied ist doch eklatant.
- 13) Sächs. Ministerium für Wissenschaft und Kunst, März 1992
- 14) Spiegel, Juni 1991
- 15) WR, Empfehlungen zum 22. Rahmenplan für den Hochschulbau 1993-1996, Drs. 741/92, 15.5.92
- 16) SPD im Bundestag, 25.9.91, Nr. 2342, Josef Vosen
- 17) s. z.B. Beschluß der SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 4.5.91 in Potsdam
- 18) Pressemitteilung, Der Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Jugend, Sport der SPD-Fraktion im Sächs. Landtag, 15.5.92
- 19) BMFT-Journal, Februar 1992, 8; s. auch OECD in Figures. Statistics on the Member Countries, Supplement to the OECD-Observer No. 176, June/July 1992, 56/57
- 20) s. OECD (s. Quelle 19), 56/57
- 21) ZFO - Neueinstellungen von Wissenschaftlern; AFO - Auftragsforschung und -entwicklung; AWO - Auftragsforschung und -entwicklung West-Ost
- 22) Zwischenbilanz der BMFT-Fördermaßnahmen, 30.4.92, BMFT
- 23) Pressekonferenz der SPD, 115/92, 24.2.92
- 24) s. SPD im Bundestag, Nr. 1906, 2.8.91, Josef Vosen

- 25) s. Zusammenfassung der Presseerklärung des WR durch die GEW, Gerd Köhler, DOK E-92/1/4
- 26) Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Bundestagsausschusses für Forschung, 25.9.91, 53; s. auch E. Kuhlwein, in: Wissenschaftsnotizen, Nr. 3, August 1992, 45
- 27) Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Forschung in Brandenburg, Stand: Juni 1992, 3
- 28) Information über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 1991, Geschäftsstelle Bonn, 80-85
- 29) Thesen zur Anhörung zum Bericht der Hochschulstrukturkommission, Ministerium für Wissenschaft und Forschung Sachsen-Anhalts, 27.5.92
- 30) s. Kurzprotokoll der 22. Sitzung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, 15.1.91
- 31) s. auch Sächs. Wissenschaftsminister Meyer, Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Bundestagsausschusses für Forschung
- 32) Presseerklärung, Kultusminister, 26.5.92
- 33) Michael Weegen, Eckdaten für eine aufgabengerechte Personalausstattung der Hochschulen in den NBL, April 1992, 28
- 34) Drs. 1/1136, Anl. XVII

Ergänzung zur Quelle 11: Dabei verkennen wir nicht, daß die Landesverwaltungen teilweise erhebliche Schwierigkeiten haben, die vereinbarten Programme auch umzusetzen. Das ist aber angesichts dessen, daß sie erst im Aufbau begriffen sind, nicht verwunderlich.

Roland Schneider (Düsseldorf):

Sicherung und Erneuerung der Industrieforschung: Bestandteil einer industriepolitischen Modernisierung in Ostdeutschland

In der Wirtschaft der neuen Bundesländer hat die deutsche Vereinigung einen tiefgehenden Strukturbruch bewirkt. Alle Industriezweige sind davon erfaßt. Von den vormalig über 3 Millionen industriellen Arbeitsplätzen bei Unternehmen der Treuhand existierte im Spätsommer 1992 nur noch ein Drittel. Eine unzureichende Wettbewerbstätigkeit infolge veralteter und verschlissener Produktionsanlagen sowie einer oft unzureichenden Produktqualität, der Aufwertungseffekt der Währungsunion und zusammenbrechende Absatzmärkte in Osteuropa, vor allem aber das wirtschaftspolitisch unangemessene Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, das die Privatisierungspolitik der Treuhand prägt,

haben einen Prozeß der De-Industrialisierung in den neuen Bundesländern eingeleitet. Im Zuge der Anpassung an veränderte Wettbewerbs- und Marktbedingungen haben sowohl die privaten wie auch die von der Treuhand verwalteten Unternehmen auf traditionelle Maßnahmen der organisatorischen Rationalisierung und Kostensenkung, darunter vor allem Personalabbau und Kurzarbeit, Verringerung der Fertigungstiefe und Einschränkung der Produktpalette, zurückgegriffen. Die überwiegende Zahl ostdeutscher Unternehmen hat im Rahmen ihrer Anpassungs- und Umstellungsstrategien zugleich "ihre FuE-Kapazitäten drastisch verringert".

Reaktion auf veränderte Produktions- und Absatzbedingungen: umfassender Abbau industrieller Innovationspotentiale

Inzwischen ist das Fehlen unternehmerischer wie industriepolitischer Strategien zur Modernisierung von Produktionsverfahren sowie zur Entwicklung neuer Produkte zu einem charakteristischen Merkmal der wirtschaftlichen wie unternehmerischen Anpassungsprozesse in den neuen Bundesländern geworden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die Unternehmen in der ehemaligen DDR-Wirtschaft (soweit sie nicht von Investoren aus dem Westen oder aus dem Ausland übernommen wurden) nicht mehr in der Lage, eine Hinwendung zu aktiven Modernisierungsstrategien aus eigener Kraft einzuleiten: Die Kürzung von Forschungs- und Entwicklungs-Budgets und die Verringerung der Beschäftigung in FuE sowie im vormaligen

Rationalisierungsmittelbau erfolgte in einem derartigen Ausmaß, daß die für Produkt- und Verfahrensinnovation erforderlichen unternehmerinternen Ressourcen kaum mehr vorhanden sind.

Ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung verdeutlicht die innovationspolitisch wie auch beschäftigungspolitisch dramatischen Ausmaße, die der Personalabbau in der industriellen Forschung und Entwicklungen in den neuen Bundesländern seit der Währungsunion angenommen hat: Von den noch Ende 1989 in der ehemaligen DDR tätigen 87.000 FuE Beschäftigten in der Wirtschaft waren bis Anfang 1992 nach "optimistischen" Schätzungen nahezu 60

v.H. aus ihren früheren Beschäftigungsverhältnissen ausgeschieden. Andere, sich keineswegs als pessimistisch verstehende Untersuchungen veranschlagten demgegenüber den Personalabbau für diesen Zeitraum auf mehr als 66 v.H. Eine Befragung von 75 Industrieunternehmen, die vom Brandenburgischen Industriemuseum kürzlich vorgenommen wurde, bestätigt dies. Danach haben die befragten Industrieunternehmen in Brandenburg zwischen 1988 und Ende 1991 ihre Gesamtbeschäftigung um 39 v.H. verringert. Demgegenüber sank die Zahl der FuE-Beschäftigten in diesen Unternehmen im gleichen Zeitraum jedoch um 64 v.H., bis Januar 1992 gar um 73 v.H.! Trotz dieser drastischen Entwicklung ist ein Ende des Personalabbaus in der industriellen FuE der neuen Bundesländer jedoch nicht in Sicht. Nach einer im Februar 1992 durchgeführten Umfrage des Ifo-Institutes ist bis Ende 1992 ein weiterer Beschäftigungsabbau zu erwarten. Trotz vorausgegangener weitgehender Ausdünnung sehen 4 von 10

Die Ausgründung von Forschungseinrichtungen - eine innovationspolitische Sackgasse

Aktuelle Angaben über den Bestand und die Entwicklung der Forschungs-GmbH weichen z.T. erheblich voneinander ab. Das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (GW) ermittelte mit Stand vom 31.03.1991 insgesamt 196 Forschungs-GmbH mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 26.000 (darunter 13.000 mit Hoch- und Fachschulabschluß). Nicht alle dieser Forschungs-GmbH stellten Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen vormaliger Kombinate dar. Sie umfaßten zu gut einem Drittel auch Ausgründungen aus Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und anderer Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR. Ausgründungen aus Kombinat

befragten Betrieben vor, die Reduzierung des FuE-Personalbestandes fortzuführen!

Für die Betroffenen war der Personalabbau in Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft der neuen Bundesländer zunächst nicht immer direkt mit Arbeitslosigkeit verbunden. Viele der vom Abbau wirtschaftlicher Forschungs- und Entwicklungs-Potentiale betroffenen Arbeitskräfte wurden erst nach einem Umweg und nach enttäuschten Hoffnungen mit Arbeitslosigkeit konfrontiert: der Abbau industrieller FuE-Potentiale erfolgte häufig durch Ausgründung ehemaliger Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Auf diese Weise entstanden im Zuge der Auflösung alter Kombinatstrukturen neue Forschungseinrichtungen, die Forschungs-GmbH. Die so von den Unternehmen getrennten und auf externe Aufträge angewiesenen Forschungseinrichtungen verblieben, soweit es sich um Ausgründungen aus Kombinat und VEB's handelte, im Besitz der Treuhand.

dar. Diese umfaßten rund 13.700 Beschäftigte, davon rund 9.500 in FuE.

Betrachtet nach Branchen lagen die Schwerpunkte der Arbeitsfelder und der Verteilung der Forschungs-GmbH in der Elektrotechnik, dem Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Energie- und Fernwärmeversorgung. Auf Forschungs-GmbH aus den genannten Wirtschaftszweigen entfielen im März 1991 rund 70% aller in den ausgegründeten Forschungs-Einrichtungen tätigen Beschäftigten. Die Struktur der Forschungs-GmbH nach Wirtschaftszweigen und nach der Verteilung der Beschäftigung entsprach damit weitgehend dem Muster der Forschungsstruktur der ehemaligen DDR-Wirtschaft. So

gesehen bestätigt sich die Einschätzung, "daß die Ausgründung von Forschungs-GmbH ein anderes Mittel der Freisetzung von wirtschaftlichem FuE-Potential" war, und daß sich dementsprechend zeitweise "in den Forschungs-GmbH der Kern des wirtschaftlichen FuE-Potentials" der vormaligen DDR widerspiegelte. Gestützt wird diese Einschätzung durch die regionale Verteilung der Forschungs-GmbH. Regionale Standortschwerpunkte der Forschungs-GmbH waren und sind weiterhin die Bundesländer Sachsen, Berlin und Sachsen-Anhalt.

Durch die Ausgründung von Forschungseinrichtungen aus Kombinat und Betrieben verändern sich sowohl die institutionell-organisatorischen wie auch finanziellen Rahmenbedingungen der Industrieforschung in den neuen Bundesländern. An die Stelle der vormaligen unternehmensinternen Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Produktion sollten künftig, so die Hoffnung der Ausgründer, neue Formen der Forschungs- und Entwicklungskooperation zwischen Industrieunternehmen und der außeruniversitären industrienahen Forschung treten. Im Rückblick zeigt sich, daß diese Hoffnungen unerfüllt blieben. Bemühungen, den nahezu vollständigen Ausfall industrieller Forschungsaufträge und einer auftragsorientierten Finanzierung durch eine Integration der Forschungs-GmbH in das System der industriellen Gemeinschaftsforschung zu kompensieren, führten innovationspolitisch in eine "hoffnungslose Sackgasse". Frühzeitig geäußerte Zweifel an einer marktorientierten Zukunftsfähigkeit der ausgegründeten Forschungseinrichtungen erfuhren eine rasche Bestätigung. Nachträglich belegt wird diese Einschätzung durch Daten der systematischen Erfassung der Forschungs-GmbH durch die Treuhandanstalt (THA). Danach verringerte sich die Zahl der in Besitz der Treu-

hand befindlichen Forschungs-GmbH von 117 im Januar 1991 auf nur noch 74 im Oktober des gleichen Jahres (-36,7 v.H.). Im Zeitraum zwischen Oktober '92 und März 1992 verringerte sich ihre Zahl von 74 auf 57. Die Verringerung der Zahl der im Bestand der THA befindlichen Forschungs-GmbH erfolgte in der Mehrzahl der Fälle, nämlich in 31, durch eine Privatisierung der Einrichtungen. Für diese und für ihre Beschäftigten stellte das Ausscheiden aus dem Verantwortungs- und Handlungsbe- reich der THA jedoch keinen Schritt zu einer sicheren Existenzgrundlage dar. Für die THA kam die Privatisierung jedoch einer nicht unwillkommenen Entlastung von finanzieller und beschäftigungspolitischer Verantwortung gleich. Ungeachtet ihres Bemühens um eine entlastungsorientierte Privatisierung gelangte die THA jedoch bald zu der Einschätzung, daß den Forschungs-GmbH im Zuge einer marktorientierten Selbstbehauptung im Forschungs- und Leistungswettbewerb nur unzureichende Zukunftsperspektiven offenstünden. Diese Einschätzung war u.a. ein Grund dafür, die im Bestand der Treuhand befindlichen Forschungs-GmbH (in Anlehnung an die Evaluation der außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR durch den Wissenschaftsrat) eine Bewertung auf der Grundlage wissenschaftlich-technischer wie auch betriebswirtschaftlicher Kriterien zu unterziehen. Diese Bewertung, die 76 Forschungs-GmbH einschloß, erfolgte in der Zeit von Mai bis Oktober 1991. Dem Bewertungsergebnis zufolge galten zwei Drittel der Forschungs-GmbH als privatisierungsfähig. Bei einem Fünftel erschien eine übliche Privatisierung nicht möglich, das FuE-Potential aber aus industrie- bzw. regionalpolitischer Sicht erhaltenswert. Schwierigkeiten bei der Privatisierung wie auch bei der Überführung von Forschungs-GmbH in eine Länd

tere Ausgründungen von Forschungseinrichtungen aus Unternehmen ihres Bestandes zu verhindern. Zu einer innovations-

und industriepolitischen Rückgliederung von Forschungs-GmbH kam es jedoch nur in Ausnahmefällen.

Verzahnung von Unternehmenssanierung und staatlicher Forschungs- und Technologieförderung - ein Weg zur Sicherung und zum Neubau industrieller Innovationspotentiale

Die Ausgründung von Forschungseinrichtungen der ehemaligen Kombinate und Betriebe der DDR in Form selbständiger Forschungseinrichtungen, vor allem die Liquidation und Auflösung von mehr als einem Sechstel der Forschungs-GmbH im Verlaufe des ersten Jahres der deutschen Einheit, verweist auf eine innovations- und industriepolitisch verhängnisvolle Vernachlässigung der Sicherung und der Umorganisation der industriellen Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Deutlich wird diese Vernachlässigung an dem krassen Mißverhältnis zwischen dem für 1991 von den Forschungs-GmbH angemeldeten Finanzbedarf und der Bereitstellung öffentlicher Mittel für eine Sicherung ihres Fortbestandes. So stand dem Finanzbedarf in Höhe von rund 587 Millionen DM eine für 1991 bewilligte Überbrückungsfinanzierung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 150 Millionen DM gegenüber. Von einer Sicherung oder einem Neuaufbau der industriellen FuE in der Wirtschaft der neuen Bundesländer im Rahmen staatlicher Maßnahmen kann daher keine Rede sein. Die bereitgestellte Überbrückungsfinanzierung entsprach gerade drei Viertel der 1988 vom Bund aufgeführten FuE-Ausgaben vor indirekten Förderung des FuE-Personals in Unternehmen der Wirtschaft im alten Bundesgebiet! Nahezu die Hälfte der Mittel wurden durch das BMWi zum Zwecke des Ausbaus der industriellen Gemeinschaftsforschung bereitgestellt. Die Bereitstellung weiterer Mittel erfolgte im Rahmen der Neuaufgabe von bereits ausgelaufenen Fördermaßnahmen für das Gebiet der neuen

Bundesländer. Zu nennen sind dabei besonders die "FuE-Personal-Zuwachsförderung", die für 1991 erstmals Fördermittel in Höhe von 22 Millionen DM zur Verfügung gestellt und von denen bis Ende April 1992 bereits 14,5 Mio. DM bewilligt wurden, die "Auftragsforschung und -entwicklung" (AFO) zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer produzierender Unternehmen sowie zur Sicherung von erhaltenswerten vorhandenen FuE-Kapazitäten einschließlich der Sicherung der FuE-Beschäftigten. Diese Maßnahmen wurden Ende 1991 durch ein zusätzliches Programm zur Förderung der "Auftragsforschung und -entwicklung-West-Ost" (AWO) ergänzt. Mit diesem Programm sollte die Ausrichtung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den neuen Bundesländern - so das BMFT - auf die Marktbedürfnisse der Unternehmen erleichtert und eine bessere Auslastung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den neuen Bundesländern sichergestellt werden. Für die Laufzeit dieses Programms bis Ende 1993 sind insgesamt rund 50 Millionen DM an Fördermitteln vorgesehen.

Die Entindustrialisierung in den neuen Bundesländern, so konstatierte der amtierende BDI-Präsident Necker unlängst, "ist keine drohende Gefahr, sondern bereits Realität". Diesem industriellen Kahlschlag kann weder - wie von ihm gefordert - durch eine intensive Aufforstung noch durch eine Privatisierung allein erfolgreich begegnet werden. Eine Wiederherstellung der indu-

striellen Basis im Osten Deutschlands, die diese nicht zur verlängerten Werkbank und zur konjunkturellen Manövriermasse von Unternehmen im Westen werden läßt, erfordert eine Sicherung und Verstärkung der Innovationspotentiale in der außeruniversitären Wissenschaft und Forschung sowie in den Unternehmen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Sicherung und Erneuerung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern. Notwendig dazu sind folgende Maßnahmen:

1. Einem weiteren Abbau industrieller Forschungs- und Entwicklungspotentiale in den neuen Bundesländern ist offensiv und umgehend entgegenzuwirken. Noch bestehende Potentiale müssen abgesichert und für eine Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft genutzt werden.

Dabei kommt es zunächst darauf an, den nahezu vollständigen Rückgang industriefinanzierter und auftragsorientierter Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern zu kompensieren. Die bisher vor allem vom BMFT ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung von FuE in der Wirtschaft der neuen Bundesländer, darunter die Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen, die Förderung des Zuwachses von FuE-Personal und der Auftragsforschung, die Erleichterung der Projektförderung sowie die Erleichterung des Zugangs zu Fachprogrammen des BMFT reichen insgesamt nicht aus. So hilfreich und bedeutsam sie auch in den einzelnen Fällen sein mögen - es ist nicht zu übersehen, daß einzelne der eingeleiteten Fördermaßnahmen zu Mitnahmeeffekten führen.

2. Die staatliche Förderung privater Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ist stärker an den regionalwirtschaft-

lichen Voraussetzungen sowie den innovations- und modernisierungspolitischen Aufgabenstellungen der neuen Bundesländer auszurichten.

Die Übertragung forschungs- und industriepolitischer Förderinstrumente aus den alten Bundesländern wird den spezifischen Voraussetzungen der neuen Bundesländer nicht gerecht. Dies gilt vor allem für die Förderung von FuE im Rahmen von Fachprogrammen des BMFT. Unternehmen aus der ehemaligen DDR besitzen keine Erfahrung, sich durch schnelle Produktinnovation, hohe Produktqualität und aggressives Marketing im weltweiten Innovations- und Qualitätswettbewerb zu behaupten. Zudem besteht keinerlei Voraussetzung in Form einer mittelständischen Unternehmensstruktur sowie einer darauf aufbauenden "Existenzgründerkultur". Aus diesem Grunde bedarf es ergänzender, überwiegend vom Bund finanzierter Struktur- und Fördermaßnahmen, deren Ziele den Problemstellungen in den neuen Bundesländern Rechnung tragen.

3. Die Förderung von Innovationsfähigkeit, die technologische wie ökologische Modernisierung müssen um zielgerichtete Maßnahmen zur Deckung gesellschaftlicher Bedürfnisse nach neuen technisch-organisatorischen Problemlösungen ergänzt werden. Noch bestehende Forschungs-GmbH sind mit Bezug auf diese Aufgaben zu fördern. Ferner müssen sie in Maßnahmen zur Sanierung von Unternehmen eingebunden und in diese zurückgegliedert werden.

Die Modernisierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern muß auch von der Nachfrageseite her gefördert werden. Deshalb gilt es, das vorhandene FuE-Potential für die Lösung vorhandener gesellschaftli-

cher Probleme wie die ökologische Sanierung von industriellen Altlasten, die Entwicklung von Konzepten der Abfallvermeidung und Abfallverwendung sowie von auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen zugeschnittenen Konzepten der rationalen Energiegewinnung und Energieverwendung zu mobilisieren. Ein Ansatz hierzu liegt darin, über die Einrichtung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften hinaus auch Innovations- und Entwicklungsgesellschaften aus dem Arbeitskräftepotential der vormaligen industriellen FuE zu bilden und für diese Maßnahmen der Umstrukturierung und Reorganisation von Unternehmen sowie für die Einleitung regionaler Entwicklungsprozesse zu nutzen. Auch bestehende Forschungs-GmbH können in diesem Sinne genutzt werden; durch ihre Einbindung in die innovative Erneuerung von Produkten und Produktionsprozessen in den Unternehmen könnten erste Schritte zu ihrer Rückführung in die Unternehmen erfolgen!

4. Die Förderung der Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft muß als sozialer Prozeß begriffen und organisiert werden. Die Förderung muß darauf ausgerichtet werden, technologische Innovationen konsequent mit sozialen Innovationen (moderner Arbeits- und Betriebsorganisationskonzepte, Qualifizierungsmaßnahmen, Beteiligungskonzepte für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen usw.) zu verzahnen. Eine integrierte Innovationsförderung muß zu einer zentralen Aufgabe der Forschungs- und Technologiepolitik für die neuen Bundesländer werden.

Unter veränderten Marktbedingungen sind Innovationsprozesse nur erfolgreich, wenn technologische Innovationen von komple-

mentären sozialen Innovationen begleitet werden. Die Einführung moderner Technologien in die Wirtschaft der neuen Bundesländer wird die erhofften positiven wirtschaftlichen Effekte (Produktivitätssteigerung, Verbesserung der Produktpaletten usw.) nur zeigen, wenn gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß die vorhandenen Betriebs- und Arbeitsorganisationsstrukturen neu gestaltet werden. Hierbei muß es darum gehen, die Ziele der Ganzheitlichkeit der Aufgabenzuschnitte, des Abwechslungsreichtums der Tätigkeitsinhalte, der Eigenständigkeit sowie der Qualifikationsanforderungen der Arbeit zu verwirklichen. Um die Durchführung sozialer Innovationen zu unterstützen, ist es notwendig, das Förderprogramm "Arbeit und Technik" des Bundes um diese Aufgabenstellungen zu erweitern sowie das Programmvolumen den Erfordernissen gemäß aufzustocken anstatt ein weiteres Mal zu kürzen! Allerdings darf die Überwindung von Humanisierungs- und Gestaltungsdefiziten in den ostdeutschen Betrieben und Verwaltungen keine alleinige Aufgabe dieses Programms bleiben. Vielmehr müssen die technologiepolitischen Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern in ihrer Gesamtheit daraufhinwirken, daß dort eine Infrastruktur der Sicherung und Weiterentwicklung der betrieblichen Innovationsfähigkeit entsteht. Die Vermittlung von Gestaltungswissen, die Beratung und gestaltungsorientierte Weiterbildung inner- und außerbetrieblicher Innovationsträger sowie die Initiierung und Verstärkung von Kooperationsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Beratungseinrichtungen und Forschungsinstitutionen sind wesentliche Aufgaben einer solchen Infrastruktur.

Roland Schneider ist Leiter der Abteilung Technologie/HdA beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Cornelius Weiss (Leipzig):

Die ostdeutschen Länder in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft
Thesen zur Fachkonferenz des Wissenschaftsforums der SPD, Bonn, 16.10.1992

1.

Die Wissenschaft in der DDR stand keineswegs auf so niedrigem Niveau, wie unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung pauschal geurteilt wurde.

Trotz der bekannten Handicaps

- mangelhafter apparativer Ausstattung der naturwissenschaftlichen und medizinischen Laboratorien (besonders mit moderner Meß- und Rechentechnik),
- ideologischer Kontrolle und Bevormundung besonders der Geistes- und Sozialwissenschaften,
- weitgehender Abschottung vom internationalen Informationsaustausch durch Reise- und Kontaktverbote für die Mehrzahl ostdeutscher Wissenschaftler,
- ideologisch und finanziell begründeter Einschränkungen beim Literaturzugriff

wurde sowohl in den Akademieinstituten und Hochschulen als auch zum Teil in Forschungseinrichtungen der Industrie solide und international respektierte Forschungsarbeit gelei-

stet. Diese Einschätzung wird inzwischen vom Wissenschaftsrat geteilt.

2.

Inzwischen besteht jedoch tatsächlich die akute Gefahr einer katastrophalen Verödung der Forschungslandschaft in Ostdeutschland. Die Ursachen dafür sind u.a.

- die überstürzte und unkritische Übertragung bundesrepublikanischer Wissenschaftsstrukturen,
- der fast vollständige Zusammenbruch der Industrieforschung durch die anhaltende Entindustrialisierung,
- die ersatzlose Abwicklung von fast 50 % der Akademieeinrichtungen,
- die bereits zwei Jahre anhaltende Lähmung der Hochschulforschung durch die (allerdings zwingend notwendige!) Neustrukturierung und den gleichzeitigen rigorosen Stellenabbau um durchschnittlich 40 % aus Finanzgründen
- und schließlich die aus all dem resultierende Abwanderung vor allem junger Wissenschaftler in die alten Bundesländer und - Tendenz steigend! - in das Ausland.

3.

Die Konsequenz dieses nicht nur fahrlässig verursachten Austrocknungsprozesses kann eine für die Zukunftschancen Gesamtdeutschlands verheerende Kausalkette sein:

- Mangelnde Innovationsraten und fehlende technologische und geistige Impulse in allen Sphären der ostdeutschen Gesellschaft,
- daraus folgend die endgültige Umwandlung Ostdeutschlands zur verlängerten Werkbank und Verkaufstheke sowie
- Verstärkung der Ost-West-Wanderung kreativer junger Leute und damit demographische und geistige Vergrößerung der ostdeutschen Länder,
- als Endresultat die Zementierung der deutschen Spaltung und zugleich schwere Nachteile für die Wirtschaft Gesamtdeutschlands im internationalen Wettbewerb.

4.

Dieses bereits in Gang gekommene Szenario wird sich nur noch mit ent-

schlossenen Maßnahmen aufhalten lassen:

- Sofortige Gleichstellung der neuen Bundesländer bezüglich der Forschungsfinanzierung und institutionellen Forschungsförderung durch den Bund,
- unbedingter Erhalt der Reste der Industrieforschung notfalls durch ABM und Sonderprogramme,
- Wiederaufstockung des Hochschulerneuerungsprogramms auf die ursprünglich vom Wissenschaftsrat empfohlene Höhe von 6,5 Mrd. DM,
- Verlängerung des Wissenschaftlerintegrationsprogramms zur Eingliederung leistungsfähiger ehemaliger Mitarbeiter der AdW von zwei auf fünf Jahre,
- beschleunigter Aufbau der für die neuen Bundesländer geplanten außeruniversitären Forschungsinstitute,
- Rückkehr von wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Bundeseinrichtungen (Deutsche Bücherei, Bundesgericht usw.) an ihre angestammten Plätze in Ostdeutschland.

*Cornelius Weiss, Prof. Dr., Chemiker, ist
Rektor der Universität Leipzig*

THEMA II: Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive

Am 17. und 18. Oktober lud der sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer Hochschulexperten zu einem Symposium. Ziel sollte sein, Prämissen für ein sächsisches Landeshochschulgesetz zu diskutieren. Anwesende Hochschulrechtler sollten wohl auch dazu beitragen, das republikweite Kopfschütteln über die juristische Unzulänglichkeit des sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes beim LHG zu vermeiden. Wir baten anlässlich dieses Symposiums die hochschulpolitischen Sprecher der beiden größten Oppositionsfractionen im sächsischen Landtag um eine Zwischenbilanz: Zwischen HEG und LHG.

Alfred Förster (Chemnitz / Dresden):

Sächsische Hochschulerneuerung - Anspruch und Wirklichkeit

1. Die Hochschulerneuerung in der DDR

Der 3. Oktober 1990 induzierte neue Anforderungen für alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, so auch für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich und zwar im ganzen, wiedervereinigten Deutschland.

Der Fehler der Politik allgemein und der Wissenschaftspolitik speziell bestand darin, daß man für die Bewältigung dieser Herausforderung gesamtdeutsche, wissenschaftlich begründete Konzepte nicht hatte und auch nicht wollte.(1)

Die Meinung, es reiche aus, den erfolglosen, gescheiterten Osten nach dem Bild des erfolgreichen Westens zu formen und umzustrukturieren, wurde die fehlende Konzeption, die Losung "Wie im Westen, so auf Erden" das fehlende Programm.

Die Umgestaltung des Wissenschafts- und Hochschulbereiches verlief im Vergleich zur Wirtschaft bei allen Schwierigkeiten und Verwerfungen relativ geordnet und planmäßig ab. Die zuständigen DDR-Minister MEYER und TERPE konnten vernünftige

Regelungen im Einigungsvertrag festschreiben. Allen Verantwortlichen war klar, die Hochschulerneuerung sollte so behutsam erfolgen, daß eine Massenflucht der Studenten an die überfüllten westdeutschen Universitäten ausbleibt. Dies lag auch im Interesse der westdeutschen Hochschulen.

Vielleicht ist darin ein Grund zu suchen, weshalb die demokratische DDR-Regierung es nicht für vordringlich hielt, die Cheftagen der Universitäten und Hochschulen auszuwechseln, die ideologiebelasteten Sektionen und Einrichtungen zu schließen und die personelle Erneuerung nach einfachem DDR-Recht zu beginnen. So wurde die Hochschulerneuerung zur Aufgabe der Länder, obwohl mit den Verordnungen vom 18.9.1989 über

- Hochschulen
 - die Ausbildung für Lehrämter
 - die Errichtung von Studentenwerken
- die rechtliche Grundlage zur Übernahme des westdeutschen Hochschulsystems zu wesentlichen Teilen bereits gelegt war.(2)

2. Strukturelle Umgestaltung der Sächsischen Hochschullandschaft

Die vorläufige Hochschulverordnung sah keine Regelung für die Errichtung und Schließung von Hochschulen und Hochschulteilen vor. Es war deshalb der Sächsischen Staatsregierung möglich, im Dezember 1990 die Abwicklung ganzer Hochschulen (3), Sektionen, Institute und Fachbereiche gemäß Einigungsvertrag ohne Mitwirkung des Landtages und der Einrichtungen zu beschließen und durchzuführen. Schon mit der Abwicklung waren die erklärten Ziele der Hochschulpolitik der Sächsischen Staatsregierung klar zu erkennen:

1. Entfernung der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter, die dem SED-Regime besonders willfährig gewesen sind (4),
2. Einstellung der mit der Ideologie des Marxismus belasteten Lehre und Forschung,
3. Drastische Begrenzung der Haushaltsausgaben für Lehre und Forschung auf eine der zu erwartenden Armut des Freistaates entsprechenden Höhe,
4. Neuaufbau von Wirtschafts-, Rechts- und Teilen der Geisteswissenschaften.

Im Jahre 1991 wurden mit dem Hochschulenerneuerungsgesetz (25. 7. 1991) und der von der Staatsregierung eingesetzten Hochschulkommission die wesentlichen konzeptionellen Arbeiten für die personelle und strukturelle Erneuerung der sächsischen Hochschulen geleistet.

Im November 1991 lag eine Konzeption des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst für den Hochschulbereich vor, die sich im wesentlichen auf die Empfehlungen und Evaluierungsergebnisse des Wissenschaftsrates sowie die Arbeit der Hochschulstrukturkommission stützte.

Die Grundsätze der Konzeption (5) wurden dann im Hochschulstrukturgesetz vom 10. April 1992 mit der Transformation der Technischen Hochschulen in Hochschulen für Technik und Wirtschaft (FH) bzw. Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH) und der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten vollzogen.

Im September 1991 nahmen, jenseits von Hochschulerneuerungs- und Hochschulstrukturgesetz, die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung als interne Einrichtung des Staatsministeriums des Inneren und vier Berufsakademien den Studienbetrieb auf. (6) Beide Einrichtungen wurden entgegen dem Willen des Wissenschaftsrates und der Hochschulkommission gegründet.

Die Strukturplanung der Hochschulen hatte in Sachsen und in den anderen neuen Bundesländern unter einem erheblichen Mangel zu leiden. Sie wurde nicht von innen nach außen, sondern genau umgekehrt vollzogen. Nicht aus den zukünftig erforderlichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Absolventen wurden die notwendigen Studienabläufe und Bedingungen sowie die dazu erforderlichen Strukturen innerhalb der Hochschulen und im Hochschulsystem abgeleitet, sondern die dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst zugestanden Ressourcen wurden im Maßstab 1:2 von Baden-Württemberg auf die Hochschulen, Fachgebiete und Professorenstellen aufgeschlüsselt.

So stellte sich gar nicht erst die Frage, ob der Absolvent der ostdeutschen Technischen Universitäten und Hochschulen schon in Ansätzen den zukünftigen Anforderungen entspricht und ob vielleicht so-

gar dieser Absolvent eine "Marktlücke" im geeinten Deutschland ausfüllen kann, weil er von einer Hochschule kommt, die zwischen der westdeutschen Universität und Fachhochschule liegt, an der gleichzeitig die Forschung und ein starker Praxisbezug der Lehre ausgeprägt ist. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates SIMON meint dazu:

"Dieses Zwittergebilde ist genau das, was man heute braucht, weil es die Vorteile beider Hochschultypen vereint." /1/

Wenn ein Vertreter der Siemens-AG erklärt, daß Absolventen der TU Dresden 1991 bei den Einstellungen an dritter Stelle vor so renommierten Hochschulen wie z. B. Aachen liegen /2/, wenn der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ORTLEB betont, daß die Arbeitslosigkeit unter den Absolventen der neuen Bundesländer relativ gering ist /3/, wenn nach Angaben des Arbeitsamtes Dresden nur 5 bis 10 % der arbeitslosen Akademikernach dem Hochschulabschluß nicht mit ihrer beruflichen Laufbahn beginnen konnten /4/ und wenn wissenschaftliche Assistenten und Forschungsstudenten scharenweise nach Studienaufhalten an westdeutschen Instituten und Einrichtungen abgeworben wurden, dann wäre doch die Frage nach erhaltenswerten Eigenschaften ostdeutscher Absolventen, die noch keine Produkte der Hochschulerneuerung waren, ihrer Ausbildung und ihrer Hochschulen legitim gewesen, zumal sie in nur 4 1/2 bis 5 Jahren auf der Basis eines 12-Jahre-DDR-Abiturs ausgebildet wurden und sich damit durchschnittlich drei Jahre eher der Diplomprüfung stellen mußten als ihre westdeutschen Mitbewerber.

Es muß nachdrücklich festgestellt werden: Nicht die schlechte Qualität der ostdeut-

schen Absolventen und ihre mangelnden Chancen auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt waren der Grund für die Hochschulerneuerung, sondern die bereits benannten politischen und finanziellen Ziele und ein weiteres, das jedoch offiziell nicht postuliert aber realisiert wurde:

Kein neuer Hochschultyp in Deutschland, der eventuell die "Gefahr" einer grundsätzlichen Reform der westdeutschen Hochschulen und die Infragestellung der Machtposition der deutschen Universitätsprofessoren heraufbeschworen hätte.

Dies war der eigentliche Grund dafür, daß

- die Technischen Hochschulen zu Fachhochschulen transformiert,
- die Ingenieurschulen abgewickelt,
- der lehrende akademische Mittelbau an den neuen Fachhochschulen atomisiert und an den Universitäten auf "Westniveau" gebracht wurde.

Nüchtern stellen GOEDEGEBUURE u.a. fest:

"Strukturell scheint die Wiedervereinigung als solche jedoch die Hegemonie des westdeutschen Hochschulwesens nicht in Frage gestellt zu haben, und auch wenn sie der deutschen Nation die Chance geboten haben mag, Strukturen und Charakter ihres Hochschulwesens insgesamt zu überdenken, so ist dies bislang offensichtlich versäumt worden. Vielmehr werden die Hochschuleinrichtungen der ehemaligen DDR entsprechend dem Vorbild der traditionellen westdeutschen Universitäten umgebaut. Hinsichtlich der Diversifizierung des Hochschulsystems spielen Geschichte und Tradition ebenso wie Interessengruppen eine sehr wichtige Rolle." /5/

Für die Richtigkeit dieser Aussage spricht auch, daß man in Sachsen (trotz mangelnder Finanzen) die Professorenstellen von

2.184 (7) auf 2.632 (8) erhöhte, während der akademische Mittelbau im gleichen Zeitraum von 7.960 auf 3.260 mehr als halbiert wurde.

Es ist offensichtlich, die Hochschulstruktur wurde in Sachsen von Professoren für Professoren gemacht. Der akademische Mittelbau war dabei Objekt, nicht Subjekt. Es mußte sich im Osten alles ändern, damit sich im Westen nichts zu ändern braucht. Die Hochschul- und Forschungslandschaft konnte dabei keine Ausnahme bilden, die Widerstandskräfte waren zu gering. (9)

SIMONS Warnung /1/:

"Verzichten Sie auf die Ratschläge aus Darmstadt oder Aachen! Sie haben das

3. Das westdeutsche Universitätssystem - eine geeignete Zielgröße ?

Die Gefahr, daß mit der Übernahme des westdeutschen Hochschulsystems, den darin wirkenden Hierarchien und Bastionen zur Verteidigung der Besitzstände, zwangsläufig ihre Probleme auf die Hochschulen Sachsen übertragen werden, ist nicht auszuschließen, ja sie ist bedrohlich.

Was erwartet uns ?

Man stelle sich vor, es gebe einen Konzern, dem es in 14 Jahren (!) trotz

- Erweiterung der Kapazitäten um 8,2 % (22,0 %)
- Erhöhung der Ausgaben um 64,0 % (92,0 %)
- Vergrößerung der Personalstellen um 5,4 % (20,8 %)
- davon seiner Spitzenkräfte um 13,3 % (15,9 %)
- Vergrößerung des Materialeinsatzes um 138,0 % (71,5 %)

nur gelungen ist, seinen Produktionsausstoß um lächerliche 3,8 % zu steigern. /6/, /7/

gar nicht nötig! Sie brauchen diese Ratschläge nicht und sollten auf dem beharren, was Sie sind. Machen Sie genau auf dem Weg weiter und sorgen Sie dafür, daß alles das, was ungewöhnlich und originell ist, so bleibt. Sagen Sie denen, die meinen, daß Sie sich an westdeutsche Verhältnisse angleichen sollen, Sie möchten warten, bis die alten Bundesländer ihre Probleme gelöst haben", hört sich gut an. Sie wird aber mit Sicherheit von den Herrschenden nicht befolgt.

Eine Hoffnung bleibt, daß die Hochschulen bei der Ausgestaltung ihrer Entscheidungsspielräume daran denken, und daß der Reformdruck auf die westdeutschen Universitäten zunimmt.

In der gewerblichen Wirtschaft wäre ein solcher Konzern in kurzer Zeit dem Untergang geweiht, es sei denn, er würde vom Staat subventioniert. Und genau das ist bei den Universitäten Deutschlands der Fall, sie sind dieser Konzern.

Diese Zahlen spiegeln die Entwicklung der Universitäten und Kunsthochschulen der alten Bundesländer von 1977 bis 1990 wieder, wenn man

- die Studienplätze als "Kapazität",
- die Professoren als "Spitzenkräfte",
- die Studienanfänger pro Jahr als "Materialeinsatz" und
- die Absolventen pro Jahr als "Produktionsausstoß" ansieht.

Demgegenüber erreichten die Fachhochschulen (Werte in Klammer) eine wesentlich bessere Effektivitätsentwicklung. Sie konnten die Absolventenzahlen im gleichen Zeitraum um 64 % erhöhen. Als Folge dieser divergierenden Entwicklung haben sich die Kosten pro Absolvent weiter

zu Ungunsten der Universitäten entwickelt. Verursachte 1977/78 ein Universitätsabsolvent noch die dreifachen Kosten eines Fachhochschulabsolventen, so waren sie 14 Jahre später schon viermal so hoch.

Eine Fortschreibung dieser Entwicklung wird nur noch für kurze Zeit möglich sein. Eine tiefgreifende Reform des Universitätswesens in Deutschland steht auf der Tagesordnung. Ohne diese grundlegenden Reformen wird es dem Steuerzahler immer weniger zu vermitteln sein, weshalb er ständig mehr für die gleiche Leistung bezahlen soll. /12/

Der Widerstand gegen diese grundlegende Reform des Universitätswesens ist erheblich. Ungeachtet dessen nimmt die Zahl derer, die Reformen auch mit eigenen Vorschlägen fordern, zu.

Im Brennpunkt stehen dabei die langen Studienzeiten. Sie werden nicht nur als der Hauptgrund für die Misere der Universitäten angesehen, sondern sie führen auch zu beachtlichen, nicht notwendigen Belastungen des Sozialstaates und zur Beeinträchtigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Darauf haben der Bundeskanzler und Vertreter der Deutschen Wirtschaft zu Recht hingewiesen. /8/ und /9/

Das Durchschnittsalter der Absolventen betrug bereits 1989 in den alten Bundesländern 27,9 Jahre /10/, knapp 3 Jahre mehr als in den neuen Bundesländern /11/

Eine Reduzierung der Studiendauer auf das Niveau in den neuen Bundesländern, verbunden mit dem Übergang zum 12-jährigen Abitur hätte allein bei den Universitätsabsolventen des Jahrgangs 1990 eine achtprozentige Erhöhung der Lebensarbeitszeit zur Folge. Und nicht nur dies, sie würde auch zu Einsparungen und Mehr-

einnahmen in den Bundes- und Landeshaushalten sowie bei den Krankenkassen und Rentenversicherern von ca. 5,6 Mrd führen. (10)

Wie sehen nun die Vorschläge zur Studienzeitenverkürzung aus? Dazu eine Auswahl:

1. Höherer Anteil der Studienplätze an Fachhochschulen; bis zum Jahr 2000 sollen dann 35% /6/ bis 40% /7/ der Studenten ein Studium an einer Fachhochschule beginnen /9/, /12/, /14/, /15/.
2. Differenzierung zwischen einem berufsqualifizierenden Studium (einschließlich Prüfungen und Praxissemestern) in den Regelstudienzeiten von 9 bis 10 Semestern an den Universitäten und 8 Semestern an den Fachhochschulen und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Form eines Forschungs- bzw. Graduiertenstudiums /12/, /14/, /15/.
3. Entfrachtung des berufsqualifizierenden Studiums, um es studierbar zu machen; Senkung der Semesterwochenstundenzahl /12/.
4. Festlegung verbindlicher Prüfungszeitpunkte für Zwischen- und Abschlußprüfungen durch Rechtsvorschriften der Länder; Nichtbestehen bei Versäumnis /12/.
5. Leistungsbezogene Verbesserung der BAföG-Zahlungen, Darlehensersatz bei erfolgreichem Studienabschluß innerhalb der Regelstudienzeiten /12/.
6. Berücksichtigung der Studienzeiten bis zum berufsqualifizierenden Abschluß bei der Zulassung zum Promotionsstudium sowie bei der Gewährung von Promotionsstipendien /12/.
7. Studiengebühren bei wesentlicher Überschreitung der Regelstudienzeit (bis 2 Semester) bei weiterer Überschreitung (+ 2 weitere Semester) Exmatrikulation mit Prüfungsanspruch /12/.
8. Berücksichtigung der Studienzeiten bei

- Einstellung von Bewerbern /12/,
 9. Mittelzuweisung für Lehre und Forschung in den Fachbereichen nach erfolgs- und qualitätsorientierten Kriterien /12/,
 10. Einbringung des Lehrdeputates vorrangig in den nach Studienordnung relevanten Bereichen,
 11. Präsenzpflichten der Hochschullehrer /12/,
 12. Verantwortung der Dekane für den ordnungsgemäßen Studienbetrieb /12/,
 13. Materielle Anreize zu einem stärkeren Engagement in der Lehre, Aufwertung der didaktischen Komponente bei Berufungen /12/.

Auffallend, daß viele der Vorschläge in den ostdeutschen Universitäten, wenn auch nur in Ansätzen, Realität waren und vielleicht auch noch sind (2., 4., 6., 9. bis 13.).

Um so erstaunlicher, daß dann niemand von den Mächtigen im Staat und im Universitätsbereich die Forderung erhebt, die kurzen Studienzeiten der universitären Studiengänge der neuen Länder zu erhalten und kritisch ihre Übertragbarkeit auf westdeutsche Universitäten zu prüfen. Weder für den Bundeskanzler /9/, den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft /14/, den Wissenschaftsrat /16/ noch für die Hochschulrektorenkonferenz /15/ ergibt sich eine solche Relevanz.

Aber auch für den Sächsischen Staatsmi-

4. Die personelle Erneuerung

Allen Verantwortlichen im Hochschulbereich war klar, daß weder 28.000 Personalstellen für die Ausbildung von ca. 10.000 Absolventen/Jahr an sächsischen Hochschulen gebraucht wurden noch bezahlbar waren. Der politische Streit zwischen den Parteien ging nur um das Ausmaß des

Minister für Wissenschaft und Kunst ist das kein Thema. In einem umfangreichen Fragekatalog seines Hauses zu einem zweitägigen Symposium mit namhaften Wissenschaftlern und Fachleuten aus Hochschulorganisationen wurde eine solche Frage weder gestellt noch diskutiert. /17/

Von dem gleichen falschen Hochschulbild Sachsens bezüglich Studienzeiten geht offensichtlich auch der Ministerpräsident des Freistaates aus, wenn er die Forderung erhebt, daß "die Studienzeiten drastisch gekürzt werden" müssen. /18/.

Allein am Beispiel der Studienzeiten kann gezeigt werden, daß die Hochschulen Sachsens hervorragende Bedingungen gehabt hätten, Vorreiter der Hochschulreform in Deutschland zu sein, zumal der Staatsminister mit allen seinen Professoren neue Arbeitsverträge abschloß bzw. abschließt.

Welche Chancen, damit das Leistungsprinzip und den Wettbewerb auch im Hochschulbereich einzuführen !

Die bereits abgeschlossenen Verträge geben jedoch Anlaß zur Sorge (11). Es spricht leider sehr wenig dafür, daß die Bereitschaft vorhanden ist, im Osten die Hochschulreform zu machen, von der der Westen träumt, und damit eine Schubkraft und Nachfrage für die Entwicklung des Ostens zu induzieren. /19/

Abbaus, seiner Personalstruktur und seiner Durchführung. Die SPD wollte 13.000 Personalstellen (12), um die zusätzlichen Aufgaben:

- auslaufende universitäre Studiengänge an den Fachhochschulen bei gleichzeitigem Beginn der Fachhochschulausbil-

dung

- Nachqualifizierung der Fachschulabsolventen
- Neukonzipierung wesentlicher Studienrichtungen an allen Hochschulen
- Ausgleich für noch nicht einwerbende Drittmittel abzusichern.

Die Staatsregierung hielt 10.100 Personalstellen für ausreichend. (13) Mit dem Haushalt 1992 gelang es dann MEYER mit Unterstützung der CDU-Fraktion gegen BIEDENKOPF und MILBRADT die Personalstellenzahl auf 11.000 zu erhöhen und für die obigen Erschwernisse zusätzliche Mittel für 2.000 kurzzeitig befristete Mitarbeiter im Staatshaushalt auszuweisen.

In der zukünftigen Personalstruktur wollte die SPD einen akademischen Mittelbau auch an den Fachhochschulen (14), um die im Hochschulstrukturgesetz fixierten Rechte der Fachhochschulen bezüglich eigener Forschung und Betreuung des akademischen Nachwuchses auch personell zu ermöglichen. Diese Forderung war nicht durchzusetzen, da der Landtag die Strukturierung der 11.000 Personalstellen der Staatsregierung überließ. (15) Die Relation Hochschullehrer/ wissenschaftliche Mitarbeiter wurde zu Gunsten der Professoren wesentlich verändert (1991: 1/3,6; 1992: 1/1,2).

Es war offensichtlich, daß der Personalabbau von 28.000 auf 11.000 bzw. 13.000 Stellen nicht allein durch die Entlassung der Stasispitzen und der Mitarbeiter, die gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, erreichbar sein wird. Deshalb war es das erklärte Ziel aller Demokraten, erst die Belasteten zu entlassen und dann die, für die keine Stelle vorhanden war. Dieses Ziel konnte die Staatsregierung nicht erreichen.

(16) Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt. (17) Der Sekretär der Parteileitung und der Mitarbeiter, der sich mit ganzer Kraft für die Erneuerung seiner Hochschule und seiner Kommune eingesetzt hatte, bekamen am gleichen Tag ihr Kündigungsschreiben mit der Post ins Haus.

Die Verfahren der Personal- und Fachkommissionen waren demokratisch. Jeder konnte sich als nichtständiges Mitglied zur Wahl stellen und jeder konnte be- und entlastende Aussagen für Betroffene abgeben. Leider wurde davon wenig Gebrauch gemacht. Wieder hatten die gelerneten DDR-Bürger Angst, die Entlastung eines Betroffenen könnte man ihnen als Systemnähe auslegen und die Belastung könnte ihren zukünftigen Chef treffen, und das wäre für die eigene Karriere gar nicht gut.

Jetzt, nach Abschluß der Verfahren und nach erfolgter Kündigung oder Berufung bzw. Stellenvergabe kommt der Mut, der keiner mehr ist, zu spät. Ohne Zweifel gab es gravierende Unterschiede in den selektiven Maßstäben der Personalkommissionen der einzelnen Hochschulen (18) und damit auch in der relativen Größe der Negativempfehlungen an den Staatsminister. (19) Doch es sind erhebliche Zweifel angebracht, ob eine externe Kommission des Ministeriums zu besseren Ergebnissen mit einer höheren Akzeptanz gekommen wäre. Als unmittelbare bzw. mittelbare Folge der Arbeit der Personalkommissionen haben vom Juni 1991 bis zum August 1992 6.100 Personen (20) die Hochschulen verlassen und damit sogar etwas mehr als im Zeitraum Oktober 1989 bis Juni 1991 (21), so daß im August noch 16.000 Personen (22) im Hochschulbereich tätig waren. Aus diesem Pool und weiteren Bewerbungen auf Grund der öffentlichen Ausschreibungen mußten durch die Berufungs- und Beset-

zungskommissionen die geeigneten Bewerber für die 5.882 Professoren-, Dozenten- und wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen und unter Eigenregie der Hochschulen die geeigneten Mitarbeiter für das sonstige Personal gefunden werden.

Die Zielvorgabe, diese Arbeit in den Sommermonaten bis zu Beginn des Wintersemesters leisten zu können, erwies sich trotz des immensen Einsatzes der Kommissionsmitglieder als Illusion und führte zu einer Menge Fehlentscheidungen und -aktivitäten des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und der Hochschulen (23). Trotz der gravierenden Mängel im Prozeß der personellen Erneuerung wird sein Grundanliegen erreicht werden. Die Vormachtstellung der SED-Professorenschaft wurde gebrochen (24), wobei gute Fachleute, die die Verfahren der Personalkommissionen überstanden hatten, von den Berufungskommissionen als gleichberechtigte Bewerber behandelt wurden.

Durch das verkürzte Berufungsverfahren wurden hervorragende sächsische Wissenschaftler an den Hochschulen gesamt und damit eine sächsische Identität erhalten. (25)

Defizite des Verfahrens waren:

- der Mangel geeigneter Bewerber aus den alten Bundesländern für die Ingenieurwissenschaften,
- der Mangel geeigneter Bewerber aus den neuen Bundesländern für die Geistes-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften,
- der unterschiedliche Status der beruflichen Professoren aus den alten Bundesländern gegenüber ihren Kollegen aus den neuen Ländern (26),
- die vergebene Chance, mit dem Abschluß der neuen Arbeitsverträge der Professoren die Statusdifferenzierung durch eine Leistungsdifferenzierung zu ersetzen

und die Professoren zur Präsenz und zum Aufbau ihrer Fachbereiche zu verpflichten.

Diese Defizite können dazu führen, daß die Differenzierung zwischen den Professoren alten und neuen Rechts durch die Differenzierung in West- und Ostprofessoren ersetzt wird, daß es "Ost- und Westfachbereiche und -fakultäten" geben wird und daß der Status der Universitätsprofessoren in den alten Bundesländern zum Maßstab aller Dinge gemacht wird.

Ob eine derart differenzierte Professorenschaft die Fähigkeit und den Willen haben wird,

- die Vorteile der sächsischen Hochschulen zu erhalten,
- den sächsischen Fachhochschulen ihre weitreichenden gesetzlichen Rechte auch praktisch zu gewähren,
- die mit dem neuen sächsischen Hochschulgesetz angestrebte größere Autonomie verantwortungsbewußt zu nutzen und
- eine Führungsposition in der Durchsetzung einer grundsätzlichen Hochschulreform in ganz Deutschland zu übernehmen, ist die spannende Frage der nächsten Jahre.

Es bleibt im Interesse der sächsischen Hochschulen zu hoffen, daß zumindest einige der Fehler der westdeutschen Entwicklung im Hochschulbereich vermieden werden können.

Dazu bedarf es großer Anstrengungen (27) bei allen Angehörigen der Hochschulen und keiner weiteren gravierenden Fehler der Staatsregierung.

Alfred Förster, Prof. Dr. sc.techn., MdL, ist Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung / Wissenschaft / Jugend / Sport der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Anmerkungen:

1) So war der Wissenschaftsrat (und nicht nur er) der Meinung, es reiche völlig aus, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Osten zu evaluieren. Dies war ohne Zweifel notwendig, es wäre jedoch für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Westen auch hilfreich gewesen.

2) Die Hochschulverordnung war in den wesentlichen Teilen mit dem Hochschulrahmenrecht konform. Die Fachhochschule wurde als Hochschulart eingeführt und in der Lehrerausbildung wurden ein Vorbereitungsdienst, als Aufgabe der Studienseminare, sowie die 1. und 2. Staatsprüfung eingeführt.

3) DHfK Leipzig, LPG-Hochschule Meißen, Institut für Literatur "J. R. Becher" Leipzig

4) In der Regierungserklärung vom 8.11.1990 sagte dazu Ministerpräsident BIEDENKOPF: "In den Universitäten und Schulen werden wir mit Hilfe geeigneter Maßnahmen dafür Sorge tragen, daß nur solche Hochschullehrer und Lehrer unsere Jugend unterrichten, die in der Lage sind, ihnen das Wissen zu vermitteln, das sie brauchen, um sich zu freizeitleichen und verantwortungsfähigen Bürgern zu entwickeln und mit ihrem Wissen in ganz Europa konkurrenzfähig zu sein. Hochschullehrer, die in der überwundenen Zeit hauptamtliche Parteifunktionäre waren oder vergleichbare Funktionen ausgeübt haben, sind in der modernen freizeitleichen Universität fehl am Platze."

5) Wesentliche Änderungen waren:

- Reduzierung der Personalstellen von 13.000 auf 11.000 vorrangig durch Abbau im akademischen Mittelbau. Während die Relation Professor/ wiss. Mitarbeiter bei den Fachhochschulen im November 1991 noch bei 1:1 lag, wiesen die Stellenpläne 1992 nur noch eine Relation von 1:0,5 aus.
- Wegfall der universitären Ausbildung für das Bauingenieurwesen und die Agrarwissenschaft in Leipzig,
- Wegfall der Option für die FH Vogtland
- Wegfall des Sozialwesens für die Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau
- keine Aufnahme der Berufsakademien

6) Die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung wurde mittels eines separaten Gesetzes nachträglich vom Sächsischen Landtag mit der Mehrheit der CDU-Fraktion legitimiert. Eine solche Legitimation fehlt den Berufsakademien bis jetzt.

7) Stand 30. 6. 1991 einschließlich Dozenten (ohne Medizin)

8) Stand 26. 5. 1992 einschließlich Dozenten (ohne Medizin)

9) Die Hoffnung BIEDENKOPF's, daß die Rechtsordnung, die jetzt für alle Deutschen gilt nicht dazu mißbraucht würde, in Westdeutschland entstandene und mit Blick auf den westdeutschen Wohlstand tragbare Besitzstände vor Veränderung oder "Bedrohung" durch Alternativen zu schützen, erfüllte sich nicht. (Kurt Biedenkopf und der Abschied von der "Aufholjagd", Frankfurter Rundschau vom 27. 3. 1992)

10) Für die 74.545 Absolventen (ohne FH und Medizin) wurde pro Absolvent und Jahr mit 8.000 DM Lohnsteuer, 7.000 DM Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung und 15.000 DM Studienkosten (Betriebsausgaben) gerechnet. Dabei wäre die zusätzliche Wertschöpfung noch nicht einmal berücksichtigt. Die Rechnung setzt natürlich voraus, daß auch entsprechende Arbeitsplätze für die Absolventen bereitgestellt werden können.

11) In den Verträgen ist die Vergütung und wöchentliche Regellehrverpflichtung von 8

Lehrveranstaltungsstunden des Anrechnungsfaktors 1 (bei FH-Professoren 18 Lehrveranstaltungsstunden) ausgewiesen. Die anderen Dienstaufgaben werden nur durch den Hinweis auf § 49 SächsHEG angesprochen. Keine Präsenzpflicht und auch keine leistungsfördernde Entlohnung.

12) Diese Forderung entsprach den in der Hochschulkonzeption des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst vom November 1991 detailliert ausgewiesenen Personalstellen.

13) Diese Personalstellenanzahl wurde vom Staatsminister der Finanzen aus einer Umrechnung der Personalstellen im Hochschulbereich Baden-Württembergs über die Einwohnerzahlen dieses Landes und des Freistaates ermittelt. MEYER machte sich diese Rechnung nicht zu eigen.

14) Diese Meinung vertrat MEYER bis zum Dezember 1991 auch.

15) gegen den Widerstand der Opposition

16) Nach dem Hochschulerneuerungsgesetz sollten die Verfahren der Personalkommission im April 1992 abgeschlossen sein. In seiner Regierungserklärung vom Oktober 1992 wollte das der Ministerpräsident in drei Monaten schon eventuell schaffen. In seiner schriftlichen Regierungserklärung vom Oktober 1992 hatte der Ministerpräsident das Ziel auf den Beginn des Wintersemesters 1992/93 verlegt. Bei der Verlesung der Erklärung 24 Stunden später, wurde das Ziel mit "im Wintersemester 1992/93" angegeben. Es spricht vieles dafür, daß diese Zielstellung nochmals korrigiert werden muß.

17) Tatsache ist, daß

* das Sächsische Hochschulerneuerungsgesetz statt im Januar erst im März 1990 eingebracht wurde;

* entgegen dem Willen der Opposition der gesamte Prozeß der Erneuerung durch die Regierungsfraktion in die Hände des Staatsministers gelegt und damit das Parlament seines weiteren Einflusses beraubt wurde;

* daß die Rechtsverordnungen (z. B. die umstrittenen zur verkürzten Berufung von Professoren), zu denen der Staatsminister Meyer ermächtigt und verpflichtet war, erst nach einem Jahr oder noch gar nicht erlassen wurden;

* der Entwurf des Hochschulstrukturgesetzes des Wissenschaftsministeriums vom November 1990 mit einer begründeten Stellenzahl von ca 13.000 Planstellen solange in Verantwortung des Ministerpräsidenten blockiert wurde, bis sie mit Gewalt auf 11.000 Stellen gekürzt worden war (März 1992);

* das Wissenschaftsministerium die Personal- und Fachkommissionen lt. Hochschulerneuerungsgesetz erst sehr spät bestätigte und zu wenig Rechtshilfe und Orientierung gab.

18) Gründe dafür waren die mangelnden Rechtsvorschriften für die Personalkommission und das "Bereinigen" der Akten in den Chefetagen bis zur Wahl der neuen Leitungen.

19) Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hat darüber noch keine Zahlen veröffentlicht.

20) In dieser Zahl sind auch ganz normale Arbeitsplatzwechsel und Vorruhestandseintritte enthalten.

21) einschließlich des Personalabbaus von 1.400 Stellen durch die Abwicklung

22) Nach Angaben des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst liegt dieser Personalbestand auch jetzt noch vor (s. Morgenpost vom 6. 11. 1992)

23) So wurde befristeten Assistenten, die vor dem 03.10.90 ihre Assistenz aufgenommen haben und damit i.a. kurz vor der Promotion stehen, gekündigt, obwohl es einen an-

derslautenden Beschluß des Sächsischen Landtages gab.

Personaldezernenten erkannten die sachliche Entscheidung der Besetzungskommission für die wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht an.

Bewerber für Professorenstellen, über die der Minister noch gar keine (negative) Entscheidung getroffen hatte, wurden gekündigt.

Den bisherigen "Höhepunkt" stellten aber die "schwarzen Listen" dar, die der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst an alle Hochschulen versandte. Diese Listen, die sogar Bewerber enthalten, denen aus Bedarf gekündigt wurde, verstoßen nicht nur gegen das Datenschutzgesetz, sondern auch gegen das Hochschulstrukturgesetz (§ 11).

24) Nach /20/ waren bis zum 15. 8. 1992 1210 Hochschullehrer alten Rechts (das sind 46%) bereits aus den Hochschulen ausgeschieden.

25) Im verkürzten Berufungsverfahren wurden 403 Professoren berufen, davon waren 132 vorher keine Hochschullehrer.

26) Den Bewerbern aus den alten Bundesländern wurde vielfach der Beamtenstatus und eine Entlohnung nach 100% Westtarif zugestanden.

27) Wie groß diese Anstrengungen sein werden, geht aus dem Schlußsatz der Rede des Bundestagsabgeordneten Dr. Gerhard Päselt (CDU/CSU) in dem hochschulpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 21. 2. 1992 hervor:

"Zum letzten möchte ich noch zum Ausdruck bringen, daß wir in den neuen Bundesländern das einmalige Kunststück fertigbringen sollen, möglichst ohne Geld mit Beratern aus den alten Bundesländern die Fehler der alten Bundesrepublik nicht zu wiederholen. Frage: Wie sollen wir das machen ? "

Literaturnachweis

/1/ Simon, D.: Redeauszug zur Immatrikulationsfeier und gleichzeitigen Umbenennung der TH Ilmenau in Technische Universität am 17. 10. 1992

/2/ Meyer, H.-J.: Der Weg zur Hochschulerneuerung in Sachsen. Rede zur Gründung der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (FH) am 15. 7. 1992

/3/ Wer gegen den Strom nicht schwimmt, wird zurückgetrieben. Interview der Lausitzer Rundschau mit Bundesbildungsminister Ortleb (FDP) vom 18. 9. 1992

/4/ Schön, S.: Arbeitslose Akademiker auf der Suche nach neuem Anfang. Sächsische Zeitung vom 17. 10. 1992

/5/ Goedegebuure, L. u.a.: Hochschulpolitik international: Trends- Probleme- Lösungsansätze. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1992

/6/ Sekretariat der KMK: Staatliche Hochschulen, Daten zur Situation und weiteren Entwicklung, Anlage 1 und 2

/7/ Wissenschaftsrat: Eckdaten und Kennzahlen zur Lage der Hochschulen - Fortschreibung 1992. S. 80 und S. 82 Zeitraum 1978 bis 1989

/8/ Hahn: Rede zur Gündungsfeier der Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau am 13. 6. 1992

/9/ Kohl, H.: Bildungspolitik für Deutschland. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 4. 1992

/10/ Wissenschaftsrat: 12 Semester sind an den Universitäten die Regel geworden. Pressemitteilung vom 20. 3. 1992

- /11/ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.
- /12/ Konkretisierung der Vorschläge der Finanzministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz unter besondere Berücksichtigung der neuen Länder vom 5. 5. 1992
- /13/ Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU: Für eine humane Leistungsschule und ein differenzierteres Hochschulsystem. 9. 6. 1992
- /14/ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Thesen zur künftigen Struktur und Reform im Hochschulbereich. Bonn 16. 6. 1992
- /15/ Hochschulrektorenkonferenz: Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland
- /16/ Wissenschaftsrat: Sieben Forderungen für die Neuordnung der Hochschul- und Fachhochschullandschaft. Pressemitteilung vom 27. 1. 1992
- /17/ Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Fragen zu dem Symposium über das künftige Hochschulrecht in Sachsen. 17. und 18. 10. 1992 auf Schloß Wachwitz in Dresden
- /18/ Sächsische Staatsregierung: Sachsen und Bayern im Bundesrat für Öffnungsklausel im Hochschulrahmengesetz. Presseerklärung vom 3. 2. 1992
- /19/ Lothar Späth: in einem Interview der Wirtschaftswoche Nr. 43 vom 16. 10. 1992
- /20/ Brief des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst vom 1. 9. 1992 an alle Abgeordneten des Sächsischen Landtages

Peter Porsch (Leipzig / Dresden):

**Symposium zu Fragen des künftigen Hochschulrechts in Sachsen
17./18. 10. 1992 Schloß Wachwitz
Kritische Anmerkungen aus linker Sicht**

Am 17. und 18. Oktober 1992 fand sich in illustrierter Umgebung ein illustrierter Kreis zusammen. Der sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst hatte alles was Rang und Namen als konservativer Hochschulpolitiker oder Hochschulrechtler hat, vermehrt um einige bunte Vögel wie Michael Daxner und die hochschulpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, auf Schloß Wachwitz bei Dresden geladen zu einem Symposium zur Landeshochschulgesetzgebung. Die allein maskulinen Formen sind hier berechtigt. Unter den ca. 50 persönlich geladenen Teilnehmern war keine Frau. Nur die StudentInnenräte hatten eine Frau hingesandt. Die Fragen, die Minister Meyer beantwortet haben wollte, zeigen die Richtung konservativer Positionen und Visionen in der Hochschulpolitik:

- Man beklagt die Überfrachtung akademischer Gremien mit administrativen Aufgaben und sucht nach Modellen, "akademischer Eigenverantwortung und professionellem Wissenschaftsmanagement in gleicher Weise institutionell gerecht zu werden und beides dann strukturell miteinander zu verknüpfen." (Fragen und Thesen ..., S.1)
- Man sucht eine Optimierung der Entscheidungsprozesse an den Hochschulen, ausgerichtet an wirtschaftlichen Überlegungen
 - ein Weg dahin könnte über "Kuratorien" führen.
- Man unterstellt, daß besonders in den paritätisch besetzten Gremien zu viele sach-

und fachfremde Fragen die Arbeit belasten. Um die Gremien wieder stärker an hochschulinternen Fragen zu orientieren, schlägt man den Übergang zum Mehrheitswahlrecht in einer in Wahlbereiche eingeteilten Hochschule vor.

- Die Lehre soll im Vergleich zur Forschung sehr viel stärker in den Vordergrund treten. Entsprechend ist die finanzielle Ausstattung der Hochschulen von den Leistungen in der Lehre abhängig zu machen.
- Man sucht eine Reduktion der Studentenzahlen durch Gliederung des Studiums und selektierende Anforderungen bis zur Zwischenprüfung.
- Die Rolle der Fachhochschulen und ihr Verhältnis zu den Universitäten sind genau zu definieren.

Rekapituliere ich die Debatte auf Schloß Wachwitz und beziehe ich das Konzept der Hochschulrektorenkonferenz zur Erneuerung der Hochschulen vom 6. Juli 1992 ein, so komme ich zu dem Schluß, die Konzepte sind allesamt konservativ, weil sie sich zu einfach und unvermittelt am "Wettbewerb" und am nationalen Überleben im Wettbewerb orientieren. Nur daraus ergibt sich auch die Perspektive Europa. Es werden deshalb kaum Visionen geboten, sondern einfache Rationalisierungskonzepte. Zu erwarten sind demnach Diversifikationen auf verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Bereichen.

Eine der wichtigsten Diversifikationen soll

die zwischen Hochschulen und Hochschularten sein. Im Zentrum steht die Frage der Fachhochschulen. Ich könnte den Fachhochschulen einiges abgewinnen, wenn sie tatsächlich nach dem Prinzip "andersartig, aber gleichwertig" in die Gesamtstruktur der Hochschullandschaft eingegliedert wären. Über Ansätze ist jedoch auch Sachsen mit seinem vielgerühmten kooperativen Promotionsrecht nicht hinausgekommen, die Hochschulrektorenkonferenz macht allerdings Vorschläge, die da noch weit dahinter bleiben. Die Katze kommt aus dem Sack bei folgender Forderung:

"Hervorragend qualifizierten Fachhochschulabsolventen soll die Zulassung zur Promotion an einer Universität eröffnet werden, ohne zuvor ein universitäres Diplom erwerben zu müssen; statt dessen ist in einem Verfahren die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten, wie sie für eine Promotion erforderlich ist, festzustellen. Dies und das Promotionsverfahren liegen in der Verantwortung der 'aufnehmenden' Universität." (Konzept, S. 36)

Die Fachhochschulen sind also nicht nur andersartig, sie stehen wissenschaftlich unter dem Kuratell der Universitäten. Dann sind sie zumindest unter dem Aspekt der Wissenschaften nicht mehr gleichwertig. Das sollte man auch offen sagen. Denn dann sagte man endlich auch offen, daß man das Hochschulwesen zweiteilen will. De facto ist es doch schon passiert. Das zeigt die "leichter" zu erwerbende Fachhochschulreife, das zeigt die niedrigere Einstufung der FachhochschullehrerInnen und das zeigen die Besoldungsrichtlinien im öffentlichen Dienst, nach denen FachhochschulabsolventInnen niedriger eingestuft und bezahlt werden als UniversitätsabsolventInnen. Für den letzteren Fall fordern die Rektoren und Rektorinnen Gleich-

stellung, die Gleichstellung der Fachhochschulen ist damit aber noch lange nicht vollzogen. Eine Scheinlösung soll vielmehr die wirkliche Absicht vertuschen: akademische Plebs, hauptsächlich für das Funktionieren der Wirtschaft ausgebildet, soll getrennt werden von den eigentlichen Eliten. Zwei Klassen von AkademikerInnen entspricht ein Zweiklassen-Hochschulwesen. Die Bedingungen für die Eliten in der Ausbildung verbessern sich so genauso wie die Möglichkeiten der Kontrolle über die zukünftigen Eliten. Die Lösung ist in gleichem Maße technokratisch wie herrschaftsbewußt und herrschaftssichernd. Sie wird flankiert von weiteren Diversifikationsvorschlägen.

Stärker trennen will man Lehre und Forschung, bis hin zur Trennung von Forschungsprofessuren und Lehrprofessuren, trennen will man theoretisch ausgerichtete Forschung von anwendungsorientierter. Alles trennt Eliten von den Massen. Es befreit die Eliten und - ich wiederhole - läßt sie besser kontrollieren.

Trennen will man auch Verwaltung und eigentlichen akademischen Betrieb. Und die Zahl der gruppengesteuerten Hochschulgremien sei - so meinen RektorInnen und Rektoren - auf das Notwendige zu begrenzen (vgl. Konzept, S. 43). Nichts gegen die Entlastung der WissenschaftlerInnen von unnötigem Verwaltungskram, einem Angriff auf die Selbstverwaltung autonomer Hochschulen kann man jedoch nicht zustimmen. Selbstverwaltung ist auch gefährdet, wenn die Gruppen sich in den Gremien nicht mehr begegnen, sondern in je eigenen Zirkeln ihre vermeintlich je nur eigenen Angelegenheiten behandeln. Die Vorschläge sind also ein Angriff auf die demokratische Universität.

Beim Versuch der Lösung der Probleme

der Massenuniversität geht man den Weg der Diversifikation der StudentInnen weiter. Ziel ist ein stufenweiser Aufbau der Studiengänge, wobei vor dem Übergang zu jeder Stufe ein Filter gesetzt sein soll. Die Hochschulrektorenkonferenz will - und Minister Meyer schließt sich dem an - die Trennung in ein "grundständiges" Studium und ein "wissenschaftliches Aufbau- und Vertiefungsstudium", in dem die Verbindung von Forschung und Studium realisiert wird, in dem die eigentlich akademische Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden hergestellt wird und in dem man zur Promotion geführt wird. Es ist schon erstaunlich, wie lange die Damen und Herren gebraucht haben, um einen neuen Namen für das Forschungsstudium der DDR zu finden. Im grundständigen Studium will man durch gestufte Abschlüsse den Studienabbruch als Abschluß kaschieren. Die Verweildauer der StudentInnen an den Hochschulen würde so tatsächlich deutlich reduziert, die Durchlaufkapazität der Hochschulen deutlich erhöht, ohne daß die Mittel beträchtlich zu vermehren wären. Darüber kann man schon reden, was in Wachwitz in diesem Zusammenhang aber z.T. vorgeschlagen wurde, läßt erschauern.

Da gab es z.B. die Infragestellung des Abiturs als allgemeine und ausreichende Hochschulzulassungsbedingung. Das Abitur, so hörte man, sollte nur mehr die Berechtigung zur Teilnahme am Wettbewerb zum Hochschulzugang darstellen. Der eigentliche Wettbewerb und die Verteilung der Siegespalmen sollten jedoch an den Hochschulen stattfinden, durch Eignungstests, Aufnahmeprüfungen und Selektionen im ersten Studienjahr.

Dieser Vorschlag ist besonders gefährlich, nicht zuletzt auch auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit Studiengängen in der DDR

wie Diplomgermanistik, für die es weitaus mehr BewerberInnen gab als Studienplätze und wo an den Hochschulen Auswahlverfahren angewandt wurden.

Es wäre eine Illusion anzunehmen, die Anzahl der vorhandenen Studienplätze wäre auch nur in etwa identisch mit der Anzahl jeweils geeigneter BewerberInnen und Bewerber bzw. es ließen sich durch irgendwelche Auswahlverfahren fachlich Geeignete gerade so scharf von den Ungeeigneten abgrenzen, daß ihre Zahl die der Studienplätze nicht überschritte. De facto geht es heute um eine Mängelbewirtschaftung, das gaben fast alle Beteiligten in Wachwitz zu. Unter diesen Bedingungen werden aber immer mehr fachlich Geeignete als Studienplätze da sein. Die Auswahl erfolgt dann aber zwangsläufig nach anderen als fachlichen Kriterien. Die Auswahl erfolgt unter solchen Umständen - das zeigen alle Erfahrungen - vornehmlich nach sozialen und politischen Gesichtspunkten. Beziehungen werden eine Rolle spielen, Geld und die sozialen Möglichkeiten, Wartezeiten zu überbrücken, prognostizierbares Wohlergehen usw.; unterm Strich wiederum Herrschaftssicherung und daran ausgerichtete Diversifikation und Elitenbildung. Die der Selektion dienende Studienberatung wird zur Überredungsveranstaltung zum Ausscheiden - mit dem Lohn eines Klein- oder Kleinstexamens. In der DDR waren es wenigstens "Umlenkungsgespräche".

Natürlich können Hochschulen nicht außerhalb der Gesellschaft und ohne Bezüge zu ihr, auch zu ihren materiellen Möglichkeiten, existieren. Zu wirklichen Reformen führt aber eine Hochschulpolitik nicht, die die Schuld an überfüllten Hochschulen allein bei zu vielen Menschen mit Abitur sucht und Lösungen allein in der Reduzierung der Zahl der Studierenden oder Stu-

dierfähigen bzw. in der Erhöhung der Durchlässigkeit der Hochschulen durch radikale Reduzierung der Verweildauer der StudentInnen findet.

Ich will nicht abstreiten, daß das Ziel universitärer Lehre "berufsfähige" AbsolventInnen sein sollen, ob die Grundlegung der Aufgaben der Hochschulen jedoch an dieser Stelle beginnen soll, wie in den meisten Hochschulgesetzen üblich, sei schon dahingestellt. Könnte - müßte - nicht an der Spitze stehen: "Die Hochschulen tragen mit ihrer Forschung und Lehre zum Erhalt und zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens und der natürlichen Umweltbedingungen (gleichermaßen) in ihrer globalen, kontinentalen, nationalen und regionalen Dimension bei. Dies ist zu gleichen Teilen eine Aufgabe zur Entwicklung von Wissenschaft, Bildung und Kultur." Dieser Satz erweitert eine unter vielen Bestimmungen der Aufgaben der Hochschulen im Hochschulrahmengesetz, setzt sie vor allem aber an eine andere Stelle.

Daraus leitet sich doch fast alles andere in unverwechselbarer Qualität ab: Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste, Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten, Angebot von Weiterbildung, Notwendigkeit der Frauenforschung, Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter, Förderung der sozialen Belange von StudentInnen, AusländerInnen und Menschen mit Behinderungen, Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Austausches der Hochschulen sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit usw.

Der Ansatz scheint mir - ich betone es nochmal - eine grundsätzliche qualitative Frage zu berühren und bezieht sich nicht bloß auf eine Umschichtung von Absätzen in einem Paragraphen zu Aufgaben der Hochschulen. Globale soziale und ökolo-

gische Verantwortung muß vom "Unterschiedlichem" zum Grundlegenden werden.

Dies setzt eine Emanzipation von staatlich und parteipolitisch organisierten Interessen ohne Widerrede und ohne Einschränkung voraus. Das heißt die Autonomie der Hochschulen ist das höchste Gut. Ich meine damit allerdings nicht eine Hochschule, ausgeklümpelt aus allen gesellschaftlichen Bezügen und Verantwortungen - im Gegenteil. Ich will aber eine Hochschule, die nicht am Gängelband der Exekutive hängt, sondern sich aus eigener Verantwortung mit der Gesellschaft und ihren Interessen einläßt. Eine solche Hochschule braucht mehrere Dinge.

Sie kann sich eigentlich keine Forschenden und Lehrenden mehr leisten, die in die Zwangsjacke des öffentlichen Dienstes oder gar des Beamtentums geschnürt sind. Der alte Zopf muß weg. Er hat ohnehin niemandem etwas gebracht - dem Staat nicht und den Hochschulangehörigen nicht. Für die Freiheit von Forschung und Lehre notwendige soziale Sicherheit ist anders herzustellen.

Und eine solche Hochschule braucht eine innere demokratische Struktur, in der sich Verantwortung artikuliert. Sie braucht eine personelle und materielle Ausstattung, die ihr das Tragen ihrer Verantwortung ermöglicht. Sie braucht die Einheit von Forschung und Lehre; anders kann sie nicht autonom sein. Der Verlagerung der Forschung in außeruniversitäre, nicht oder nur unzulänglich veröffentliche Bereiche möchte ich strikt entgegenreten. Das trifft sich übrigens mit den Interessen der HochschulrektorInnen. Eine autonome Hochschule braucht den allgemeinen, durch Bildung begründeten und durch keine sozialen und politischen Schranken behinderten Zugang der Studierenden und deren al-

lein durch Wissenschaftlichkeit, Bildung und Kultur bestimmten Abgang. Eine solche Hochschule muß mit der übrigen Gesellschaft ihre Beziehungen aushandeln, wobei die Gesellschaft in diesem Prozeß die Hochschule aus ihrer grundsätzlich definierten Verantwortung nicht entlassen darf. Jetzt erst kann ich z.B. über Nutz und Frommen eines Kuratoriums sprechen. Entsprechend besetzt, könnte es durchaus das Gremium sein, wo sich Hochschule und Gesellschaft produktiv begegnen, mit ihren gegenseitigen Ansprüchen und mit ihrer Eigenständigkeit. Jetzt kann ich auch über die innere demokratische Struktur der Hochschule zu sprechen beginnen. Keinesfalls dürfen sich in einer solchen Hochschule die Administration und Wirtschaftsführung institutionell so weit selbstständig machen, daß ihr Funktionieren außerhalb der grundsätzlichen Verantwortung der Hochschule begründet ist. Einbeziehung der Administration in alle Entscheidungsgremien ist deshalb genauso ange-sagt, wie Befassung aller in Wissenschaft und Lehre eingebundenen Gruppen mit grundsätzlichen Fragen der Administration und Wirtschaftsführung.

Wie auch immer, man landet bei der Gruppenuniversität. Sie allein garantiert gleichzeitig den notwendigen Bestand von Hierarchie und innerer Diversifikation und den notwendigen Ausgleich innerhalb derselben.

Noch eine andere Sache spricht für die Gruppenuniversität, ja läßt sie alternativlos erscheinen: Hochschule ist eine öffentliche Angelegenheit. Dieser Satz ist fast schon unbestritten. Beinahe möchte man meinen, er kommt zu vielen schon zu leicht von den Lippen. Wie ist denn Öffentlichkeit herzustellen, in so geheimnisvollen Dingen wie Wissenschaft? Gerade der wissenschaftliche Diskurs ist kaum öffentlich;

er ist auch kaum unmittelbar öffentlich zu machen. Das hängt schon mit seiner sprachlichen Organisation zusammen. Es gibt eigentlich nur eine Gruppe an den Hochschulen, die in der Lage ist, ausreichend Öffentlichkeit herzustellen. Das sind die StudentInnen. Aus mehreren Gründen: Sie stehen ihrer spezifischen Situation wegen immer mit einem Bein im Alltag und mit einem Bein in der Wissenschaft. Akademische Ausbildung vermittelt unentwegt zwischen Alltagsbewußtsein und wissenschaftlichem Bewußtsein, zwischen Alltagssprache und Wissenschaftssprache. Wer sich ihr aussetzt, ist TeilhaberIn an Wissenschaft und außerwissenschaftliche Öffentlichkeit zugleich. Außerdem vertreten StudentInnen anders als WissenschaftlerInnen keine oder nur sehr beschränkt wissenschaftsparadigmatische Interessen. Im Gegenteil, indem sie Anschluß an Paradigmen suchen, stehen sie diesen zunächst und normalerweise eher kritisch gegenüber, im Sinne von Anfragen der Öffentlichkeit nach Möglichkeiten und Grenzen, Sinn und Zweck von Paradigmen. StudentInnen gehören also in alle demokratischen Gremien, mit ausreichendem Anteil, so daß gegen sie nichts geht.

Hochschule als öffentliche Angelegenheit kriert aber auch Ansprüche an die Wissenschaftsstruktur bzw. an die Forschungsinhalte. Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Die Freiheit findet jedoch ihre Grenzen in der vorhin formulierten Verantwortung für den Erhalt und die Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens und der natürlichen Umweltbedingungen. Dies ist heute wohl unbestritten. Unbestreitbar scheint mir aber auch zu sein, daß die Grenzen nicht durch Personen oder Institutionen außerhalb der Wissenschaft zu setzen sind. Wissenschaft selbst muß die Grenzen setzen und verantworten. Für mich bedeutet das, daß Wissenschaft und ihre Ergebnisse

selbst zum Gegenstand von Wissenschaften werden müssen. Forschung und Folgeforschung, bestimmt durch die grundlegenden Aufgaben der Hochschulen, müssen an den Hochschulen gleichermaßen präsent sein, in allen Wissenschaftsdisziplinen und auch in der Lehre. Gerade hier kann ich mir keine Teilung nach Hochschularten vorstellen.

Auf Schloß Wachwitz verabschiedete man sich sehr deutlich von der Humboldt'schen Universität. Sie sei angesichts der Massen an den Universitäten nicht mehr zu verwirklichen. Dem "theoria cum praxi" wurde eine sehr einseitige Orientierung an einer m.E. verengt gesehenen Praxis entgegengesetzt. Praxis wurde zur Berufsfähigkeit auf dem gegenwärtigen Markt. So wird Hochschule ihrer Verantwortung wohl nicht gerecht werden können.

Von den Hochschulen müssen Impulse ausgehen können, die eine Reichweite von 30 und mehr Jahren haben. Deshalb muß Hochschule auch heute für Studierende gute Qualifikation im Fachlichen und Bildungserlebnis gleichermaßen einschließen. Das läßt sich nicht durch zwei oder drei Vorlesungen im studium generale lösen. Hier sind alle Lehrveranstaltungen, ja alle Lebensbereiche während des Studiums gefordert. Das hat auch Konsequenzen für die Infrastrukturen der Hochschulen und Hochschulorte. Auch hier darf es keine wesentlichen Unterscheidungen nach Hochschularten oder Studiengängen oder Hochschulorten geben. Wir müssen uns eine solche Hochschule leisten, auch wenn an ihr individuelle Studienzeit und Regelstudienzeit nicht mehr zusammenfallen können. Zwangsmaßnahmen zur Einhaltung der Regelstudienzeit á la bayerischer Hochschulminister sind abzulehnen, weil einzig orientiert an der Qualifikation. Es ist schädlich, für die individuell sehr un-

terschiedlich notwendige Zeit zum Erreichen eines akademischen Bildungs- und Kulturniveaus, nur die Elle der Notwendigkeiten fachlicher Ausbildung anzulegen.

Gesellschaftliche und ökologische Verantwortung in globalen bis regionalen Dimensionen können nur Persönlichkeiten wahrnehmen, die qualifiziert, gebildet und kultiviert gleichermaßen sind. (Unter "kultiviert" verstehe ich dabei die bewußte Beachtung von Normen, die auf ihren humanistischen Gehalt hin ständig kritisch hinterfragt werden, anstatt sich einfach zu "verhalten". Dies setzt Bildung voraus, es schließt ein Toleranz, Humanität, Selbstkritik, Kritik, Gerechtigkeitssinn und Widerstand gegen unkultivierte Anmaßung.) Solche Persönlichkeiten sind für eine moderne und demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Die höchsten Schulen haben für ihre Herausbildung die höchste Verantwortung. Herausbilden werden sich allerdings solche Persönlichkeiten niemals in und durch einfach gedachte Erziehung oder Ausbildung.

Hochschulen tragen höchste Verantwortung für das Vorwärtkommen auf dem freilich nur asymptotischen Weg vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit. Wissenschaft, Bildung und Kultur weisen diesen Weg. Qualifikation sichert Bestand und Funktionieren der Gesellschaft in allen ihren Bereichen auf einem hohen Niveau. Sie gibt uns eine beschränkte Freiheit im Reich der Notwendigkeit. Bildung und Kultur ermöglichen zumindest tendenziell, daß bei aller überlebensnotwendiger Meisterung der Zwänge des Alltags die so lebensnotwendigen Utopien nicht verloren gehen.

*Peter Porsch, Prof. Dr., MdL,
Soziolinguist, ist hochschulpolitischer
Sprecher der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag*

DISKUSSION

Klaus-Dietrich Krüger (Potsdam):

Hochschuleinrichtungen zwischen Vergangenheit und Zukunft - Wohin führt der Weg?

"Der Stellenwert von Bildung muß neu bestimmt werden" - Evaluation auch im Westen

Es ist bekannt und mehrheitlich unstrittig, daß

- a) der Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Organisation und Qualität des menschlichen Lebens weiter steigt,
- b) für die Betriebsführung gesellschaftlicher Teilbereiche, z.B. Produktion, Sozialwesen, Tourismus, Sport- und Kulturmanagement sowie andere mehr denn je Hochschulbildung eine Voraussetzung wird,
- c) die Praktizierung von Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch in der Wirtschaft, an Information und Bildung gebunden ist.

In größeren Zeitabständen muß folgende Frage immer wieder neu gestellt werden: Trägt die jetzige Situation an den Hochschulen in der Bundesrepublik, einschließlich der in den neuen Bundesländern, den notwendigen Anforderungen noch Rechnung?

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Anlaß genug, diese Frage jetzt zu stellen. Sie ist aber nicht die einzige Ursache der Fragestellung.

Im folgenden werden Grundgedanken zu einer künftigen Hochschulpolitik skizziert,

mit der Hoffnung, daß sie zur Belebung der öffentlichen Diskussion zu diesem Problem beitragen.

1. Besonderheiten, die sich als wechselseitige Anpassung an die vereinigte deutsche Hochschullandschaft ergeben

1.1. Neue Bundesländer

Personeller Umbruch in großem Maße, Präzisierung und auch fachliche Neuorientierung kompletter Hochschulstrukturen als Folge des Anpassungsprozesses an die gesamtdeutsche demokratische Hochschullandschaft.

Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet zeigen, daß die ostdeutschen Hochschulen nicht in gleichem Maße und zu gleicher Zeit als die Motoren eines Strukturwandels in einer modernen Industriegesellschaft wirken können.

1.2. Alte Bundesländer

Die Hochschulpolitik der SPD muß so angelegt werden, daß die Hochschulen als Motoren einer gewünschten Strukturveränderung in der pluralistischen Industriege-

sellschaft wirken können (siehe dazu [1]).
1.3. Daraus folgende gemeinsame Ziele für die Hochschulpolitik

Zur mittelfristigen Angleichung dieser unterschiedlichen Ausgangslagen bis zum Jahre 2.000 werden folgende Politikziele vorgeschlagen:

1.3.1. Es zeigte sich, daß das Evaluierungsergebnis ostdeutscher Hochschuleinrichtungen nicht nur zur Anpassung an die westdeutsche Hochschul- und Wissenschaftslandschaft dient, sondern auch Ausdruck eines Qualitätsmerkmals ist. Auch Organisationsstrukturen in den alten Bundesländern verschleißen mit der Zeit. Aus diesem Grunde wird die Ausdehnung des Evaluierungsprozesses auf die alten Bundesländer vorgeschlagen.

Man muß sehr wohl prüfen, ob die nun gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft den neuen Bedingungen entspricht (möglicherweise auch eine in die Zukunft weisende prognostische Bestandsaufnahme, nicht rückwärts schauend).

1.3.2. Die Frage, was denn der Anpassung und dem Aufbau der ostdeutschen Wissenschaft (einschl. Hochschulen) und Forschung am besten helfen würde, läßt sich klar, aber sicherlich sehr umstritten, beantworten:

Für die nächsten fünf Jahre ca. 70 bis 80 Prozent aller Investitionen für Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern zu realisieren.

1.3.3. Der Stellenwert der Mobilität ostdeutscher Wissenschaftler muß um ein vielfaches steigen und ist nach der aufgezwungenen Isolation auch erforderlich. Dafür müssen die notwendigen Bedingungen für die Angleichung von Leistung und Ent-

lohnung zwischen den alten und den neuen Ländern geschaffen werden.

1.3.4. Prinzipiell muß die SPD-Politik in den neuen und alten Bundesländern fordern, daß der Bundesforschungshaushalt mindestens im Verhältnis zur bei der Vereinigung hinzugekommenen Bevölkerungszahl (dies sind ca. 20 Prozent), erhöht wird. Nur das kann die neue Ausgangslage für weitere allmähliche Steigerungen mit der Zeit sein (Ausgaben 1991 = 100%). Als Deckungsquelle wird auf verantwortbare Einsparungen im Verteidigungshaushalt verwiesen, denn trotz aller militärischen Konflikte in der Welt befinden wir uns nicht mehr auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.

1.3.5. Gemäß dieser, zwischen den alten und den neuen Bundesländern noch bestehenden unterschiedlichen Ausgangslagen, sind die folgenden Politikziele etwas akzentuiert zu interpretieren.

2. Behutsame aber konsequent betriebene Auflösung erstarrender Bildungswege und deren Neustrukturierung

2.1. Analyse

Bisher ist sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern der Bildungsweg "allgemeinbildende Schulen", "Hochschule", "Berufsziel" und möglicherweise einige nennenswerte Weiterbildungen im Beruf, in der Regel und aus Gewohnheit, fest eingefahren. Dies stimmt mit denkbaren realistischen Lebensformen, denkbaren technologischen Entwicklungsrichtungen, beabsichtigten Entwicklungen im sich einigenden Europa und einer möglichen Bewußtseinsveränderung bezüglich des steigenden Einflusses von Bildung auf

die Gesellschaft nicht mehr ausreichend überein. Der Stellenwert von Bildung muß neu bestimmt werden. Diese qualitative Differenz muß durch folgende Politikziele wieder abgebaut und ein Vorlauf erreicht werden:

2.2. Neubestimmung des Verhältnisses von Erstausbildung und Weiterbildung

Die Weiterbildung muß nicht ausschließlich auf berufsqualifizierende Ziele ausgerichtet sein, sie kann auch der Herausbildung "mündiger Bürger" in einer offenen Gesellschaft dienen. Die bewußte Wahrnehmung demokratischer Rechte ist an Bildung und Information gebunden.

2.3. Für die Weiterbildung sind geeignete Studienformen zu entwickeln (z.B. Fernstudium, Wochenkurse, die planmäßig über einen Zeitraum von ca. 1 Jahr in das Berufsleben eingepaßt werden, Monatslehrgänge und ähnliche Formen).

2.4. Förderung der Tendenz "Weiterbildung um der Bildung willen" in dem Rahmen, wie es der jeweilige finanzpolitische Spielraum der öffentlichen Mittel zuläßt.

2.5. Anerkennung und Förderung eines Weges aus nicht hochschulgebundenen Berufen zum Hochschulstudium, z.B. Studieren ohne Abitur, auf Grundlage geeigneter Zulassungsmerkmale.

2.6. Überdenken des Graduiertensystems mit dem Ziel, flexibler auf unterschiedliche menschliche Entwicklungswege, unterschiedlich verteilte Intelligenz bei den Menschen und breiter gefächerte Anforderungen im sich einigenden Europa reagieren zu können. Aber Anerkennung von Leistungskriterien in allen Studienformen. Die Transparenz der Bildungssysteme in

Europa und der durch sie vermittelten Qualifikationen muß erreicht werden.

2.7. Empfehlung von Regelstudienzeiten für alle Erst- und Weiterbildungsstudienformen, Schaffung von (möglicherweise auch finanziellen) Anreizen zur Einhaltung der Regelstudienzeiten für alle Erst- und Weiterbildungsstudienformen. Bei selbstverschuldeter Nichteinhaltung der Regelstudienzeiten Wegfall aller Vorteilsgewährungen.

2.8. In der Gesetzgebung muß durchgesetzt werden, daß jeder Bürger das Recht auf Freistellung zur beruflichen, kulturellen oder politischen Weiterbildung hat.

2.9. Es ist zu prüfen, ob Mischformen zwischen Berufs- und Hochschulausbildung sinnvoll sind und eine größere Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Markt die Ausbildung dieser Mischformen annimmt.

3. Veränderung der Hochschulstrukturen

Es ist bekannt, daß Hochschulstrukturen durch verschiedenartigste Integrationsbeziehungen (Integrationsmodelle, Interdisziplinarität) verändert werden können. Einleitung von Maßnahmen, um dieses Ziel im Zusammenspiel mit Abschnitt zwei zu erreichen.

3.1. Entrümpelung von Studiengängen (das ist eine Art Fortsetzung der in ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen realisierten Evaluierung).

3.2. Vernetzung von Hochschuleinrichtungen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Industrieforschungseinrichtungen auch in der Lehre (sowohl für Lehrende als auch für Lernende). Mögliche

Veränderung der Vernetzung in größeren Zeiträumen in Abhängigkeit zu erwartenden Entwicklungen.

3.3. Ausbau der Fachhochschulen, Einbeziehung von Lehrangeboten der Universitäten in die Ausbildung von Fachhochschulen und umgekehrt. Promotionsrecht für Absolventen von Fachhochschulen ohne ein weiterführendes Studium an Universitäten.

3.4. Fachhochschulen als eine Art von Anstalten von Universitäten. Dem würde die Tendenz entsprechen, daß die angewandten Wissenschaften längst nicht mehr gegenüber den Grundlagenwissenschaften qualitativ minderwertig seien. Für die Betriebsführung gesellschaftlicher Teilbereiche, z.B. Produktion, Sozialwesen, Tourismus, Sport- und Kulturmanagement, sowie andere wird mehr denn je Hochschulbildung eine Voraussetzung. Es muß daher falsch sein, davon auszugehen, daß die Hochschulbildung bevorzugt für den wissenschaftlichen Nachwuchs zuständig ist.

3.5. Weiteres Herausführen der "altherwürdigen" Hochschuleinrichtungen aus dem symbolischen Elfenbeinturm. Öffnung auch der geistigen Wissenschaften für die Probleme der Arbeitswelt und Hinwendung zu den Grundproblemen der Armutswanderungen (Nord-Süd-Konflikt). Gerade dieser Nord-Süd-Konflikt ist ein Beispiel dafür, daß realistische und wirksame Lösungsvorschläge nur durch integrative Arbeitsweisen, bisher inhaltlich sehr verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, erreichbar sind. Daraus folgen Veränderungen der Wissenschaftsorganisation in Hochschuleinrichtungen.

Es scheint die Zeit herangereift zu sein, daß die Studenten philosophischer, soziolo-

gischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereiche in ihrer Grundausbildung auch ausgewählte ingenieurtechnische Vorlesungen absolvieren müssen. Eine Reihe von Vorurteilen gegenüber technischen Systemen lassen sich so relativieren und Zusammenhänge zu anderen Teilen des menschlichen Lebens besser erkannt werden.

3.6. Informative Vernetzung und Zusammenarbeit der Hochschulen mit der für die Gesellschaft wesentlichen Interessenvereinigungen, z. B. den Gewerkschaften.

3.7. Die Autonomie der Hochschuleinrichtungen ist weiterzuentwickeln. Die Hochschulen müssen zwischen verschiedenen Formen der Leitungsverfassung wählen können (Rektoratsverfassung, Präsidialverfassung).

4. Auswirkungen und notwendige Veränderungen der Lehr- und Forschungsstrukturen an den Hochschuleinrichtungen

4.1. Einbeziehung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen generell und zu besonderen Problemen der wesentlichsten Interessenvertreter, z. B. Gewerkschaften, in die Ausbildung (z. B. Lehrbeauftragte auf Zeit und zu bestimmten Problemen).

4.2. Die Lehrberechtigung auf Lebenszeit muß durch eine Lehrberechtigung auf Zeit ersetzt werden. Für die Professoren gilt grundsätzlich ein Beamtenverhältnis auf Zeit (z. B. 5-6 Jahre). Eine erneute Ernennung ist zulässig.

4.3. Keine Aufteilung in Lehr- und Forschungskräfte, aber Absicherung der Lehre auch durch spezielle ins Gewicht fallende Lehrvergütungen (z. B. auch solche,

die sich merklich auf die Höhe der späteren Rente oder auf den Zeitpunkt des Renteneintritts auswirken können).

4.4. Lehrverpflichtungen ein und derselben Lehrbeauftragten an Universitäten und Fachhochschulen müssen möglich sein.

4.5. Die Erhöhung der Mitarbeiter des Mittelbaus relativ zu den Professoren scheint unter folgenden Prämissen notwendig zu sein:

- Im Rahmen der Vernetzung, z. B. mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Gewerkschaften usw., kann auch der Mittelbau federführend Lehr- und Forschungsaufgaben ausführen.

- Die dazu notwendige wissenschaftliche Organisationsform führt nicht zu autonomen Gruppen, die abgegrenzt nebeneinander bestehen und z. B. die Universität "trockenlegen".

- Kein Ersatz der Arbeit des Mittelbaus durch billige studentische Hilfskräfte.

- Einsatz von studentischen Hilfskräften für die untergeordnete Anleitung von jüngeren Studenten und zur Aufnahme von Meßreihen und ähnlichem.

4.6. Vor Einbindung von Professoren und Mittelbau in zeitweilige Forschungsprojekte (im Sinne integrativen Zusammenarbeitens verschiedener Wissenschaftsdisziplinen) sind die Lehrverpflichtungen abzusichern.

5. Finanzierung der Hochschulen

5.1. Erhöhung des Anteils der Bildungspolitik am Bruttosozialprodukt mindestens um 20%, wenn die Ausgaben im Jahr 1991 mit 100% angesetzt werden (sinngemäß wie Punkt 1.3.4.).

5.2. Die praktische berufliche Bildung ist sicherlich nicht zu unterschätzen, aber wenn sich der Trend verstärkt, daß mehr Ju-

gendliche in die akademische als in die berufliche Ausbildung strömen, müssen die finanziellen Mittel für die Bildung anders verteilt werden. Gleichzeitig könnten mögliche Mischformen der Ausbildung Anlaß sein, um über einen neuen Verteilungsschlüssel nachzudenken.

5.3. Prinzipiell bleibt die Finanzierung der Hochschulen eine staatliche Aufgabe; Drittmittelerwerb für die Lehre und Hochschulen in privater Trägerschaft werden nur in Ausnahmefällen Bedeutung erlangen, ganz im Gegensatz zur Forschung.

5.4. Gesonderte finanzielle Unterstützung ausgesuchter einzelner Hochschuleinrichtungen durch artfremde Bundesministerien (z. B. Außenministerium), wenn sie z. B. durch ihre Grenzlage bedingt, grenzüberschreitende Kulturfunktionen im Sinne der Völkerverständigung in besonderer Weise übernehmen (z. B. die Europauniversität in Frankfurt/Oder).

5.5. Über eine gesetzlich geregelte finanzielle Umlage der Wirtschaft als Beitrag zur Finanzierung von Hochschuleinrichtungen sollte zumindest diskutiert werden. Bisher ist es so, daß sich die Wirtschaft ihren hochschulgebildeten Nachwuchs in der Regel kostenfrei vom Bildungsmarkt nimmt.

6. Studenten in Hochschuleinrichtungen

6.1. Die demokratischen in geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts gewählten Studentenvertreter sind in den Entscheidungsgremien in gleicher Zahl vertreten wie die Professoren und der Mittelbau. Bei der Berufung und Abberufung von Professoren haben die Studentenvertreter nur eine beratende Stimme.

6.2. In der Tendenz Abbau des NC und der Verwirklichung des Bildungsanspruches für alle, aber kein Verzicht auf Leistungskriterien. Jedem Studenten muß klar sein, daß die Zahl der Neuimmatrikulierten nicht mit dem zu erwartenden Bedarf des Marktes koordiniert ist.

6.3. Vervollkommnung der Studienberatung, auch mobile Vor-Ort-Beratung, z.B. in allgemein bildenden Schulen und Berufsbildungseinrichtungen.

6.4. Prüfung, ob die Hochschuleinrichtungen neben ihren Lehrveranstaltungen mit vernünftigen Studentenzahlen auch Überlastprogramme anbieten können, die gerade noch zu vertreten sind; damit kann auf die Generationsschwankungen flexibler reagiert werden.

6.5. Einen sozialen Numerus Klausus darf es an deutschen Hochschulen nicht geben, Beibehaltung des BAFöG für Studierende.

6.6. In größeren Zeiträumen muß die prinzipielle Vergabestruktur des BAFöG darauf

überprüft werden, ob sie mit den sich wandelnden Lebensverhältnissen noch genügend übereinstimmen. Bei der Überprüfung sind die gewählten Vertreter der Studenten zu hören.

Was zeigen die Grundgedanken nach Auffassung des Autors insgesamt? Der Anpassungsprozeß an die zukünftige gesamtdeutsche demokratische Wissenschaftslandschaft ist nicht ausschließlich ein Anpassungsprozeß sowohl der ost- als auch der westdeutschen Wissenschaftslandschaft an veränderte Lebensumstände. Im Verlaufe dieses Prozesses werden sich die heute nicht zu übersehenden Ausgangslagen zu einer deutschen Wissenschaftslandschaft ausgleichen, mit dem Blick nach Europa.

Klaus-Dietrich Krüger ist hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im brandenburgischen Landtag

(aus: "zweiwochendienst Bildung-Wissenschaft-Kulturpolitik", Bonn, 20/1992)

Joachim Tesch (Leipzig):

Das Ende der TH Leipzig und Warten auf die Kündigung*

Nach neun Monaten ist es Zeit zu schauen, was der Prozeß der Erneuerung an der Technischen Hochschule Leipzig im Einzelnen hervorgebracht hat.

Entstanden ist aus ihr nebst einigen anderen Bildungseinrichtungen die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (FH). So notwendig die Schaffung einer leistungsfähigen Fachhochschule in der Region Leipzig auch war und ist, darf eine höchst bedenkliche Begleitentscheidung jedoch nicht übersehen werden: Gleichzeitig wurde mit dem Ende der TH in Leipzig die universitäre Ingenieurausbildung liquidiert. Da dasselbe Schicksal die TH Leuna-Merseburg ereilte, wird damit im gesamten industriellen Ballungsraum Halle-Leipzig - passend zum Prozeß des industriellen Kahlschlages - das universitäre wissenschaftlich-technische Forschungspotential abgebaut. Das ist für die Zukunft der Region umso kritischer, als in Altbundesländern, wie z.B. Nordrhein-Westfalen, gerade mit dem Aufbau neuer Bildungs- und Forschungseinrichtungen wesentliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen industriellen Strukturwandel geschaffen worden sind. Insofern ist die sächsische Kopie des baden-württembergischen Hochschulmodells - wie der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Erichsen, sagte - tatsächlich eine Katastrophe (Leipziger Volkszeitung vom 1.12.92).

Selbst der von der Stadt Leipzig unterstützte Vorschlag, an der hiesigen Universität eine Technische Fakultät einzurichten und in diese die vom Wissenschaftsrat des Bundes positiv evaluierten Kapazitäten (die Kapazität auf dem Gebiet der Bauingenieurwissenschaften wurde als beste ostdeutsche Einrichtung bezeichnet) einzubringen, scheiterten an der Landesregierung in Dresden. Es gelang dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst auch nicht, der Stadtverordnetenversammlung Leipzigs am 19.2.92 begreiflich zu machen, warum die Technische Universität in der Landeshauptstadt Dresden durch Hinzunahme geistes- und sozialwissenschaftlicher Fakultäten zur Volluniversität erweitert wird, aber der Universität Leipzig ein analoger Prozeß in Bezug auf die technischen Wissenschaften verweigert wird. Es bleibt der Verdacht, daß parteipolitisches Kalkül (man bedenke, welche Parteien im Freistaat und in der jeweiligen Stadt regieren) und altbekanntes Hauptstadtsyndrom den Leipzigern zum Nachteil gereichten.

Mit der Auflösung der Technischen Hochschule sind die meisten namhaften Wissenschaftler ausgeschieden bzw. ausgeschieden worden. Viele leistungsfähige Hochschullehrer, besonders auch diejenigen, die den guten Ruf der Hochschule

* Siehe auch *hochschule ost*, Heft 4/92, S. 59-64.

auf dem Gebiet des Bauwesens verkörpern, haben inzwischen in der Wirtschaft lohnende Aufgaben gefunden; so betrüblich oder erfreulich das für den Einzelnen sein mag: die Wissenschaftslandschaft hat einen großen Schaden erlitten!

* * *

Mit der Auflösung der TH Leipzig wurde nunmehr tatsächlich auch die "Abwicklung" des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften eingeleitet, nachdem bis zum Sommersemester 1992 trotz formaler Abwicklungsbescheide mit einem inhaltlich vollständig erneuerten Ausbildungskonzept leistungsstarke und erneuerungsfähige personale Strukturen fortexistierten, um die bis einschließlich 1991 immatrikulierten Studenten weiter universitär auszubilden.

Inwieweit die vom sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bei der personellen Abwicklung praktizierten Methoden und Vorgehensweisen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen, möge der Leser / die Leserin im folgenden selbst beurteilen.

Am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der TH Leipzig waren im Ergebnis der wissenschaftlichen Evaluierung 1991 und der Überprüfung auf persönliche Integrität im Frühjahr 1992 gegen Ende des Sommersemesters noch 6 zu DDR-Zeiten berufene Hochschullehrer vorhanden. Von diesen wurde einer kommissarisch zum Professor neuen Rechts an der TH bzw. FH berufen und einer ist an die Universität Leipzig übernommen worden. Den noch verbliebenen vier wurde in einem Fall fristgemäß zum Jahresende 1992 gekündigt und den anderen angekündigt, daß sie gekündigt werden sollen. Das bedeutet de facto die Enthauptung des Fachbereichs.

Was war dem vorausgegangen und was hatte das für Folgen?

Alle vier Hochschullehrer waren zur Anhörung vor der Personal(überprüfungs)-kommission, der Berichterstatter selbst am 16. März 1992. In der Anhörung bildete seine leitende Tätigkeit im Ministerium für Bauwesen der DDR vor mehr als 20 Jahren (von 1966 bis 1972) den Schwerpunkt. Es war mehr ein Verhör als eine Anhörung. Den Sprecher bzw. Vorsitzenden der Kommission interessierte weder der Inhalt der Tätigkeit (auf dem Fachgebiet der Ökonomie) noch die Umstände der Berufung und der Abberufung im Ministerium, die den Delinquenten hätten entlasten können. Amtsmißbrauch und Verletzung von Menschenrechten konnten weder vor noch während der Zeit an der Hochschule festgestellt werden. Das Ergebnis der Anhörung in der Personalkommission der THL wurde den Betroffenen offiziell nicht mitgeteilt, jedoch durch eine öffentliche Indiskretion an der Spitze der Hochschule bekannt: Meiner Weiterbeschäftigung in der Lehre wurde mehrheitlich zugestimmt.

Aber das war nicht das letzte Wort. Ohne daß man selbst Gelegenheit bekam, gehört zu werden, befaßten sich weitere geheime "Tribunale" mit der verdächtigen Person.

Auf Anfrage aus Dresden nahm der Personalrat der THL am 7. Juli 92 dazu Stellung, ob es Einwände gegen meine Kündigung gäbe: Im Unterschied zur Personalkommission war er laut Mitteilung nach Dresden mehrheitlich für die Kündigung. Mit dieser Entscheidung bestätigte er seinen Ruf, kein Vertretungsorgan der Angestellten, sondern ein verlängerter Arm der Wissenschaftsbehörde und rücksichtsloses Instrument der Personalüberprüfung zu sein. Dazu muß man folgendes wissen: Die

Funktion des Sprechers der Personal(überprüfungs)kommission und des Vorsitzenden des Personalrates wurde an der TH Leipzig in Personalunion von einunddemselben wahrgenommen. Ob das im Sinne des Personalvertretungsgesetzes überhaupt zulässig war, möge der Hauptpersonalrat beim Staatsministerium prüfen. Zumindest liegt ein Verstoß gegen das Sächsische Hochschulernerneuerungsgesetz vom 25. Juli 1991, § 98(3), vor. In meinem Falle hat der Wortführer offensichtlich sein Minderheitsvotum in der Personalkommission in ein Mehrheitsvotum im Personalrat umfunktionieren können. Sein Bedürfnis, sich als besonders gründlicher Erneuerer zu profilieren, wird verständlicher, wenn man weiß, daß er an der früheren Hochschule verantwortungsvolle Aufgaben im System der Zivilverteidigung hatte und vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Orden "Banner der Arbeit" ausgezeichnet worden war... Nunmehr ist er Professor neuen Rechts.

Des weiteren befaßte sich die Landespersonalkommission mit meiner Gelegenheit; ich bekam auch hier keine Gelegenheit, zu den erhobenen Vorwürfen Stellung zu beziehen. Ob eine solche Verfahrensweise mit dem Grundgesetz vereinbar ist, werden gegebenenfalls ordentliche Gerichte zu prüfen haben. Aber in der zentralen Kommission wurde offensichtlich der Beschluß der lokalen Personalkommission umgewandelt und verschärft, was dann zur

entsprechenden Minister-Vorankündigung der Kündigung an den Rektor und von diesem an mich führte (siehe untenstehendes Faksimile); in dieser standardisierten Mitteilung sind offenkundig einige Aussagen schon damals zumindest ungenau gewesen. Inzwischen ist zu vermuten, daß ich einer derjenigen bin, die auf den neuerlichen Listen mit den noch nicht abgeschlossenen Kündigungsverfahren stehen, die die Rektoren im November mit Schreiben des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst erhalten haben.

Zu den Folgen dieser auf undurchsichtigen Wegen zustande gekommenen Vorablisten und Ankündigungen: Am meisten haben die Studenten unter dieser kurz-sichtigen Personalpolitik zu leiden: Der

Kopie
TECHNISCHE HOCHSCHULE LEIPZIG

REKTOR

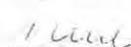
Herrn
Prof. Dr. sc. oec. Joachim Tisch
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Leipzig, 05.09.1992

Sehr geehrter Herr Prof. Tisch,

mir fällt die wenig angenehme Aufgabe zu, Ihnen im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (Schreiben vom 31.08.1992) mitteilen zu müssen, daß auf Grund der Empfehlung der Personalkommission seitens des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst beabsichtigt ist, ein Kündigungsverfahren bezüglich Ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Freistaat Sachsen durchzuführen. Weiterhin heißt es in diesem Schreiben: "Die zuständige Personalvertretung und gegebenenfalls die Landespersonalkommission werden auch beteiligt."

Hochachtungsvoll


o. Prof. Dr.-Ing. habil. R. Thiele

Lehr- und Prüfungsbetrieb wird für die Betriebswirtschaft nur noch lückenhaft und zu erheblichen Teilen improvisiert aufrecht erhalten; die bis 1991 immatrikulierten Studenten fühlen sich weitgehend sich selbst überlassen. Wissenschaftler werden in ihren Persönlichkeitsrechten grob verletzt. Obwohl gegen Kündigungen gerichtliche Klagen wegen der angegebenen Gründe eingereicht worden sind und obwohl diejenigen, denen eine Kündigung angekündigt worden ist, noch gar keine Möglichkeit hatten, die mutmaßlichen Gründe zu prüfen, werden mögliche Bewerbungen für neu ausgeschrieben Stellen an den Hochschulen von den Bewerbungskommissionen für Personen auf diesen Listen nachweisbar schon blockiert bzw. anderweitig besetzt. So erhielten die Wissenschaftler, die eine Vorankündigung der beabsichtigten Kündigung erhalten haben, schon nicht mehr die bis 1996 sowieso auslaufenden Stellen in der universitären Ausbildung, obwohl sie noch die entsprechende Tätigkeit ausführen. Wenn dann im Ergebnis der gerichtlichen Verfahren die Nichtigkeit der angegebenen Gründe festgestellt werden sollte - was nach den Erfahrungen mit den Abwicklungsprozessen vielfach wahrscheinlich sein dürfte - sind die Betroffenen dennoch schwer bestraft, weil die für sie infrage kommenden Stellen inzwischen besetzt sein werden und ihnen nur die Arbeitslosigkeit oder der vorzeitige Altersübergang bleibt. Öffentliche Erklärungsversuche des Staatsministers, es handele sich nicht um schwarze Listen, erscheinen aus dieser Sicht als vernebelnde Wortakrobatik.

Inzwischen warte ich weiter, was aus der Vorankündigung wird, und erfülle meine Aufgaben in der Ausbildung des auslaufenden universitären wirtschaftswissenschaftlichen Studiengangs an der FH Leipzig, hauptsächlich motiviert aus Verantwort-

tung gegenüber den Studenten und Neigung zu meinem Beruf als Hochschullehrer.

* * *

Vom Rande des Geschehens verfolgen wir mit Interesse und Anteilnahme den Aufbau der neuen Studiengänge und des entsprechenden Lehrkörpers an der Fachhochschule. Dabei ist man nach den Worten des neuen Rektors "bei den Wirtschaftswissenschaften, die vornehmlich mit West-Professoren besetzt werden sollen, in den Berufungsverfahren noch 'nicht so recht vorwärtsgekommen'" (Leipziger Volkszeitung vom 25. Nov. 1992). Von 18 vorgesehenen Professorenstellen konnten in der ersten Runde - mit Beginn des laufenden Semesters - lediglich vier besetzt werden. Insbesondere in der Betriebswirtschaftslehre fehlt es auf manchen Gebieten völlig an geeigneten Bewerbern. Verständlicherweise schauen wir, die dank der ministeriellen Personalpolitik draußen vor gehalten werden, mit besonderer Aufmerksamkeit, ob die begrüßenswerten strengen fachlichen und didaktischen Auswahlkriterien der ersten Runde in der Berufungskommission des neuen Fachbereichs auch weiterhin gelten, oder ob dann mangels Masse der "westliche" Spatz in der Hand für besser als die "östliche" Taube auf dem Dache erachtet wird. Den in großer Zahl neu immatrikulierten Studenten des ersten Jahrgangs ist zu wünschen, daß im Interesse ihres Studienerfolgs - so oder so - bald die großen Lücken im Lehrkörper geschlossen werden können.

*Joachim Tesch, Prof. Dr. sc.oec.,
ist (noch) als Professor für Volkswirtschaftslehre im universitären Studiengang für Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (FH) tätig*

DOKUMENTATION

In Sachsen gab es im November/Dezember 1992 einige Aufregung um sog. "Schwarze Listen". In diesen teilte der Wissenschaftsminister den Rektoren der sächsischen Hochschulen die Namen derjenigen mit, die für eine Einstellung an sächsischen Hochschulen nicht mehr in Frage kommen. Es gab dabei - neben der grundsätzlichen Frage, inwieweit solche Listen statthaft sind - einige Ungereimtheiten. Diese sind auch in der überregionalen Tagespresse relativ ausführlich behandelt worden. Nachzutragen bleibt, was denn nun der sächsische Datenschutzbeauftragte, Thomas Giesen, tatsächlich und genau zu den Listen gesagt hat. Auf einer Pressekonferenz am 25. November 1992 äußerte er sich wie folgt:

"Es ist ... so, daß ich ... eine förmliche Beanstandung ausgesprochen habe gegenüber dem sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Herrn Prof. Meyer. Diese Beanstandung bezieht sich auf dem formalen Umgang mit personenbezogenen Daten... Diesen Umgang halte ich nach sorgfältiger Prüfung für rechtswidrig.

Ich möchte aber dazu sagen, daß die Bemühungen des Staatsministers persönlich zur Erneuerung des Hochschulpersonals von mir voll inhaltlich und grundsätzlich mitgetragen werden, und daß ich mich nicht vor den falschen Karren spannen lasse.... Das heißt, ich lasse mich von den Gegnern dieser politischen Erneuerung - mag jetzt auch ein kleiner Fehler formeller Art unterlaufen sein - nicht personalisieren, ich lasse mich nicht zum Instrument gegen die Hochschulerneuerung umbiegen...

Ich habe den Minister gebeten, die Listen zurückzufordern und dann zu vernichten... Mir steht keine politische, sondern nur eine datenschutzrechtliche Bewertung des Vorgangs zu. Für gravierender als die Versendung von Listen halte ich die Indiskretion und den Bruch des Amtsgeheimnisses, durch den diese Listen veröffentlicht wurden ..."

Rahmenbedingungen für exzellente Forschung in Sachsen-Anhalt geschaffen

In Sachsen-Anhalt ist binnen kurzer Zeit eine vielgestaltige und attraktive Forschungslandschaft entstanden. Gute Traditionen wurden weitergeführt und neue Chancen ergriffen. Dabei wurde nach einer Phase der schnellen, aber geordneten Umstrukturierung, so erklärt das BMFT, in der Regel bereits wieder Normalität erreicht. Exzellente Forschung mit Einbindung in den internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb seien kennzeichnend für die Aufbauphase.

Bund und Land haben die Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und der Landesregierung von Sachsen-Anhalt war beispielhaft. Von Vorteil ist dabei, daß das Land Sachsen-Anhalt eigene Anstrengungen unternimmt, um - beispielsweise mit dem Landesforschungsprogramm und dem Mittelstandsförderungsgesetz - eine landesspezifische Forschungs- und Technologieforschung voranzutreiben. In der Zeit der Umstrukturierung und des Umbaus gibt es natürlich auch Probleme, etwa bei gemeinsamen Berufungen an Forschungseinrichtungen und Hochschulen, die jedoch in enger Abstimmung gelöst werden.

In den zum Ressortbereich des BMFT gehörenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind in Sachsen-Anhalt ins-

gesamt rund 880 Stellen geschaffen worden. Die institutionelle Förderung des BMFT für diese Forschungseinrichtungen beläuft sich im Jahre 1992 auf ca. 66,5 Millionen DM. Sie wird 1993 auf 80 Millionen DM erhöht werden, wobei der Schwerpunkt der Steigerung mit durchschnittlich 28 Prozent bei den intensiven Anteilen liegt. Damit wird dem großen Nachholebedarf bei der Ausstattung mit modernen Geräten Rechnung getragen. Erstklassige Wissenschaftler können endlich unter adäquaten Arbeitsbedingungen forschen.

In den Bereich der Großforschung, der vom BMFT mit 90 % und vom Land mit 10 % finanziert wird, sind der Institutsanteil Bad Lauchstädt des Umweltforschungszentrums Leipzig/ Halle (100 Mitarbeiter) und das Institut für Gewässerforschung Magdeburg des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht (60) aufgenommen worden. Das Institut für Pflanzenbiochemie Halle (130), das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben (306) und das Institut für Neurobiologie Magdeburg (100) sind als Einrichtungen der sogenannten blauen Liste gegründet worden, d.h. sie werden jeweils zur Hälfte vom BMFT und vom Land finanziert. Die Fraunhofergesellschaft (FhG) hat in Magdeburg das Fraunhofer Institut für Fabrikbetrieb und Automatisierung (30) und in Halle die Außenstelle für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (16) gegründet.

Schließlich hat das Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik (100) als eines von zwei Max-Planck-Instituten in den neuen Bundesländern seinen Sitz in Halle. Hinzu kommen noch drei Max-Planck-Arbeitsgruppen (34) sowie - in Gründung - das Zentrum zur Erforschung der europäischen Aufklärung Halle.

Besonderes Gewicht hat die direkte Projektförderung durch das BMFT. Insgesamt werden 1992 und in den folgenden Jahren 120 Millionen DM nach Sachsen-Anhalt fließen; hinzu kommen noch einmal 11 Millionen DM im Rahmen der indirekten Förderung. Zuwendungsempfänger sind Forschungseinrichtungen in der gewerblichen Wirtschaft, in den Hochschulen und in den BMFT-geförderten Instituten, ferner 4 Technologie- und Gründerzentren, die in Sachsen-Anhalt in der Aufbau- oder Planungsphase sind. Die angelaufene Förderung weiterer Technologiezentren durch das Land unterstreicht, daß der Modell- und Beispieleffekt, wie vom BMFT angestrebt, erreicht worden ist. Zwar ist Sachsen-Anhalt bei der Förderung kleiner, und mittlerer Technologieunternehmen durch das BMFT insgesamt noch unproportional vertreten (dies vor allem wegen der bisherigen Dominanz von Großbetrieben im Lande), doch gibt es positive Beispiele wie etwa das neue und "durchmischte" Unter-

nehmen Ultrakunst Infrarator in Magdeburg.

Die fachlichen Schwerpunkte der Förderungsprojekte in Sachsen-Anhalt setzen bei den großen Zukunftsproblemen an und berücksichtigen zugleich exzellente Forschungstraditionen. Dies gilt beispielsweise für die Grundlagenforschung in der Mikrostrukturphysik; hierfür steht das Max-Planck-Institut in Halle. Wichtige Gebiete betreffen die Vorsorgeforschung. Im Bereich der Umweltforschung und -sanie- rung arbeiten Institute in Sachsen-Anhalt beispielsweise an der Erprobung neuer Methoden der Trinkwasseraufbereitung und der Regeneration belasteter Landschaften, an neuen Entstaubungstechniken und an umweltfreundlichen Antriebskonzepten für Stadtbusse. Erhebliche BMFT-Mittel unterstützen den Aufbau medizinischer Bereiche an den anhaltinischen Hochschulen. Moderne Technologien sind in Sachsen-Anhalt insbesondere vertreten durch Biotechnologie, Automatisierungslösungen, Werkstoffforschung und Informationstechnologie. Viele dieser Projekte werden als Verbundvorhaben bearbeitet, bei denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsinstitute, Unternehmen und europäische Partner zusammenwirken.

(BMFT-PI)

Zwölf Sonderforschungsbereiche der DFG Vier Einrichtungen in den neuen Ländern

Zum 1. Januar 1993 werden an den deutschen Hochschulen zwölf neue Sonderforschungsbereiche eingerichtet. Dies beschloß der zuständige Bewilligungsausschuß in seiner Herbstsitzung.

Vier der neuen Initiativen sind in den neuen Bundesländern angesiedelt - ein großer Erfolg angesichts der dort bestehenden personellen und materiellen Probleme.

Zwei der neuen Sonderforschungsbereiche werden an der Universität Jena eingerichtet. Der Sonderforschungsbereich "Physik und Chemie optischer Schichten" wendet sich mit seiner Thematik der Photonik zu, einem Grenzgebiet zwischen Physik, Chemie, Elektronik und technischer Optik. Langfristiges Ziel der Forschungsarbeiten ist die Untersuchung von neuen Materialschichten, die nichtlinear-optische Effekte zeigen. Die Fragestellung konzentriert sich dabei auf die Herstellung, Modifikation und Charakterisierung von Schichten auf der Basis von Siliziumkarbid und von Polymeren. Aber auch die Optoelektronik sowie die Neukonzeption von optoelektrischen Halbleiterbauelementen, für die Siliziumkarbid aufgrund seiner Eigenschaften gut geeignet ist, sollen vorangetrieben werden. Ein besonderes Kennzeichen des wissenschaftlichen Konzepts in Jena ist die enge Einbindung von theoretisch arbeitenden Gruppen, die die experimentellen Studien hervorragend ergänzen. Der neue Forschungsbereich soll die Tradition auf dem Gebiet der Optik am Standort Jena fortsetzen.

Am Sonderforschungsbereich "Lipidorganisation und Lipid-Protein-Wechselwirkungen in Bio- und Modellmembranen" beteiligen sich Chemiker, Biochemiker, Biologen, Biophysiker und Physiker der Universitäten Jena und Halle. Hinsichtlich des angewandten Methodenspektrums gliedert sich der neue Sonderforschungsbereich in zwei Themenbereiche, in einen auf biochemische, biophysikalische, molekularbiologische, gentechnische, biotechnologische und medizinische Aspekte abhebenden Arbeitsbereich in Jena und einen mehr auf physikalisch-chemische Eigenschaften und Methoden sowie auf mathematische Modellierung ausgerichteten Arbeitsbereich in Halle. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der Membran- und

Lipidforschung. Verschiedene Lipidkomponenten bilden in biologischen Systemen Membranen, die Zellen oder Kompartimente voneinander abgrenzen. Neben diesen sogenannten Bilayer-Anordnungen können Lipide aber auch noch andere Strukturen bilden, wie beispielsweise Mizellen und mizelläre Assoziate. Die Funktion dieses sogenannten Lipidpolymorphismus steht im Zentrum dieses Forschungsvorhabens.

Im Sonderforschungsbereich "Molekulare Zellbiologie pflanzlicher Systeme" wollen Wissenschaftler der Universität Halle und der beiden Blaue-Liste-Institute, des Instituts für Pflanzenbiochemie in Halle und des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben, zusammenarbeiten. Ziel ist die Aufklärung von Mechanismen, die der kontrollierten Genexpression in pflanzlichen Systemen zugrunde liegen, sowie der Funktion der gebildeten Proteine im jeweiligen Entwicklungsstadium der Zelle. Diese Fragestellungen aus dem Bereich der Genexpression sollen durch Forschungen über die Signalwandlung innerhalb der Zelle und der Proteintopogenese ergänzt werden. Mit der Arbeit an pflanzlichen Systemen folgt dieser Sonderforschungsbereich einem internationalen Trend, der durch eine Verstärkung der pflanzlichen Molekularbiologie gekennzeichnet ist. Der neue Sonderforschungsbereich unterstreicht die Bedeutung des Raumes Halle als Zentrum der Pflanzenforschung.

Mit der "Kinetik partiell ionisierter Plasmen" beschäftigen sich Physiker an der Universität Greifswald. Der Forschungsschwerpunkt liegt auf Fragestellungen der Physik und Kinetik von Niedertemperaturplasmen. Von besonderem Interesse sind diejenigen Bedingungen, die zu Phänomenen wie Nichtstationarität, Inhomogenität und

hohe Ladungsdichte innerhalb der Plasmen führen. Für die Lösung dieser Aufgaben ist die geplante Zusammenarbeit von Theoretikern und Experimentalphysikern unerlässlich. Der neue Sonderforschungsbereich stellt eine wesentliche und not-

wendige Verstärkung und Ergänzung des plasma-physikalischen Forschungspotentials in der Bundesrepublik Deutschland dar.

(DFG-PI)

Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern

Am 9. und 10. November 1992 fand in Berlin die 2. Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft mit Gründungsdekanen, Dekanen, Gründungsbeauftragten und Vertretern der Wissenschaftsministerien der neuen Bundesländer statt. Auf dieser Konferenz wurde der Aufbau der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche/Fakultäten und ihrer Studiengänge analysiert und beraten. Die Konferenz setzte den in Dresden im Oktober 1991 begonnenen Gedankenaustausch fort.

Die Teilnehmer der Konferenz haben die folgende Erklärung einstimmig verabschiedet:

"Die gesellschaftliche Bedeutung von Erziehung, Bildung und Erziehungswissenschaft ist seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in besonderer Weise hervorgetreten. Die Notwendigkeit erziehungswissenschaftlicher Qualifizierung im gesamten Spektrum pädagogischer Berufe zeigt sich heute nachhaltig an einer Reihe von **Herausforderungen**. Dazu gehören u.a. die unübersehbare Sinnkrise der Jugend, eine wachsende Gewaltbereitschaft, eine tiefe Verunsicherung im Hinblick auf die berufliche Zukunft und die Folgen des Abbaus pädagogischer Angebote im Kinder- und Jugendbereich.

Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß die Empfehlungen des **Wissenschaftsrates** zur Errichtung erziehungswissenschaftlicher Studiengänge in den neuen Bundesländern aus dem Jahre 1991 dringend einer neuen Beratung bedürfen. In dieser müssen der Stand der Ausbildungsmöglichkeiten, der Bedarf an pädagogischen Qualifikationen sowie die Interessen der Hochschuleinrichtungen und der Erziehungswissenschaft angemessen berücksichtigt werden.

Die Konferenz spricht deshalb folgende **Empfehlungen** aus:

Nach Einrichtung von Lehramtsstudiengängen für die Primarstufe und die Sekundarstufe I gehört nun der Aufbau von Lehramtsstudiengängen im **Sekundarstufen-II-Bereich** an allen Hochschulstandorten zu den dringlichsten Aufgaben. Besondere Aufmerksamkeit muß künftig auch auf ein differenziertes Angebot im Bereich der erziehungswissenschaftlichen **Hauptfachstudiengänge** (Diplom und Magister) gelegt werden. An jedem Hochschulstandort ist eine hinreichende Strukturentwicklung und Personalausstattung des Faches zu gewährleisten.

Ferner ist der Bereich der **Nachwuchsförderung** von besonderer Wichtigkeit. Hier-

zu gehören durchlässige Studiengänge zur Sicherung der Voraussetzungen für Promotionen und Habilitationen in der Erziehungswissenschaft, flexible Stellenstrukturen und Förderprogramme sowie die Einrichtung eines Stellenpools für übergeleitete Erziehungswissenschaftler und Erziehungswissenschaftlerinnen aus den neuen Bundesländern, der u.a. auch für die Phase nach der Habilitation zur Verfügung steht.

Die **Weiterentwicklung der Erziehungswissenschaft** in Deutschland verlangt, daß in den alten und den neuen Ländern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ost- und Westdeutschland zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck ist anzustreben, daß Wissenschaftlern und wissenschaftlichem Nachwuchs aus den neuen Län-

dern verstärkt auch der Zugang zu Stellen in den alten Ländern eröffnet wird, ferner, daß die Mittel des Hochschulerneuerungsprogramms für den Wissenschaftleraus-tausch und Weiterbildung von Wissenschaftlern genutzt werden.

Die Freiräume der Hochschulen bei der Erarbeitung und Verabschiedung akademischer **Prüfungsordnungen** sind zu wahren und auszubauen, damit die Hochschulen standortspezifische Profile entwickeln können.

Die Ausstattung mit Bibliotheken, Sach- und Forschungsmitteln hat sich vielerorts als unzureichend erwiesen. Aus diesem Grund wird ein **Aufbau-Sonderprogramm** für mindestens fünf Jahre gefordert.

DOKUMENTATION

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN



PRESSE - INFORMATION

Humboldt-Universität zu Berlin
Pressestelle
Unter den Linden 6
O - 1086 Berlin
Tel. 20 93 - 29 46
Fax. 20 93 - 21 07

Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin:

Berlin, 16. Dezember 1992

Betroffenheit der Humboldt-Universität nach Urteilsverkündung

Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes Berlin im Prozeß um die Weiterbeschäftigung von Herrn Professor Heinrich Fink kommt für alle sehr überraschend.

Die Universität hat das Urteil zu respektieren. Wichtig für alle Beteiligten ist es, die genaue schriftliche Urteilsbegründung zu kennen. In seiner heutigen mündlichen Begründung machte das Gericht deutlich, daß es die Bewertung der Gauckbehörde zu den vorgefundenen Akten nicht unbesehen übernommen, sondern eine eigene Wertung vorgenommen hat.

In der Humboldt-Universität herrscht verständlicherweise tiefe Betroffenheit. Dieses Urteil ist für die Universität schmerzhaft, vor allem auch deshalb, weil sie den unbestrittenen Beitrag von Herrn Fink im Erneuerungsprozeß der Humboldt-Universität gewürdigt wissen möchte.

Die Präsidentin der Humboldt-Universität betont, daß die Universitätsleitung auch weiterhin bemüht sein wird, Fragen um die persönliche Integrität der Humboldt-Angehörigen differenziert zu behandeln. Auch diejenigen, die beschuldigt werden, für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen zu sein, haben Anspruch auf ein angemessenes Verfahren.

Herausgeber: HUB-Pressstelle, Susann Morgner

Hochschulrektorenkonferenz:**283.000 Studienanfänger, 1,83 Millionen Studierende im Jahre 1992**

Im Jahr 1992 haben sich an den Hochschulen in Deutschland rund 283.000 Studienanfänger immatrikuliert. Das ist gegenüber 1991 ein Rückgang um 7,4%. Allerdings liegt die Zahl der Studienanfänger um 8% oberhalb der an der Bevölkerungsentwicklung ausgerichteten KMK-Prognose von Anfang 1991. Der aufgrund der Verringerung der Geburtenzahlen zu erwartende Rückgang ist also erheblich geringer ausgefallen als prognostiziert.

Die Zahl der Studienanfänger ist vor vier bis sechs Jahren erheblich geringer gewesen als heute, so daß im Gesamtergebnis weniger Studierende ihr Studium beendeten als aufnahmen.

In den alten Bundesländern ist mit 249.000 Studienanfängern ein Rückgang um 7,9% zu verzeichnen, der sich bei den Universitäten mit 9,2% stärker auswirkt als bei den Fachhochschulen mit 4,9%. Die Entwicklung an den Hochschulen der neuen Länder ist wesentlich positiver als bisher aufgrund einzelner Pressemeldungen angenommen. Nach der Umfrage der Hochschulrektorenkonferenz ist zwar ein Rückgang der Studienanfängerzahlen um 2.400 oder 7% auf 34.800 zu verzeichnen. Diese Zahl liegt jedoch um 28% oberhalb der Schätzung der Kultusministerkonferenz von 1991. Dies zeigt - so Erichsen -, daß die Hochschulen in den neuen Ländern trotz der Umbruchsituation, der schwierigen personellen Erneuerung, der Stellenkürzungen und der räumlichen und Ausstattungsprobleme von den Studienanfängern nicht negativ eingeschätzt werden.

Diese Entwicklung wird bestätigt durch die Wanderungen der Studienanfänger zwischen Ost und West: Die Zahl derjenigen, die mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus den neuen Ländern ein Studium an Hochschulen der alten Länder aufgenommen haben, ist gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel auf etwa 4.000, davon 1.000 in Berlin, zurückgegangen. Andererseits ist bei der West-Ost-Wanderung eine Verdoppelung auf rund 3.000 Studienanfänger zu verzeichnen, von denen 1.200 auf den früheren Ostteil Berlins entfallen.

Die Zahl der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik ist trotz rückläufiger Studienanfängerzahlen um etwa 10% angestiegen und beläuft sich auf nunmehr 120.000. Damit beträgt der Anteil ausländischer Studierender an der Gesamtstudentenzahl gut 6,5%.

(HRK-PI)

**Liste der förderungsfähigen Hochschulen ergänzt
Ortleb: 19 ostdeutsche Fachhochschulen aufgenommen**

Die Bundesregierung hat am Mittwoch (2. Dezember 1992) auf Vorschlag von Bundesbildungsminister Prof. Dr. Rainer Ortleb durch eine Rechtsverordnung, der noch der Bundesrat zustimmen muß, weitere sieben Fachhochschulen in die Liste der nach dem Hochschulförderungsgesetz förderungsfähigen Hochschulen aufgenommen. Die Länder können vom Inkrafttreten dieser Verordnung an für den Bau und die Ausstattung dieser Fachhochschulen bis zur Hälfte der Kosten durch einen Zuschuß des Bundes erhalten. "Mit der Aufnahme der sechs Fachhochschulen in Sachsen und Sachsen-Anhalt sind jetzt 19 ostdeutsche Fachhochschulen in die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau aufgenommen worden", erläuterte Ortleb die Entscheidung des Kabinetts. Neu hinzugekommen ist außerdem die Evangelische Fachhochschule Reutlingen.

Bereits im Januar sind die Fachhochschulen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie drei Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt in die Liste der förderungsfähigen Hochschulen aufgenommen worden. Im Rahmen des laufenden Hochschulrahmenplanes sind 1992 zunächst Gelder für solche Projekte freigegeben worden, die noch mit einem Vorbehalt versehen waren. Dazu gehörten zum Beispiel Umbaumaßnahmen an der Fachhochschule Brandenburg (12,7 Millionen DM) und Stralsund (2 Millionen DM) sowie der Erwerb eines Grundstückes für die Fachhochschule Schmalkalden (3,7 Millionen DM).

Für die jetzt vollzogene Einbeziehung von Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt und Sachsen mußten auf Länderseite zunächst noch die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Einige Fachhochschulen hatten jedoch bereits vorher Geld vom Bund bekommen, weil Vorgängereinrichtungen in die vorläufige Förderung aufgenommen waren.

(BMBW-PI)

"Wochenpost":**Hickhack um Akademie, Interview mit Manfred Ehrhardt**

hso. Am 21. Mai 1992 unterzeichneten der Regierende Bürgermeister von Berlin und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg den Staatsvertrag zur Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Am 1. August 1992 trat er in Kraft. Diese Akademie übernimmt vollständig Bibliothek, Archiv und Kustodie der vormaligen Akademie der Wissenschaften der DDR. Die Langzeit- und Editionsprojekte der AdW werden weitergeführt.

In dem Staatsvertrag ist u.a. auch das Wahlverfahren für die neue Akademie geregelt. Von den zehn Mitgliedern der Planungsgruppe, die die Konstituierung der Akademie vorbereitet hatte, wurden fünfzehn WissenschaftlerInnen, die nicht der Planungsgruppe angehörten, als Wahlgremium benannt. Im ersten Gang werden je zehn Mitglieder der fünf Klassen der Akademie gewählt. Die Wahl ist geheim. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen des Wahlgremiums erhält, dessen Mitglieder selbst nicht wählbar sind. Die ersten fünfzig Gewählten können dann kooptieren, wen sie wollen, bis die endgültige Zahl von etwa 200 Akademiemitgliedern erreicht ist.

Die Mitglieder des Wahlgremiums, bis auf Renate Mayntz (Köln) und Beate Kohler-Koch (Mannheim) männliche Professoren, stammen überwiegend aus Westdeutschland. Werner Köhler und Gernot Neugebauer (Jena) und Gerhard Maeß (Rostock) repräsentieren den Osten Deutschlands. Aus München sind Knut Borchardt, Horst Fuhrmann und Joachim Milberg dabei. Desweiteren gehören Franu Kern (Marburg), Dieter Kind (Braunschweig), Eckard Macherau (Karlsruhe), Manfred Naumann (Berlin), Rudolf Smend (Göttingen) und Heinz A. Staab (Heidelberg) dazu. Die auch Internationalität anstrebende Akademie hat immerhin einen Ausländer in ihrem Wahlgremium: Rüdiger Wehner aus Zürich.

In einem Interview mit der "Wochenpost" (Berlin) vom 19. 11. 1992 äußerte sich der Berliner Wissenschaftssenator Manfred Ehrhardt u.a. zu einigen Fragen, die im Vorfeld der Akademie-Konstituierung Unmut hervorgerufen hatten:

(...) **Wochenpost:** Am 10. Oktober konstituierte sich das 15köpfige Wahlgremium. Prof. Christian Meier, Chef der Planungsgruppe, klagte über die veränderte Zusammensetzung durch die "Heilige Allianz". Uwe Wesel, Professor für Rechtsgeschichte und Zivilrecht an der Freien Universität Berlin und Mitglied der Planungsgruppe, behauptet, es wäre bei der Änderung der Vorschläge nicht fair zugegangen. Prof. Horst Klinkmann protestierte. Aber Sie sprachen von "Einvernehmen"?

Ehrhardt: Die erste Liste ist, wie mir Herr Meier sagte, vollkommen im Einvernehmen entstanden. Dann haben wir die Einladungen verschickt und bekamen Rückmeldungen. Einer lehnte zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen ab, ein anderer wegen seiner Auslandsaufenthalte. Der nächste hatte Sorgen, weil er Mitglied einer anderen Akademie ist. Danach kamen neue Vorschläge auf den Tisch, die wieder im Einvernehmen abgestimmt wurden.

Wochenpost: Auch der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Dieter Simon, Kenner der west- wie ostdeutschen Wissenschaftslandschaft, stand zur Diskussion. Seine Benennung wurde zielgerichtet verhindert. Warum?

Ehrhardt: Ich habe niemanden abgehalten und niemanden gestrichen. Ich habe ganz bewußt keinen Einfluß genommen.

Wochenpost: Das Wahlgremium: überwiegend westdeutsch, überwiegend männlich, überwiegend konservativ. Würden Sie diesen Eindruck bestätigen?

Ehrhardt: Eine Wertung steht mir nicht zu. Ich denke nicht in politischen Proporzten. Mit geht es um wissenschaftliche Qualität. Ich hätte gern mehr Ausländer im Wahlgremium gesehen. Ich hätte mich gefreut, wenn mehr aus dem Osten dabei wären. Aber ich bin insgesamt froh, daß hier kein Rundfunkrat-Modell etabliert wurde, wo gesellschaftliche Gruppen nach politischen Proporzgesichtspunkten berücksichtigt werden.

Wochenpost: Verschiedentlich besteht aber der Verdacht, daß sich mit Hilfe genau dieses Wahlgremiums die aufgelöste Westberliner Akademie erneut etabliert, während die Ostberliner abgewickelt ist.

Ehrhardt: Dazu kann ich nichts sagen. Die Auswahl ist Sache des Wahlgremiums. Ich weiß nicht, wie es sich verhalten wird.

Wochenpost: Es heißt, Sie haben mit Herrn Markl, dem ehemaligen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, einem hartgesottenen Konservativen, bereits Gespräche über seine Präsidentschaft in der neuen Akademie geführt. Das wird als "unerhörte Einmischung" betrachtet.

Ehrhardt: Ich habe mit Herrn Markl Gespräche darüber geführt, ob er sich hier in Berlin beim Aufbau der außeruniversitären Wissenschaftslandschaft nicht stärker engagieren könne. Es sind verschiedene Vorschläge in der Diskussion, zum Beispiel bei der Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats für den Technologiepark Adlershof. Ich schätze Herrn Markl persönlich sehr. Aber den Präsidenten der Akademie wählen die Mitglieder. (...)

(für die **Wochenpost** fragte Christina Meinhard)

Nach Redaktionsschluß: Pressemitteilung des Brandenburgischen Wissenschaftsministerium vom 7. 1. 1993: "Der brandenburgische Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Hinrich Enderlein, und der Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, Prof. Manfred Ehrhardt, haben gestern Herrn Prof. Dr. Hubert Markl gebeten, bis zur Wahl des ersten Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften dessen Aufgaben wahrzunehmen. Die konstituierende Sitzung der Akademie der Wissenschaften ist für März 1993 geplant. Die Wahl des Präsidenten soll dann in der zweiten Sitzung des Plenums stattfinden."

“Winding down” in Deutschlands Osten: *World Affairs*, Summer 1991, vol. 154, Heldref Publications, Washington D.C.

Die englische Sprache läßt sich auf keine Verharmlosung ein: “Abwicklung” wird in den USA einfach mit “winding down” übersetzt. Wie ist dieses “winding down” an den ostdeutschen Hochschulen 1990-92 verlaufen? Dieser Frage widmete sich in diesem Sommer eine der ältesten politikwissenschaftlichen Publikationen der USA. Unter dem Titel **“Reforming Higher Education Research in Eastern Germany”** gab die Zeitschrift *“World Affairs”* ein Themenheft heraus. *“World Affairs”* existiert seit über 150 Jahren und wurde lange Zeit von Evron M. Kirkpatrick, dem früheren Vorsitzenden der US-Politologen-Vereinigung an der Georgetown-University in Washington, geleitet. Seit diesem Jahr hat Jeane J. Kirkpatrick, ehemalige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen und Politikprofessorin an der Georgetown-University in Washington, die “Editor”-Position übernommen. Allerdings bietet die Ausgabe keinen Blick der US-Wissenschaft auf die deutsche Hochschul-Vereinigung: Die Textestammen ausschließlich von deutschen Autoren und sollen eher dem interessierten US-Amerikaner als Basisinformation dienen. Die Zusammenstellung der Essays besorgte “Guest Editor” Wolfgang Drechsler, Politologe an der Universität Gießen und 1990/91 Mitglied des Wissenschaftsrates.

Herausgekommen ist eine Mischung von Fakten und Stimmungsbildern. So schildert ein westdeutscher Student seine Eindrücke nach einem Gast-Seminar in Halle. In einem Artikel über die Leipziger Universität im Sommer 1991, der in der “Frankfurter Rundschau” erschienen war, wird den Spannungen zwischen den ostdeutschen Dozenten und den “West-Imports” nachgegangen. Harsche Kritik an der westdeutschen Arroganz gegenüber der ostdeutschen Wissenschaft übte Wirtschaftsprofessor Harry Maier, der 1986 die DDR verließ, in einem “Zeit”-Artikel unter der Überschrift “Die gnadenlose Dampfwalze” - auch er wird in der “World Affairs”-Nummer dokumentiert.

Internas und Ergebnisse aus dem Prozeß der Umgestaltung liefern die Aufsätze von Mitgliedern des Wissenschaftsrates. Die Arbeit des Gremiums steht

im Mittelpunkt von Wolfgang Drechslers eigenem Aufsatz. Dabei macht er deutlich, wie sich das Vereinigungstempo auch im Bildungswesen auswirkte. Von dem Vorsatz, Bewährtes aus der DDR in das neue Deutschland zu integrieren, mußten - wie in anderen Bereichen - immer mehr Abstriche gemacht werden. Drechsler führt dies vor allem auf die allgemeine Hast der Ostdeutschen zurück, eine schnelle Angleichung an das West-Niveau zu erreichen und somit “katholischer als der Papst” zu sein. Vieles ging dabei unter: Beispielsweise die Frage, ob die pädagogischen Hochschulen nicht geeigneter Ausbildungsstätten für Lehrer seien als die Universitäten. Auch über eigenständige Jura-Schulen - analog zu den amerikanischen Law Schools - wurde nicht weiter nachgedacht. Die Chance im Zuge der Vereinigung auch das westdeutsche Hochschulsystem zu reformieren, habe man verpaßt, gleichwohl der Wissenschaftsrat Evaluationen bei den wissenschaftlichen Einrichtungen im Westen ankündigte. Trotz dieser Mängel sieht Drechsler in der Umgestaltung insgesamt einen Erfolg.

Wie die außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen der Ex-DDR bewertet wurden, ob sie aufgelöst oder neu strukturiert werden - dies faßt Wilhelm Krull zusammen. Gerhard Schreier, ebenfalls vom Wissenschaftsrat, skizziert die Reform der Lehrerausbildung und das Schulsystem in Ostdeutschland. Garniert werden die Berichte aus der Arbeit des Wissenschaftsrates mit einigen “Evaluationssplittern” von Dieter Simon, dem Vorsitzenden des Gremiums.

Das “World Affairs”-Heft ist zwar im Sommer 1992 erschienen, firmiert aber unter “Summer 1991, volume 154”, da der Verlag mit der Herausgabe der Zeitschrift im Rückstand ist.

Adresse: World Affairs, Heldref Publications, 1319 Eighteenth Street, N.W., Washington, D.C. 20036-1802.

Ulrich Schneckener (Berlin)

Umweltausbildung und Umweltforschung an der TU Dresden. Teil 1: Vorlesungsverzeichnis, Teil 2: Ein Katalog von Forschungsprojekten. Erstellt durch die *Senatsarbeitsgruppe “Umwelt” der TU Dresden.* 114 S.

Kostenlos zu beziehen bei: Senatsarbeitsgruppe “Umwelt”, Technische Universität Dresden, Mommsenstr. 13, O - 8027 Dresden

Tage einer Rebellion. Die Universität Rostock im Mai '92. Hrsg. von *Rostocker Studierenden.* o.S. (32 S.).

Kostenlos zu beziehen bei: Chronikredaktion, Rostocker Hof, Kröpliner Str. 29, Studentenbüro, Tel. (Rostock) 367 230

Bernd Lindner / Ralph Grüneberger (Hg.): Demonteure. Biographien des Leipziger Herbstes. Aisthesis Verlag, Bielefeld 1992. 331 S.

Der Band enthält biographische Artikel über Akteure des Leipziger Herbstes 1989, die aufgrund seinerzeitiger Pressefotos gefunden und 1992 interviewt wurden. Drei Beiträge sind in unserem Kontext interessant: über Bernd Okun, damals Philosophie-Professor an der KMU Leipzig, Udo Rolle, Medizinstudent, und Jens Behrens, Philosophiestudent, beide Aktivisten bei der Durchsetzung eines Selbstvertretungsmodells der Studierenden an der Leipziger Uni in Gestalt des ersten StudentInnenRates.

Bezug über den Buchhandel oder den Verlag: Postfach 10 04 27, W - 4800 Bielefeld 1

Transformationsprozesse in der Wissenschaft: Wissenschaftstransfer. Heft 1 der Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin, Berlin 1992. 114 S.

Autoren: Klaus Däumichen, Bernhard Gerth, Dietmar Lidzba, Klaus Meier, Werner Meske, Hansgünther Meyer, Irene Müller-Hartmann, Hilde Nikolajew, Tomas Rüsche, Karl-Heinz Streh, Wedigo Thimm.

Inhalte u.a.: Außeruniversitäre Forschung in den neuen Bundesländern; Stand und Entwicklungsprobleme; Technologietransfer und Innovationsförderung in den neuen Bundesländern; Das BMFT-Programm “Auftragsforschung und -entwicklung-Ost”; Zur Entwicklung der ostdeutschen Technologiezentren; Biographieforschung und qualitative Differenzierungsansätze im Transformationsprozeß des Wissenschaftssystems; Transformationsbeispiel Fachhochschulen; Konzeptionelle Überlegungen zur sozialwissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Situation in der Hochschulforschung

Zu beziehen über: Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V., Prenzlauer Promenade 149-152, O - 1100 Berlin

Bärbel Last / Hans-Dieter Schaefer: **Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa. Kompendium.** Unter Mitarb. von Renate Gralki. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Verlag Constructiv, Berlin 1992. 40 + 263 Seiten.

Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin

Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/92, 11. Dezember 1992: **[Themenheft zur Integration der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft]**. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1992. 46 S.

Autoren: Andreas Stucke, Wilhelm Krull, Dieter Simon, Jochen Gläser.

Inhalt: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit; Ein Überblick über die Tätigkeit des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern; Die Akademie der Wissenschaften nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst.

Bestellungen an: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, W - 5300 Bonn 1 oder Vertriebsabteilung Das Parlament, Fleischstr. 62-65, W - 5500 Trier, Tel. 0651 / 460 41 86, Fax 0651/ 460 41 53

Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen: **Empfehlungen zur Förderung der Bibliotheken in den neuen Bundesländern** (dbi-Materialien 106). Hrsg. vom Deutschen Bibliotheksinstitut. Berlin 1991. 142 S. DM 10,-.

Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bibliothekswesen: **Abschlußbericht** (dbi-Materialien). Hrsg. vom Deutschen Bibliotheksinstitut. Berlin 1993 (erscheint im April 1993).

Bezug bei: Deutsches Bibliotheksinstitut, Bundesallee 184/185, W - 1000 Berlin 31

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): **Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung. Stand: Juli 1992** (Bildung Wissenschaft Aktuell 16/92). Bonn 1992.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): **Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht an das Bundeskabinett** (Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft Bd. 33). Bonn 1992.

Kostenlos zu beziehen bei: BMW, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 01 08, W - 5300 Bonn 2

Deutsche Forschungsgemeinschaft: **Jahresbericht 1991**. Band 1: Aufgaben und Ergebnisse. 412 S. Band 2: Programme und Projekte. 1047 S. Bonn 1992.

Kostenloser Bezug bei: DFG, Postfach 20 50 04, W - 5300 Bonn 2

Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR. Eine kritische Bilanz (Heft 3-4/92 des Berliner Journals für Soziologie). Akademie Verlag, Berlin 1992. 118 S. DM 33,-.

Autoren: Hans-Peter Müller, Jürgen Friedrichs, Hansgünther Meyer, Gunnar Winkler, Klaus Meier, Erika M. Hoeming, Heinz-Herbert Noll, Thomas Edeling, Otfried Mickler, Ursula Schippling, Friedrich Buttler, Kurt Starke, Gunhild Korfes, Günter Albrecht, Hildgard Maria Nickel, Gisela Trommsdorf, Siegfried Grundmann, Kurt Krambach, Jürgen Dorbritz, Wolfgang Glatzer, Frank Ettirch, Bernhard Schäfers, Daniel Jansen.

Inhalt u.a.: Soziologie in der DDR - Disziplinierung oder Selbstdisziplinierung; Möglichkeiten und Grenzen sozialpolitischer Analysearbeit; Wissenschaftlerbiographien in der Wendezeit; Wissenschaftlerkarrieren in der ehemaligen DDR; Organisationssoziologische Ansätze in der Industriosozilogie der DDR; Hallesche arbeitssoziologische Forschung; Jugendforschung; Forschung zur geschlechtsspezifischen Sozialisation in der damaligen DDR; Die Situation der Bevölkerungswissenschaft in der ehemaligen DDR; Die Soziologie in der DDR als Generationenphänomen: Ansätze und Hemmnisse einer immanenten Reform.

Bestellungen bei: VCH, Postfach 10 11 61, W - 6940 Weinheim. Tel. 06201 / 606 152. Fax 06201 / 60 61 84

Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutschen-deutschen Vereinigungsprozeß. Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1992. 325 S. DM 49,-.

Autoren: Arno Klönne, Wolfgang Keim, Ruth Heide Stein, Adolf Kossakowski, Otto Köhler, Manfred Heinemann u.a.

Die Kapitelüberschriften: "Abwicklung" und "Kolonialisierung" - Außenansichten; "Abwicklung" und "Kolonialisierung" - Innenansichten; Erziehungswissenschaft im Prozeß der Neukonstituierung - Kritik und Perspektiven; Diskurse im Vereinigungsprozeß.

Bestellungen über den Buchhandel

Rosemarie Stein: **Die Charité 1945 - 1992. Ein Mythos von innen.** Argon Verlag, Berlin 1992. 271 S. DM 28,-.

Mit Beiträgen von: Ellis Huber, Otto Prokop, Regine Witkowski, Isolde Flemming, Harald Mau u.a.

Bezug über den Buchhandel oder beim Verlag: Potsdamer Str. 77-87, W - 1000 Berlin 30.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): **Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel.** Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1992. 199 S.

Bezug über: Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Pf. 51 06 70, W - 5000 Köln 1

Hochschule im Umbruch

Zwischenbilanz Ost

Orientierungen und Expertenwissen
zum Handeln

Herausgegeben von Hilde Schramm im Auftrag der GEW

464 Seiten · Auflage 3000

erscheint im Januar 1993 im BASISDRUCK Verlag O-1058 Berlin zum Preis von 24 DM

ISBN 3/86163/059/1

Die Hochschulen in Ostdeutschland werden seit drei Jahren eingepaßt in das Hochschulsystem der BRD. Eine Zwischenbilanz ist fällig u.a. zur »personellen Erneuerung«, zu den neuen Hochschulgesetzen, zur Verdrängung von Wissenschaftlerinnen, zum Abbau von Forschungspotential, zur Studiensituation, zum Aufbau von Fachhochschulen. Die Zwischenbilanz wird verbunden mit handbuchartigen Informationen, die dem meist westlichen Expertenwissen seinen Charakter als Herrschaftswissen nehmen, z.B. zur Entwicklungsplanung, zur Forschungsfinanzierung, zum Hochschulhaushalt, zur Kapazitätsberechnung. Anregungen zur Hochschulreform als ständigem Prozeß werden gegeben. Rückblicke auf Hochschule und Forschung in der DDR und in der alten BRD durchziehen das Buch, denn es gab auch im Hochschulbereich keine Stunde Null.

Die über 70 Autoren und Autorinnen stammen fast zu gleichen Teilen aus Ost und West. Fast die Hälfte sind Frauen. Die meisten sind in der GEW engagiert. Es schreiben Studierende, Mittelbauangehörige, Professoren, Mitarbeiter in Hochschulverwaltungen, Fachleute aus Ministerien, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, der Gewerkschaft und Leiter von Hochschulen. Die West-Autoren haben Erfahrungen in Hochschulplanung, Hochschulverwaltung, Hochschulreform und Hochschulpolitik. Alle haben sich auf die Umstrukturierungsschwierigkeiten der Hochschulen in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin eingelassen. Die Ost-Autoren sind entweder Akteure der Hochschulrenewierung oder Hochschulforscher.

Das Buch orientiert die hochschulpolitisch interessierten Menschen in Ost- und Westdeutschland über den noch nicht abgeschlossenen Umbruchprozeß nach der Vereinigung. Es informiert sie so, daß sie kompetent in diesen Prozeß eingreifen können.

Wer eine Abnahmegarantie an den Basisdruck-Verlag oder an die GEW Berlin schickt, erhält das Buch zum Preis von 15 DM. Sammelbestellungen sind erwünscht. Durch Abnahmegarantien wird der Druck mitfinanziert und ein erschwinglicher Ladenpreis von 24 DM erreicht.

absenden an: BASISDRUCK Verlag - O-1058 Berlin - Schliemannstraße 23
oder: GEW Berlin - z.Hd. Larissa Klinzing - 1000 Berlin 30 - Ahornstraße 5

Ich bestelle Exemplar/e »Hochschule im Umbruch« zum Preis von 15 DM
bei Postversand: zuzüglich Portokosten

Name / Vorname

Straße / Ort

Unterschrift

"Hochschule im Umbruch" ist die wohl thematisch umfangreichste der bisher erschienenen Publikationen zum Hochschulumbau in Ostdeutschland. Zur genaueren Orientierung über Absicht und Inhalte des Buches drucken wir im folgenden die Einleitung von Hilde Schramm.

Zur Entstehung der Publikation

Die Publikation geht zurück auf eine zweimonatliche Weiterbildung zu Hochschulplanung und Hochschulverwaltung im Herbst 1991 in Gosen bei Berlin. Teilnehmer waren arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den Neuen Bundesländern. Träger war die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Kooperation mit der Humboldt-Universität. Ich hatte die Planung und Leitung übernommen, beraten und unterstützt von Larissa Klinzing, Wolfgang Krieger und Romin Reich. - Die meisten Autoren und Autorinnen haben bereits in Gosen referiert. Nachfragen, Bestätigungen und Kritik zu den dortigen Referaten sind in die aktualisierten Beiträge eingeflossen. Diese berücksichtigen die Entwicklungen bis Anfang November 1992.

Autoren und Autorinnen

Die Autoren und Autorinnen stammen fast zu gleichen Teilen aus Ost und West. Bereits bei der Weiterbildung in Gosen lag mir daran, durch die Einbeziehung möglichst vieler Referenten und Referentinnen mit DDR-Biographien Ost-Kompetenz nachzuweisen und zu nutzen. - Die West-Autoren haben lange Erfahrung in Hochschulplanung, Hochschulverwaltung, Hochschulreform und Hochschulpolitik. Alle haben sich in unterschiedlichen Zusammenhängen nach der Wende auf die Umstrukturierungsschwierigkeiten der Hochschulen in den Neuen Bundesländern eingelassen, sei es als Referenten bei GEW-Schulungen und -Weiterbildungen, sei es als Mitglieder in Kommissionen, sei es als Parlamentarier. Fast alle engagieren sich seit Jahren in der GEW. - Die Ost-Autoren sind entweder Akteure der Hochschulerneuerung oder Hochschulforscher und -forscherinnen. Ihre Kompetenz in Hochschulfragen reicht unterschiedlich weit in die DDR-Zeit zurück. Einige Autoren waren Teilnehmer der Weiterbildung in Gosen und sind inzwischen zu Hochschulexperten geworden. - In diesem Buch schreiben Studierende aus West und Ost, Mittelbauangehörige, Professoren, Mitarbeiter in Hochschulverwaltungen, Fachleute aus Ministerien, Forschungseinrichtungen, der Gewerkschaft, dem Wissenschaftsrat und Leiter von Hochschulen. - Eine gewisse Berlinlastigkeit in der Herkunft der Autoren erklärt sich zum einen aus dem Weiterbildungsstandort Gosen, der als Einzugsgebiet für Referenten den Berliner Raum nahelegte. Zum anderen aus der Ost-West-Kooperationsdichte in Berlin. Hier laufen die Kontakte nicht nur über Amtsträger und West-Berufene, sondern alltäglich von unten und dazwischen. Unabhängig von Neugier und Anteilnahme zwingen die Ost-West-Problemüberschneidungen im gemeinsamen Hoheitsgebiet Berlin Menschen dazu, West-Ost-Sichtweisen zu verarbeiten. - Es schreiben viele Frauen in diesem Buch. Der hohe Frauenanteil hat sich mühelos ergeben. Er zeigt, wie selbstverständlich inzwischen der Sachverstand von Frauen in Hochschulfragen ist.

Ziel der Publikation

Das Buch möchte alle hochschulpolitisch interessierten Menschen in Ost- und Westdeutschland über den Umstrukturierungsprozeß in den Neuen Bundesländern und Ost-Berlin informieren. Es möchte darüber hinaus die Handlungskompetenz in den Hochschulen Ost und West stärken. Dazu werden Kenntnisse und unterschiedliche Sichtweisen auf fünf Ebenen vermittelt:

Zwischenbilanz der Umstrukturierung

Nachdem die Hochschulen seit nunmehr drei Jahren gewendet werden, ist eine Zwischenbilanz ihres Abbaus, Umbaus und Neubaus, genannt Erneuerung, fällig. - Gegenstand des Buches sind nicht die inhaltlichen Veränderungen von Wissenschaft, sondern die veränderten institutionellen, personellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung. Thematisiert wird u.a. die neue Hochschulgesetzgebung der Länder, die veränderte Studienorganisation, der Verlust an Forschungspotential, die soziale Lage der Studierenden und die

drohende Verdrängung von Frauen aus den Hochschulen. Obwohl in dem Buch die Hochschulen im Mittelpunkt stehen, wurde auch auf die außeruniversitäre Forschung eingegangen, weil andernfalls die gemeinsamen Rahmenbedingungen für die Forschungsentwicklung an den Hochschulen aus dem Blick geraten wären. - Häufig dient ein Vergleich mit den alten Bundesländern zur Relativierung sogenannter Sachzwänge bei der Einpassung von Wissenschaft und Forschung in den BRD-Rahmen.

Rückblicke auf Hochschule und Forschung in der DDR

Auch im Hochschulbereich gab es keine Stunde Null. Hierüber ist abstrakt leicht ein Konsens herzustellen. In der Praxis verstoßen aber viele Akteure-Ost wie -West durch das Abschneiden von Zusammenhängen oder durch Unkenntnis und Interessenlosigkeit dagegen. Orientierung im Denken und Handeln verlangt aber einen informierten Rückbezug. Dieser Rückbezug wurde bei fast allen Themenbereichen teils durch eigenständige Beiträge, teils durch ihre inhaltliche Bearbeitung hergestellt. Daß die zurückblickenden Passagen und Beiträge besonders viele Widersprüche hervorrufen werden, ist unvermeidbar. Gerade angesichts der Sprachlosigkeit bezüglich der DDR-Geschichte sind angreifbare Einschätzungen einem Ausweichen vor der Auseinandersetzung vorzuziehen.

Planung der Hochschulentwicklung

Hier werden Planungsverfahren und -daten, z.B. vorliegende Prognosen zu den Studienanfängerzahlen, durchschaubar gemacht. Die Empfehlungen von Wissenschaftsrat, Hochschulrektorkonferenz, Kultusministerkonferenz werden im Überblick vorgestellt. Die anstehenden Veränderungen im Zuge der europäischen Integration werden nahegerückt.

Vermittlung von Expertenwissen

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD wurde auch im Hochschulbereich ein Gestrüpp von westlichen Gesetzen und Verordnungen auf die Neuen Bundesländer übertragen. Nicht übertragen wurde dabei das Erfahrungswissen, wie mit diesen Vorgaben möglichst flexibel und intelligent umgegangen werden kann. Die quasi natürliche Autorität der ersten Westberater ist inzwischen zusammengebrochen. Es mangelt aber immer noch an Personen, die sich in diesem Gestrüpp so sicher bewegen können, daß sie selbst Handlungsspielräume entdecken und nutzen. Durch die Vermittlung von Spezialwissen - sei es zur Personalberechnung, zum Hochschulhaushalt, zur Beantragung von Modellversuchen oder zur Drittmittelerwerbungs - soll das westliche Expertenwissen seinen Charakter als Herrschaftswissen verlieren. Es wurde jeweils in einen nicht-technokratischen Zusammenhang gestellt.

Anregungen zur kontinuierlichen Hochschulreform

Das Buch kennt keine falsche Bescheidenheit beim Bekanntmachen von gelungenen oder beinahe gelungenen Projekten aus West-Hochschulen. Hierunter fallen einige Studienreformprojekte in der Folge des studentischen Streiks 1988/89, aber auch Elemente der inner-universitären Forschungsförderung und der Frauenförderung oder die Durchsetzung einer Zivilklausel für die Hochschulforschung. Insgesamt ist nicht viel Vorbildliches aus dem grauen westlichen Hochschulalltag zu berichten. Die wenigen hier ausgewählten Beispiele sind eingebunden in die Thematisierung der Reformbedürftigkeit auch der westlichen Hochschulen. - Die Erfahrung von häufigen Niederlagen und nur gelegentlichen Erfolgen bei Reformanstrengungen im Westen verbinden sich mit den Nachwende-Erfahrungen im Osten zu einer deutsch-deutschen Gemeinsamkeit.

Nachfragen zu einzelnen Themen und Bitten um Zusendung von Material werden über den GEW-Hauptvorstand - Referat Hochschule und Forschung Reifenberger Straße 21, Postfach 90 04 09, 6000 Frankfurt 90 - Telefon (069) 78973-0 an die Autoren und Autorinnen zur Beantwortung weitergeleitet.

Hilde Schramm

Berlin, Anfang November 1992

Als im Osten die eine und die andere Uni ei der Daus ihre verräterischen Namen auswechselten, meinten manche hernach, Großes sei vollbracht für die Umgestaltung. - Heftig vertreten einzelne Sozialwissenschaftler die These, der Umbau des Ostens werde massive Rückwirkungen auf den Westen haben. Langsam wird das spürbar: Wo die westdeutschen Hochschulen ähnlich hilflos im Netz fremdverschuldeter Finanzknappheit und selbstverschuldeter Unmündigkeit zappeln wie die Ost-Unis, da wird die notwendige Reform ähnlich originell angegangen:

Ein Beitrag zur Bewältigung der westdeutschen Hochschulkrise: Schimanski vs. Mercator - Namenskampf an der Gesamthochschule Duisburg

Bundesweit Furore machte die Juso-Hochschulgruppe Duisburg mit ihrem Vorschlag, die Duisburger Hochschule nach Horst Schimanski zu benennen. Eine knappe Pressemitteilung löste eine der größten Juso-Pressenkampagnen der letzten Jahre aus.

Die Duisburger Hochschule ist erst 1972 gegründet worden, und zwar als Gesamthochschule. Diese Bezeichnung aus der sozialdemokratischen Bildungsreform-Ära erschien bereits zu Beginn der 80er Jahre manchen als nicht mehr zeitgemäß. Seitdem wird von Universität Duisburg gesprochen. Seitdem plant die Duisburger Hochschulleitung zielstrebig auch den zweiten Schritt in der Umbenennung der Hochschule zu gehen, der nicht nur den ungeliebten Reformgeruch, sondern auch den nicht weniger ehrenrührigen Ruhrgebietsmief abschütteln soll. Der Name Gerhard Mercator gilt in Duisburg - diese Stadt hat oft ähnliche Profilneurosen wie die Hochschule - als Symbol für das goldene vorindustrielle Zeitalter.

Ein Name, der in Duisburg bereits ein Reiserunternehmen, eine Tankstelle, ein Trans-

portunternehmen, eine Gießerei, eine Drogerie, einen Stahlhandel, einen Verlag, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein Inkasso-Büro, die Stadthalle sowie diverse Pommesbuden zielt, kann für eine Hochschule nicht falsch sein.

Gerhard Mercator, der eigentlich schlicht Kremer hieß, stammte aus Flandern und hatte an der Universität Löwen studiert. Mehr oder weniger bekannt geworden ist der Kartograph durch seine Mercatorprojektion, ein Weltkartentwurf, der damals als bahnbrechend und heute als reichlich europazentriert gilt. Gestorben ist Gerhard Mercator 1594 in Duisburg.

Mercator soll die Hochschulleitung bei dem Versuch unterstützen, an der Hochschule endlich die Tradition der alten Duisburger Universität zu verankern. Diese Klevesche Landesuniversität wurde 1655 gegründet, jedoch 1818 zugunsten der Bonner Universität wieder geschlossen. Die fehlenden 154 Jahre bis zur Gründung der Gesamthochschule 1972 machen das Aufrechterhalten der altherwürdigen Tradition naturgemäß schwierig.

Jahrelang zerbrachen sich die StudierendenvertreterInnen den Kopf darüber, womit gekontert werden könnte, wenn die langfristig vorbereitete Umbenennung konkret werden würde. Sicherlich hat die Duisburger Hochschule andere Probleme, als die eines repräsentativen Namens. Dieses Argument würde jedoch im Ernstfall kaum jemanden interessieren, denn gerade in Zeiten knapper Kassen ist symbolische Politik besonders beliebt. Und der alternative Namensvorschlag Rosa Luxemburg klingt zwar ausgezeichnet, nur ist ihre Beziehung zu Duisburg nicht überliefert.

Kurz vor dem 20jährigen Jubiläum der Hochschule, das offensichtlich als Umbenennungstermin anvisiert war, kam der Juso-Hochschulgruppe (HSG) dann der rettende Einfall: Horst Schimanski. Mit der Ausstrahlung der letzten Tatort-Folge Ende letzten Jahres weit Schimanski nicht mehr unter den Gegenwärtigen und ist damit grundsätzlich als Namenspatron geeignet.

Ursprünglich hatte die Juso-HSG die Idee, der Presse den Schimanski-Vorschlag zum 1. April mitzuteilen. Die war aber zu kurzfristig, um realisiert zu werden. Die Presseerklärung wurde um zwei Monate verschoben. "Horst Schimanski hat die Schönheiten, Lebensgewohnheiten, Traditionen sowie die Ruhrgebietskultur den Zuschauern im ganzen Land auf sympathische Art nähergebracht", argumentierten Stefan Stader, Axel Stein und Stefan Verhöfen im Namen der Jusos. "Aber auch die sozialen Probleme und Brennpunkte dieser Stadt wurden durch ihn glaubwürdig vermittelt."

Die Duisburger Lokalmedien waren von Radio Duisburg bis zur Rheinischen Post (RP) von der Idee begeistert. Nur die Westdeutsche Allgemeine (WAZ) berichtete lieber über die mäßig spannende Entstehungsgeschichte des Mercator-Brunnens vorm Rathaus.

Während die Neue Ruhr Zeitung (NRZ) die Juso-HSG dafür lobte, daß sie gegen "Profilneurosen und den Duisburger Mercator-Wahn" zu Felde ziehe, konnten wir in der Bild die erste Reaktion des Rektorats

lesen: "Das soll wohl ein schlechter Scherz sein. Da könnten wir ja auch Filmfiguren wie Asterix und Obelix nehmen."

Schon einen Tag später verbreitete Bild eine ermutigende Umfrage. Taxifahrerin Margot Hertel (45) fand den Juso-Vorschlag lustig und Rentnerin Henny Mark (77) meinte, daß Schimanski zu Duisburg passe und moderner sei als Mercator. Dagegen sagte Oberbürgermeister Jupp Krings, daß die Hochschule einen seriösen Namen bekommen müsse. Er sei für Gerhard Mercator.

Johannes Rau, so wußte Bild andererseits zu berichten, unterstütze den Vorschlag der Studierenden. Tatsächlich hatte Rau den Duisburger Hochschulleiter Gernot Born, der soeben zum Chef der Landesrektorenkonferenz gewählt worden war - trotz (oder wegen?) Schimanski -, auf einem Empfang in der Bonner NRW-Landesvertretung bereits als Rektor der "Schimi-Uni" begrüßt. Dies fand dieser aber überhaupt nicht witzig.

Durch diverse Radiostationen von Antenne Niedersachsen bis zum Sender Freies Berlin fand die Nachricht von der Horst-Schimanski-Hochschule langsam eine bundesweite Verbreitung. Die NRZ ermutigte die Juso-HSG derweil mit Durchhalteparolen: "Recht so Jungs! Dranbleiben!"

Endlich war auch das Rektorat mit einer offiziellen Stellungnahme an die Öffentlichkeit getreten. "Bei der Namensgebung kennt die Uni keinen Spaß" titelte die RP und bemerkte: "Man hat den Eindruck, daß hier Gereiztheit im Spiel ist." In der offiziös hieremsten Erklärung hieß es, daß sich die Hochschulgremien nicht ernsthaft mit dem als Gag gedachten Vorschlag befassen werden. Worauf die NRZ meinte: "Dann drängt sich doch die Frage auf, warum sie das Ganze zumindest so ernst nehmen, daß sie meinen, in einem Fax mit seitenlanger Erklärung über die Namensgebungs-Prozedur den Medien mitteilen zu müssen, daß sie und nur sie entscheiden werden, wie das 'Kind' heißen soll."

Die RP fragte sich, ob die Jusos - ohne es zu wissen - auf eine sich anbahnende Provinz-Farce gestoßen sind. Die archäologische und historische Ausstellung der Stadt, die auch eine Mercator-Sammlung umfaßt, muß sich umständlich "Kultur- und Stadthistorisches Museum Duisburg" nennen, weil ihr bei ihrer Einrichtung der Name Mercator mit Blick auf die Hochschule verweigert wurde. RP: "War das alles für die Katz?"

Die Mercator-treue WAZ leitete inzwischen die ersten Rückzugsgefechte ein. Ausgerechnet in der samstäglich Glosse machte sie den Jusos den unheimlich humorvollen Vorschlag, doch lieber einen Fanclub zu gründen.

Die Chancen des Gerhard Mercator, der in Duisburg als Lateinschullehrer wirkte, sanken immer mehr. "Die bis zum Anno Tobak regredierende Namensfindungs-Idee gilt als genialer Trick, um Duisburgs schandhafte Epoche, die Industrialisierung mit ihrem Stahl-Tycoons, vergessen zu machen", schrieb die Berliner Tageszeitung (taz). "In der strukturgewandelten Kommune soll mit Hilfe des niederländischen Paukers das Mittelalter als goldenes Zeitalter der Stadtentwicklung ausgewalzt werden."

Nach diesem ersten Bericht in einer bundesweit erscheinenden Zeitung kam auch das Fernsehen nicht mehr um das Thema herum. Und prompt erteilte der Verwaltungschef der Hochschule, Kanzler Rudolf Baumanns, dem WDR Drehverbot. Deren Team mußte sich dann damit begnügen, Interviews und Außenaufnahmen aus der Bürgersteigperspektive zu filmen.

RTL plus fragte erst gar nicht nach einer Drehgenehmigung und inszenierte eine Namenstaufe als "Wahnsinnsreportage" fürs Frühstücksfernsehen, in dem ein Anrufer den Beitrag als Ente bezeichnete und damit die ausgesetzten 500 DM für den richtigen Tip verpaßte. Die 500 DM wanderten in den Jackpot.

Im ARD-Frühstücksfernsehen und in der Aktuellen Stunde griff endlich auch Horst

Schimanski (der als Kunstfigur keinesfalls vewechselt werden darf mit dem Berliner Schauspieler George) in die Auseinandersetzung ein: "Entweder wir steigen ganz groß ein oder ganz groß aus." Den Vorwurf "Was spielen Sie hier eigentlich, den proletarischen Helden?" konterte Schimanski gewohnt gelassen: "Oh Vorsicht, nichts gegen das Proletariat, das ist wieder stark im Kommen."

"Für die Jungsozialisten bleibt er der Favorit", schloß die ARD-Morgenmagazin-Redakteurin den Beitrag. "Und wenn es doch nicht klappen sollte mit der Schimanski-Universität in Duisburg, so könnte man doch wenigstens einen Schomstein nach ihm benennen."

Die Schimanski-Kampagne der Juso-HSG war eigentlich gar nicht als solche geplant. Eine einzige Presseerklärung erwies sich als Selbstläufer. Selbst das scheinbare Kampagnenmotto "Ich bin Studdi anne Schimmi-Uni" war eine Idee der NRZ.

Zwei große Erfolge hatte die Kampagne jedoch trotzdem. Zum einen ist der lange geschmähte Begriff Gesamthochschule wieder in aller Munde. Selbstverständlich stand in der Juso-Presseerklärung kein Wort von einer Universität, folglich schrieb sogar die christlich-konservative Wochenzeitung Rheinischer Merkur von der Gesamthochschule Duisburg, was sie sonst - weil dies als sozialistisches Teufelszeug gilt - wohl strikt vermieden hätte.

Zum anderen hat die Juso-HSG die Umbenennung in Gerhard Mercator offensichtlich vorerst verhindert. Denn plötzlich ist deutlich geworden, wie lächerlich es ist, eine 20jährige Reformhochschule im Ruhrgebiet nach einem 480jährigen Kartographen benennen zu wollen.

Harald Schrapers (Duisburg)

(aus "intimus. Infodienst der Juso-Hochschulgruppen", Nr. 4, Nov. 1992)

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

hochschule ost

Herausgeber:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Uni Leipzig

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * SPD-Wissenschaftsforum * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive

in hso veröffentlichten und veröffentlichen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Elke Uhl, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczyk, Torsten Bultmann, Hans-Uwe Feige, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Christian Dahme, Helmut Haberlandt, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Joachim Rohde, Christian Füller, Uta Starke, Marlis Dürkop, Hermann Klenner, Karin Reiche, Hans-Uwe Erichsen, Edelbert Richter, Roland Schneider, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch

u.a.

Kopiervorlage

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

- | | |
|---|-------------|
| 1. ein Exemplar zum Kennenlernen | |
| 2. mal das Journal im Normal-Abonnement | für 55,- DM |
| 3. mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/
StudentInnenabonnement | für 33,- DM |
| 4. mal im Abonnement für in der akademischen / studentischen Selbstverwaltung
in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium
.....) | für 20,- DM |

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

Name

Adresse

..... (Datum) (Unterschrift)

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

..... (2. Unterschrift)

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig

**WIR DRUCKEN, KOPIEREN UND BINDEN.
RUFEN SIE UNS AN ODER BESUCHEN SIE UNS.
WIR BERATEN SIE GERN.**

**FARBKOPPIEN
PLAKATE
DIPLOMARBEITEN
DISSERTATIONEN
ZEITSCHRIFTEN
FLUGBLÄTTER**



**BÜRO PAUSELIUS
OSTSTRASSE 24
0-7050 LEIPZIG
TEL. 6 43 21**